



Fotonachweis: renehering (l), aresauburn (r) / flickr.com

# BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss:

## Dialog mit Georg Schmid

Einen weiterhin regelmäßigen Dialog hat der CSU-Fraktionsvorsitzende Georg Schmid den CSU-Kommunalpolitikern angeboten. Bei der jüngsten Sitzung des KPV-Landesvorstandes und Hauptausschusses in München erklärte er, sich insbesondere dem Thema Bürokratieabbau widmen zu wollen, wobei dies eine längerfristige Aufgabe für die Gesamtpartei auf allen Ebenen darstelle.

Zunächst aber ließ KPV-Landesvorsitzender Landrat Stefan Rößle das vergangene Jahr kurz Revue passieren. Insgesamt sei 2009 ein erfolgreiches Jahr für die KPV gewesen - man habe „gute, informative Sitzungen“ durchgeführt. Als Signal des Aufbruchs wertete Rößle die Klausurtagung der CSU-Landtagsfraktion in Wildbad Kreuth.

Dass sich die CSU als starker Partner der Kommunen versteht, darauf habe Parteivorsitzender Horst Seehofer in der jüngsten CSU-Vorstandssitzung hingewiesen, fuhr Rößle fort. Seehofer habe angeboten, auch mit den kommunalen Spitzenverbänden im Gespräch zu bleiben und insbesondere über die langfristige Sicherung der Kommunal Finanzen zu beraten. Darüber hinaus sei es Seehofer nach eigenem Bekunden ein Anliegen, mit der KPV und den Spitzenverbänden über soziale Standards zu diskutieren sowie einen offenen, intensiven Dialog über eine Verwaltungsvereinfachung, speziell die Entschlackung von Landes- und Regionalplanung, zu führen. Deutlich sei zudem zum Ausdruck gekommen, dass die CSU die Partei der Steuersenkung bleiben will, „aber mit Maß und Ziel und mit entsprechender Abstimmung mit der KPV“.

### Zukunftskonzepte

Die CSU, so der Landesvorsitzende, wolle sich erneuern. Zu diesem Zweck habe die Partei in Wildbad Kreuth Zukunftskonzepte erörtert und verschiedene Pro-

zesse gestartet. Dazu zähle zunächst das Projekt 2020 der CSU-Landtagsfraktion. Hier soll sichergestellt werden, dass Bayern seinen Wettbewerbsvorsprung bundes- wie europaweit auch in Zukunft erhalten und weiter ausbauen kann. Schwerpunkte des Programms sind der Ausbau von Ganztagschulen, der Ausbau der Hochschulen, Investitionen in Forschung, die Cluster-Offensive, Investitionen in den Klimaschutz sowie die Förderung des ländlichen Raums und der Infrastruktur.

### Parteireform

Das neue Regierungskonzept FBI mit den Schwerpunktthemen Familie, Bildung und Innovation sei ebenso in den Neuerungsp-

### Integration im Dialog:

## Impulse und Ausblicke

Tagung des Bayerischen Sozialministeriums und der Hanns-Seidel-Stiftung in München

Die 2005 in Kooperation mit dem Bayerischen Sozialministerium gestartete Kampagne „Integration im Dialog“ fand ihre Fortsetzung bei einer Fachtagung in den Räumen der Hanns-Seidel-Stiftung in München. Die Veranstaltung diente der Bestandsaufnahme und Vernetzung der vielen Maßnahmen und Projekte, die sich seitdem auf unterschiedlichen Ebenen der Gesellschaft entwickeln konnten. Neben der Vorstellung besonders erfolgreicher Projekte der vergangenen fünf Jahre wurden Impulse und Ausblicke für künftige Vorhaben vermittelt.

Bayerns Sozialministerin Christine Haderthauer wies eingangs darauf hin, dass es sich bei Integration immer um Beziehungsarbeit, vergleichbar einer Partnerschaft oder Ehe handle. In einem Überblick über die Entwicklung der Migration seit den frühen 50er Jahren betonte sie die Wandlung entscheidender Faktoren. So macht heute der Anteil der Gastarbeiter, deren Rückkehr ins Heimatland fest eingeplant sei, lediglich 13 % der Menschen mit Migrationshintergrund aus. Vor allem für nachfolgende Generationen sei eine Rückkehr meist eher eine Frage des ob und weniger des wann.

### Beste Lebenschancen

Haderthauer unterstrich die herausragende Integrationsarbeit der Menschen in Bayern, die innerhalb der Bundesrepublik die besten Lebenschancen bieten. Trotzdem beendeten auch heute noch 17,5 % der Kinder mit Mi-



Podium bei der Sitzung des KPV-Landesvorstandes in München (v. l.): Georg Huber, Georg Schmid, Stefan Rößle, Dr. Bernhard Schwab. Foto: DK

gründung eingebettet wie eine Parteireform, die sich u. a. mit Fragen der Attraktivität, dem Aufstellungs- und dem Beteiligungsmöglichkeiten der Mitglieder befassen wird.

### Mitmachpartei

Wie Rößle zudem berichtete, sei die bisherige CSU-Grundsatzkommission in die sog. Zukunftskommission unter der Leitung des Europaabgeordneten Manfred Weber überführt worden. Laut Landrat Rößle, der als Stellvertreter die kommunale Ebene vertritt, soll diese frischen Wind in die Partei bringen und sie für die Wahlen in drei Jahren fit machen. Weber will in die Kommission wesentlich mehr Kommunalpolitiker und erstmals auch einfache Mitglieder von der CSU-Basis

berufen. Außerdem soll die Kommission deutlich jünger werden als bisher. Die CSU will einerseits konservative Partei bleiben, andererseits das Gespräch mit Gruppen und Organisationen suchen, die nicht zum konservativen Spektrum zählen. Parteichef Seehofer hat die Devise ausgegeben, die CSU in die modernste Partei Deutschlands und Mitmachpartei zu verwandeln.

### Stopp bei Förderzusagen

Was die GVFG-Förderungen anbelangt, so wies der KPV-Vorsitzende darauf hin, dass momentan von den Bezirksregierungen keine weiteren Förderzusagen gemacht werden. Die GVFG-Zuschüsse in Höhe 130 Millionen Euro blieben erhalten, jedoch sei (Fortsetzung auf Seite 4)

Kommunale Spitzenverbände zur Finanzlage:

## Hilferuf an Bund und Länder

Deutschlands Städte und Gemeinden rechnen in diesem Jahr mit einem Rekorddefizit von 12 Milliarden Euro. Auch in den Jahren 2011 bis 2013 werden zweistellige Milliardendefizite erwartet. Wie die Präsidentin des Deutschen Städtetags Petra Roth bei der Vorlage der Finanzprognose in Berlin hervorhob, „werden die Folgen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2010 in den Kommunen immer stärker spürbar“. Ein Teil der Städte stehe vor dem Kollaps und drohe handlungsunfähig zu werden.

„Die schon seit Jahren bestehenden strukturellen Finanzprobleme vieler Städte spitzen sich derzeit dramatisch zu. Rekorddefizite in zweistelliger Milliardenhöhe, eine explodierende Verschuldung durch kurzfristige Kredite, der stärkste Steuerrückgang seit Jahrzehnten und ungebremst steigende Sozialausgaben kennzeichnen die Situation“, erklärte Roth.

Die kurzfristigen Kassenkredite der Kommunen betragen inzwischen 33,8 Milliarden Euro. Sie sind damit allein in den ersten drei Quartalen des Jahres 2009 um mehr als 4 Milliarden Euro gestiegen. Notleidende Städte brauchen diese Kredite regelmäßig, weil sie mehr Aufgaben erfüllen müssen als die Einnahmen hergeben.

### Erhebliche Steuerverluste

Bund, Länder und Kommunen hatten Roth zufolge 2009 erhebliche Steuerverluste. Den stärksten Einbruch ihrer Steuereinnahmen - um gut 10 Prozent - mussten die Kommunen hinnehmen. Das Minus betrug 7,1 Milliarden Euro. Besonders stark stürzten dabei die Gewerbesteuererinnahmen ab: um 17,4 Prozent. Viele Städte erlitten dramatische Verluste von mehr als 40 Prozent. Die Sozialausgaben der Kommunen stiegen 2009 erstmals auf rund 40 Milliarden Euro - beinahe doppelt so viel wie kurz nach der Wiedervereinigung. 2010 wird ein weiterer Anstieg um fast 2 Milliarden Euro erwartet. Hier benötigten die Städte besondere Entlastung.

Wenn der Bundestagsbeschluss zur Bundesbeteiligung nicht korrigiert werde, drohe 2010 ein Anstieg der bundesweiten kommunalen Belastung mit Unterkunftskosten auf 11 Milliarden Euro - das wäre seit der Einführung von

Hartz IV ein Zuwachs um 27 Prozent, so die Präsidentin. Der Ausgabenanstieg bei den Unterkunftskosten im Jahr 2010 werde voraussichtlich - auch durch die steigende Arbeitslosigkeit bedingt - rund 1 Milliarde Euro betragen. Er würde dann sogar allein den Kommunen aufgebürdet, ohne dass der Bund Mehrkosten zu tragen hat.

### Belastungsgrenze erreicht

Mit Blick auf die nach der Steuerschätzung im Mai geplante Entscheidung der Bundesregierung über weitere Steuersenkungen meinte die Präsidentin, die Städte könnten weitere Mindererinnahmen nicht verkraften. Der Städtetag lehne Steuersenkungen nicht generell ab, doch sei die Belastungsgrenze der städtischen (Fortsetzung auf Seite 4)



**Neues von Sabina**  
Richtig drastische Bilder benutzt mein Chef manchmal: Die „Einkaufsapokalypse“ sehen ihm zufolge manche Leute über sich hereinbrechen. Dabei sollte jeder erst einmal sein eigenes Einkaufsverhalten überdenken, wenn mal wieder ein traditionsreicher Einzelhändler im Ort seine Türen schließt. Seite 15

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

### Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Das Tagungspodium in München (v. l.): Meinrad Gackowski, Monika Weigl, Moderatorin Özlem Sarikaya und Siegfried Balleis. □

## Sie lesen in dieser Ausgabe

|  |              |
|--|--------------|
| Mehr Ausgaben - noch ohne neue Schulden                          | Seite 2      |
| Bayerns schönste Dörfer gesucht                                  | 2            |
| <b>GZ-Kolumne Stefan Rößle: „JeKi“ jetzt auch online präsent</b> | <b>3</b>     |
| Vielfalt, Qualität und Design                                    | 3            |
| Im Dickicht des Fragenkatalogs                                   | 4            |
| <b>GZ-Fachthemen:</b>  |              |
| <b>IT-Ausstattung für die Kommunalverwaltung</b>                 | <b>5-8</b>   |
| <b>Kommunale Rechtsfragen und Literaturhinweise</b>              | <b>9</b>     |
| <b>Kommunale Umweltfragen</b>                                    | <b>10-11</b> |
| Aus den bayerischen Kommunen                                     | 12-16        |

Nachtragshaushalt 2010:

# Mehr Ausgaben - noch ohne neue Schulden

Bayern zeigt Stärke trotz Krise

**Trotz Krisen mit sinkenden Einnahmen bis hin zu Milliardenverlusten bei der BayernLB setzt Bayerns Finanzminister Georg Fahrenschon auf hohe Investitionen und Ausgabenwachstum. Unter dem Motto „Bayern zeigt Stärke“, präsentierte er den Nachtragshaushalt 2010 dem Landtag in Erster Lesung. Die Stärke kommt darin zum Ausdruck, dass die Ausgaben des Freistaats im Nachtrag um 2,1% auf 42,3 Mrd. Euro und eine Investitionsquote von 13,8% steigen; und das ohne neue Schulden, was er ausdrücklich aber nur auf dieses Jahr beschränkte. Den Kommunen werde wieder eine Grundlage zu eigenem Investieren geschaffen.**

Noch sei die Krise bei weitem nicht ausgestanden und zunächst ein kraftloser Aufschwung zu erwarten, räumte der Finanzminister ein. Die öffentlichen Haushalte stünden vor extremen Herausforderungen. Wenn der Etat auf die schwarze Null aufbaue, sei das kein Zufall, sondern Ergebnis bewährter bayerischer Wirtschafts- und Finanzpolitik. Bayern stehe im Ländervergleich an der Spitze. Die Investitionen erreichten dank Bundeszuschüssen mit 5,87 Mrd. Euro Rekordhöhe. Für den Haushalt 2011/12 erwartet Fahrenschon jedoch ein strukturelles Defizit von mehreren Milliarden.

Zu den Klagen und Forderungen der Kommunen sagte er, kein anderes Land habe ihnen bisher so viele Investitionsmittel bewilligt wie Bayern. Die gesunkenen kommunalen Steuereinnahmen würden im Nachtragset mit zusätzlich 60 Mio. Euro für die Verwaltungshaushalte berücksichtigt. Langfristig werde der Aufschwung zu Steuermehreinnahmen führen. Dazu trage die Erhöhung des allgemeinen Steuerverbundes auf 12% überproportional bei.

## Mindereinnahmen

Für die Opposition ist das ganze Zahlenwerk Schall und Rauch. Es sei aufgebaut auf „tarnen, tricksen und täuschen“, wie SPD-Haushaltsexperte Volker Halbleib formulierte. Für die Kommunen schätzte er 126 Mio. Euro Mindereinnahmen bei Einkommen- und Gewerbesteuer. Zum anderen kürze Schwarz-Gelb in Bayern den kommunalen Finanzausgleich um 116 Mio. Euro. Zusammen mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz der schwarz-gelben Bundesregierung müssten die Kommunen Mindereinnahmen bis zu einer Milliarde pro Jahr verkraften.

Für Thomas Mütze (Grüne) regiert im Nachtragset das Prinzip Hoffnung. Auf das Wachstumsbeschleunigungsgesetz und damit höhere Steuereinnahmen zu setzen, sei jetzt schon zum Scheitern verurteilt. Um das

Berliner „Wahnsinnsbeschleunigungsgesetz“ zu rechtfertigen, wären 6-7% jährliches Wirtschaftswachstum nötig. Das sei Illusion. Den Kommunen würden 300 Mio. Euro genommen. Der Finanzminister lagere zudem die Milliardenverluste der BLB in einen Sonderhaushalt um. Christine Kamm (Grüne)

vermisste eine unterschiedliche Gewichtung zwischen strukturstarken und -schwachen Kommunen. Keine Kritik der Opposition gab es an dem im Etat vorgesehenen Strukturprogramm für die von der Wirtschaftskrise besonders betroffene Region Nürnberg/Fürth mit 115 Mio. Euro.

## Guter Kompromiss

Manfred Pointner (FW) berichtete von großen Sorgen der Bürgermeister und Landräte. Vielerorts werde man sich nur mit Gebührenerhöhungen und Einschränkung sozialer Leistungen aus der Finanznot helfen können. Pointner forderte eine Erhöhung

der Schlüsselzuweisungen und Investitionspauschalen. Alle Oppositionsfractionen kündigten für die Einzelberatungen im Haushaltsausschuss Änderungsanträge an.

U. a. wollen sie Millionen- bis Milliardenbeträge dadurch freimachen, dass auf Projekte wie die dritte Startbahn beim Münchner Flughafen verzichtet wird.

Erika Görlich (CSU) antwortete, die Koalition sei ein ganz starker Förderer der Kommunen. Der Ministerpräsident habe ein neues Gespräch mit ihren Spitzenverbänden bereits angekündigt. Georg Winter (CSU), der Vorsitzende des Haushaltsausschusses, bekannte sich gleichfalls zum Etatentwurf. Er sehe die Stärkung der kommunalen Investitionskraft vor.

Karsten Klein (FDP) betonte, mit der CSU gemeinsam stehe man für den partnerschaftlichen Umgang. Im Spitzengespräch mit dem Finanzminister sei für die Kommunen ein sehr guter Kompromiss gefunden worden. Er räumte ein, den Etat ausgeglichen zu halten, tue teilweise weh. **rm**

würden jetzt 500 neue Planstellen geschaffen. An den Kosten des Datenkaufs wird sich Bayern mit 15% beteiligen.

## Gute Arbeit der Steuerverwaltung

Markus Reichart (Freie Wähler) war trotz Problematik für den Kauf. Den SPD-Antrag wertete er als überzogen und als Zeichen der SPD-Abneigung gegen Unternehmer. Der bayerischen Steuerverwaltung bescheinigte er gute Arbeit. Einzig Dr. Andreas Fischer (FDP) lehnte den Datenkauf entschieden ab. Das sei genau so, wie wenn ein Steuerberater oder ein Rechtsanwalt seine Mandanten wegen illegalen Verhaltens anzeigen würden. In einem solchen Staat wolle er nicht leben, betonte Fischer.

Der Grünen-Antrag wurde von beiden Koalitionsfraktionen bei mehreren CSU-Enthaltungen abgelehnt. Die SPD-Vorlage bekam in einer von der CSU beantragten namentlichen Abstimmung 51 Ja- gegen 95 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen aus der CSU. **rm**

## Rauchverbot:

# Volksentscheid am 4. Juli

Landtag berät bis April das Gesundheitsschutzgesetz des Volksbegehrens - Fronten bleiben unverändert

**Im Streit um das Rauchverbot in Gaststätten, Bierzelten und Spielsalons wird es aller Voraussicht nach am 4. Juli zum Volksentscheid kommen. Das Datum wurde genannt, als der Landtag letzte Woche das mit 13,9% der bayerischen Wähler erfolgreiche Volksbegehren für die radikale Lösung verfassungsgemäß in Beratung nahm. Formell sind nach der Ersten Lesung im Plenum noch Ausschussberatungen und Zweite Lesung erforderlich; die Fronten sind jedoch unverändert: SPD und Grüne sagen Ja, die FDP bleibt bei der von ihr letztes Jahr durchgesetzten liberalen Lösung, ihr Koalitionspartner CSU und die Freien Wähler sagen weder Ja noch Nein.**

„Jetzt haben die Wähler das Wort“, haben Ministerpräsident Horst Seehofer und Gesundheitsminister Markus Söder propagiert. Zwar hätten im Volksbegehren fast 14% das strikte Verbot unterschrieben, doch jetzt sollten auch die übrigen 86% gefragt werden. Christian Meißner (CSU) meinte zwar, die geltende Regelung habe sich in der Lebenswirklichkeit bewährt, er war jedoch gegen eine wahlkampfähnliche Kampagne vor dem Volksentscheid.

Für die FDP focht Dr. Andreas Fischer für die geltende Regelung. Abgesehen davon, dass es auch beim radikalen Rauchverbot Schlupflöcher geben werde, sei diese Lösung ein Schritt in den Überwachungs- und Verbotstaat. Die frühere Gesundheitsministerin Christa Stewens (CSU) sah die Kontrollbehörden bei der Überwachung von Festzelten „in neue Vollzugsdefizite stolpern“. **rm**

Kathrin Sonnenholzner (SPD) und Theresa Schopper (Grüne) forderten Zustimmung des Landtags zum Volksbegehren. Damit würde es Gesetz, und die 13 Millionen Euro für den Volksentscheid könnten in die Gesundheitspolitik gesteckt werden. Für die Freien Wähler wollte sich Prof. Michael Piazzolo nicht festlegen. Er war der Ansicht, „die alte CSU“ hätte für das geltende Gesetz gekämpft.

Nach der Terminplanung des Ältestenrats soll das „Gesundheitsschutzgesetz“ wie es offiziell heißt, im Landtag Mitte April zur abschließenden Zweiten Lesung kommen. Dann kann das Innenministerium den Termin für den Volksentscheid amtlich festlegen. Im Gespräch war bisher auch noch der 27. Juni. Die Fronten im Landtag werden sich, wie allgemein bestätigt, nicht mehr ändern. **rm**

# Windkraft trotz der Wirtschaftskrise

Zweiter bayerischer Windbranchentag am 17. März 2010 in der Stadthalle Fürth

Nach dem erfolgreichen Auftakt vor einem Jahr in Regensburg wird der Bundesverband WindEnergie im Frühjahr 2010 seinen Zweiten bayerischen Windbranchentag in Fürth veranstalten. „Wir wollen deutlich machen“, so BWE-Landesvorsitzender Günter Beermann, „dass die Windkraft als klimafreundliche Energietechnologie auch im Süden Deutschlands zu einer starken und dynamischen Wirtschaftskraft herangewachsen ist.“ Dies sei gerade im Großraum Nürnberg mit namhaften Zulieferunternehmen, vielen Arbeitsplätzen und nicht zuletzt mit dem neuen Windgetriebewerk von Bosch Rexroth besonders augenfällig.

Die Windbranche ist darüber hinaus einer jener Wirtschaftsbereiche, der noch immer hohe Zuwächse verzeichnet und deshalb - in den Worten von Bundespräsident Horst Köhler - „Hoffnung auf eine gute Zukunft“ gibt. Um dies selbstbewusst und nachdrücklich nach außen zu vermitteln, lädt der BWE-Landesverband alle bayerischen Unternehmen und Kommunen ein, sich beim Branchentag zu beteiligen und zu präsentieren. „In Fürth geht es nicht nur um den Windenergiestandort, sondern vor allem auch um den zukünftigen Wirtschaftsstandort Bayern“, hob Beermann hervor.

Erwartet werden namhafte Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. In drei Foren diskutieren Experten über „Potenziale und Perspektiven der bayerischen Windbranche“, über den Stand der Nutzung der Windkraft („Woher der Wind in Bayern weht“) sowie die Frage, ob und wie das Bundesland Bayern die Chancen der Windenergie nutzt (mit Energie-Experten aus den Landtagsparteien). □

# Beim Breitband geht es voran

Zahl der Förderanträge steigt Die Verantwortung soll bei den Gemeinden bleiben

**Die Breitbandversorgung für 98% der Fläche Bayerns bis 2011 zu erreichen, wird im Landtag von den Koalitionsfraktionen auf der Basis kommunaler Initiativen in Zusammenarbeit mit den überregionalen Anbietern und der örtlichen Wirtschaft für erreichbar beurteilt. Ein Antrag der Freien Wähler, der Staatsregierung eine koordinierende, lenkende und strategische Verantwortung zu übertragen, wurde abgelehnt.**

Im federführenden Wirtschaftsausschuss sprachen sich der Vorsitzende, Wirtschaftsminister a. D. Erwin Huber, Berichterstatter Tobias Reiß (CSU) sowie Dr. Franz Xaver Fischer (FDP) gegen eine Verstaatlichung aus. Die Breitbandversorgung solle von Kommunen und Anbietern wie Telekom mit staatlicher Förderung erfolgen. Reiß berichtete, dass jetzt rund 210 Gemeinden 14 Mio. Euro Fördergeld beantragt haben. Weitere 100 Bescheide durch die Regierungen seien abzusehen. Im vergangenen Herbst, als der Landtag das Thema erörterte, hatten erst etwa 100 Gemeinden Anträge von 7 Mio. Euro gestellt. Der auf 500.000 Euro erhöhte Förderhöchstbetrag wirkte sich aus. Derzeit stellen Bund und Land 40 Mio. Euro zur Verfügung.

Für die Freien Wähler hatte der stellvertretende Ausschussvorsitzende Alexander Muthmann die gemeinsame Planung von Kommunen, Anbietern und Gewerbe

als durchaus effektiv anerkannt, gleichwohl müsse der Staat den Gemeinden auf der Suche nach Vertragspartnern helfen und einen Gesamtausbauplan erstellen. Muthmann verwies auf das Beispiel Oberösterreich. Dort hätten sich auch CSU-Abgeordnete über das Funktionieren der Breitband-Landesaufgabe informiert und positiv geäußert.

## Daseinsvorsorge

Anette Karl und Bernhard Roos (SPD) erachteten die Breitbandversorgung gleichfalls als Aufgabe des Staates in der Daseinsvorsorge, um Kommunen, Anbieter und Wirtschaft unter einen Hut zu bekommen. In der CSU sei eine langsame Abkehr von der Devise zu erkennen, der Markt werde das schon regeln. Die SPD votierte mit den Grünen für den FW-Antrag, der gut gemeint, wenn auch nicht wirklich weiterführend sei. **rm**

# Bayerns schönste Dörfer gesucht

Bayerns schönste Dörfer werden wieder prämiert: Für den 24. Landeswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft – unser Dorf soll schöner werden“ können sich Gemeinden oder Gemeindeteile unter 3.000 Einwohnern bis 1. Juni anmelden. Das hat Landwirtschaftsminister Helmut Brunner in München mitgeteilt. Der Wettbewerb wird in mehreren Stufen durchgeführt: Die Landkreissieger werden noch in diesem Jahr ermittelt. 2011 fallen die Entscheidungen in den Regierungsbezirken und 2012 auf Landesebene. Die bayerischen Golddörfer nehmen dann 2013 am Bundeswettbewerb teil. Nach den Worten des Ministers ist der Dorfwettbewerb, der alle drei Jahre durchgeführt wird, „die größte Bürgerinitiative Bayerns.“ Seit 1961 haben mehr als 26.000 bayerische Dörfer an der Prämierung teilgenommen.

Der Wettbewerb bietet laut Brunner die Chance, gemeinsam die Zukunft des ländlichen Raums zu gestalten. Der Erfolg beruhe auf Freiwilligkeit und Eigenleistung. Nicht Konzepte oder Verordnungen stünden im Mittelpunkt, sondern bürgerschaftliches Miteinander unter fachlicher Begleitung. Brunner: „So wird das Bewusstsein für die Werte im eigenen Dorf geschärft und die gemeinschaftliche Weiterentwicklung der gewachsenen Dorf- und Landschaftsstrukturen möglich gemacht.“ Formulare, Ausschreibungsunterlagen sowie fachliche Beratung gibt es bei der örtlich zuständigen Kreisfachberatung für Gartenkultur und Landschaftspflege an den Landratsämtern und bei den kreisfreien Städten. Detaillierte Informationen zum Landeswettbewerb finden sich auch im Internet unter [www.unser-dorf-hat-zukunft.bayern.de](http://www.unser-dorf-hat-zukunft.bayern.de). □

## Wir gratulieren

### ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Willibald Schneider  
85131 Pollenfeld  
am 4.3.

Bürgermeister Günther Oettinger  
63920 Großheubach  
am 16.2.

Bürgermeisterin Viktoria Horber  
86920 Denklingen  
am 23.2.

### ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Franz Schießl  
83317 Teisendorf  
am 3.3.

Bürgermeister Wolfgang Gum  
82229 Seefeld  
am 5.3.

Bürgermeister Peter Seifert  
97464 Niederwern  
am 8.3.

Bürgermeister Albrecht Hofmann  
97520 Rötthlein  
am 8.3.

Bürgermeister Josef Schuh  
94104 Witzmannsberg  
am 19.2.

### ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hans Freiburger  
95473 Prebitz  
am 1.3.

Bürgermeister Max Schmaderer  
93489 Schorndorf  
am 6.3.

### ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Karin Bucher  
93413 Cham  
am 1.3.

Bürgermeister Andreas Schwarz  
96129 Strullendorf  
am 3.3.

## Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Werkstätten:Messe 2010 in Nürnberg:

## Vielfalt, Qualität und Design

Vom Holzspielzeug bis zur innovativen Dienstleistung: Nahezu 200 Werkstätten für behinderte Menschen aus ganz Deutschland, dazu zahlreiche Dienstleister, stellen vom 11. bis 14. März wieder ihre Produkte für Haus, Garten, Freizeit und vieles mehr vor. Die Werkstätten:Messe in Nürnberg ist Treffpunkt und Forum für alle werkstattrelevanten Themenbereiche. Die Messe ist unverzichtbar - als Informations-, Kommunikations- und Austauschplatz sowie als Verkaufsveranstaltung von wachsender Bedeutung.

Vielfalt, Qualität und Design von ganz besonderen Produkten und Leistungen in Kombination mit einem attraktiven Rahmenprogramm - das ist das Erfolgsrezept der Werkstätten:Messe. Bundesweit einzigartig ist ihr Fachvortragsprogramm. Wie nutzt man die vielfältigen Möglichkeiten persönlicher Budgets? Muss ein Integrationsprojekt gemeinnützig sein? Welche Anforderungen stellen die Beschäftigten einer Werkstatt an das pädagogische Personal? Dies sind nur wenige der vielen Fragen zum Werkstattalltag, die in über 90 Fachvorträgen umfassend beantwortet werden. Detaillierte Informationen zu Themen wie strategische Entwicklung, Personalmanagement, Finanzierung und Besteuerung, Bildung, Persönliches Budget, Übergänge auf den allgemeinen Arbeitsmarkt, Marketing, Recht und Rechtsentwicklung etc. werden informativ und professionell von Experten präsentiert.

Ein weiteres Highlight der Messe ist der Unternehmertag am 12. März. Die Werkstättenverordnung verpflichtet Werkstätten, nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen zu arbeiten und wirtschaftliche Arbeitsergebnisse anzustreben. Das macht Werkstätten zusätzlich zu ihrer rehabilitativen Leistung auch zu Unternehmen. Sie brauchen Verbindungen und Partnerschaft mit der Erwerbswirtschaft. Berührungen und Beziehungen zu Unternehmen sind vielgestaltig, sie sind gesucht und nicht immer konfliktfrei, wie die Veranstaltung aufzeigen wird.

### „chance:kunst“

Die immer gern besuchte sozialpolitische Veranstaltung setzt sich am 13. März mit den Vorschlägen der Arbeits- und Sozialministerkonferenz und den Vorstellungen der Bundesregierung zur Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe (Koalitionsvertrag) vor dem Hintergrund der VN (Vereinte Nationen)-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen auseinander. Auf dem Podium werden Teilnehmer aus Politik, Ver-

waltung und Verbänden erwartet. „chance:bildung/chance:kunst“ lautet das Motto eines Gemeinschaftsstandes. Aussteller präsentieren mit Konzepten und Praxisbeispielen, wie sie dem gesetzlichen Auftrag der beruflichen Bildung und Qualifizierung der Werkstattbeschäftigten gerecht werden. Dabei gewinnt die „Kunst“ als Medium der beruflichen Bildung zunehmend Wertschätzung und fördert besonders die Persönlichkeit der „Akteure“. Das gilt auch für Menschen mit sehr hohem Unterstützungsbedarf. Tagesförderstätten und Werkstätten stellen ihre Konzepte zur beruflichen Bildung für diesen Personenkreis dar und zeigen, dass auch für diese Menschen Teilhabe am Arbeitsleben möglich ist.

### „chance:bildung“

Schwerpunkt 2010 sind die Anbieter der beruflichen (Aus-) Bildung und ihre Angebote für Werkstattbeschäftigte. Im Fokus stehen besonders Kooperationen von Werkstattträgern mit Integrationsfachdiensten, beruflichen Trainingszentren oder Berufsbildungswerken.

Erstmals präsentiert auf dem Stand chance:bildung ein interdisziplinäres Expertenteam der Georg-Simon-Ohm-Hochschule ein Lern-, Therapie- und Spielsystem für barrierefreies Spielen ohne Grenzen: genesis. Dabei handelt es sich um ein neues Konzept zur integrativen Förderung von Kindern mit körperlicher und geistiger Behinderung nach dem Motto „Fördern durch Spielen“. genesis bietet eine Vielzahl von individuellen Anpassungen, so dass das System maßgeschneidert auf die spezifischen Bedürfnisse bzw. die der spielenden Personen angepasst werden kann.

Der Gemeinschaftsstand „Grüner Bereich“ wird auf der Werkstätten:Messe 2010 in Nürnberg zum ersten Mal umgesetzt. Vorgestellt werden Produkte und Dienstleistungen der auf diesem Gebiet agierenden Werkstätten. Das gesamte Potenzial zur Schaffung von Arbeitsplätzen für behinderte Menschen dieses span-

nenden Arbeitsbereiches kann hier einer breiten Öffentlichkeit präsentiert werden.

### Exzellente Preise

Attraktives Zentrum des Messestandes wird die gemeinsame Aktions- und Informationsfläche sein. Hier werden im Rahmen eines Gewinnspiels täglich Produkte und Produktproben der am Gemeinschaftsstand beteiligten Werkstätten als Preise verlost. Zusätzlich haben die Mitaussteller die Möglichkeit, die Fläche für publikumswirksame Aktionen rund um die Produktion im jeweiligen Grünen Bereich wie beispielsweise Floristik oder Korbflechten zu nutzen.

Bereits zum fünften Mal werden 2010 die exzellente-Preise für die Kategorien Produkt, Kooperation und Bildung vergeben. Drei Jurys haben bereits vor der Messe die Bewerbungen gesichtet, aus denen der jeweilige Gewinner ermittelt wird. Die Preisträger in den Kategorien Bildung und Kooperation werden bei der Eröffnung bekannt gegeben und erhalten den Preis aus der Hand der bayerischen Staatsministerin für Arbeit und Soziales, Christine Haderthauer. Der Preisträger exzellente:produkt wird am ersten Messetag aus dem Kreis der Nominierten ermittelt. Dieser Preis wird am 13. März von der bayerischen Landtagspräsidentin Barbara Stamm überreicht.

### Vorteile für alle

2009 überzeugten sich über 15.000 Besucher von der Leistungsvielfalt der Werkstätten.

### Auswirkung des demografischen Wandels auf die Infrastruktur:

## Einige Kommunen müssen sich auf Schrumpfung einstellen

Die Bayern werden weniger, älter und bunter - diese drei Worte umreißen die Folgen des demografischen Wandels. Die Kommunen, die in Bayern je nach Region unterschiedlich getroffen werden, müssen sich mit den Auswirkungen bereits jetzt befassen.

Im Ausschuss der kreisangehörigen Verbandsmitglieder und im Finanzausschuss des Bayerischen Städtetags wiesen Dr. Horst Körner und Bernhard Karl Junge (arf Gesellschaft für Organisationsentwicklung) auf Folgen für die Kommunalpolitik hin: Die Rathäuser müssen sich bei sinkenden Einwohnerzahlen auf sinkende Steuereinkünfte einstellen. Es sinken auch die pro Kopf bemessenen staatlichen Zuweisungen für Investitionen.

Die demografischen Veränderungen schlagen auch bei den Gebühren durch: Die Fixkosten für Versorgungsnetze für Energie, für Kanalisation, Wasser und Straßen werden nicht billiger, wenn weniger Bürger sie nutzen: Die Kosten für den Unterhalt bleiben, allerdings verteilen sich die gleichen Lasten für die Pflege der Infrastruktur auf weniger Schultern. Wenn sich der Altersaufbau einer Stadt ändert, wenn die Zahl der Kinder sinkt und der Anteil der Senioren steigt, werden langfristig weniger Plätze für Kinderbetreuung und Schulen benötigt, aber gleichzeitig steigt der Bedarf für die Betreuung von Senioren.

Der demografische Wandel wird sich je nach Region und Ortsgröße unterschiedlich auf Städte und Gemeinden auswirken. Allerdings lässt sich verallgemeinern ein Fazit ziehen: Die Kommunen dürfen nicht mehr nur auf Wach-

GZ

Kolumne  
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

im Frühjahr 2008 startete im Landkreis Donau-Ries das Projekt „Jedem Kind ein Instrument“, kurz JeKi, das mittlerweile an etlichen Grundschulen sehr erfolgreich eingeführt wurde. Ins Leben gerufen wurde JeKi seinerzeit von Oberbürgermeister Armin Neudert und mir als Landrat in Zusammenarbeit mit dem Vorstandsvorsitzenden der Sparkasse Donauwörth, Direktor Johann Natzer. Die Initiative, die unter der Schirmherrschaft des Bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer steht, wird im Geschäftsbereich der Sparkasse Donauwörth aus den Mitteln der Stiftung der Sparkasse Donauwörth gefördert. Eine weitere finanzielle Zuwendung durch



Freischaltung der neuen Internet-Präsenz „JeKi“. Von links: Jochen Schmidt (Internet Systemhaus Pro Wide), Renate Heinrich (Staatliches Schulamt), Sparkassendirektor Johann Natzer, Oberbürgermeister Armin Neudert, Stadtkapellmeister Walter Pfeifer, Landrat Stefan Rößle und Hans Mesch (stellvertretendes Vorstandsmitglied der Sparkasse Donauwörth). □

### „JeKi“ jetzt auch online präsent

den Sparkassenverband Bayern in Verbindung mit dem Bayerischen Musikrat ermöglichte eine eigene „JeKi“-Internetpräsenz. Diese wurde nun offiziell vorgestellt und freigeschaltet.

Auf der neuen Internetplattform ([www.jeki-bayern.de](http://www.jeki-bayern.de)), die vom Mertinger Internet Systemhaus ProWide gestaltet wurde, erfahren die Besucher alles über die Möglichkeiten und Vorteile von JeKi sowie über das Programm und das Konzept. Darüber hinaus kann sich der Betrachter einen Überblick über die am Projekt JeKi teilnehmenden Schulen in Bayern verschaffen. Weitere Seiten beantworten vorab die häufigsten Fragen von interessierten Eltern und

Schulen oder von Personen, die JeKi ganz einfach unterstützen möchten.

Nach wie vor wichtigstes Ziel von JeKi ist es, dass alle Grundschüler von teilnehmenden Schulen auch künftig Gelegenheit haben, an der eigenen Schule Musikinstrumente kennen und spielen zu lernen. Betonen möchte ich ausdrücklich, dass die Aktion vollkommen freiwillig ist und dass es hierfür keine staatlichen Zuschüsse gibt. Entscheidend für die weitere Verbreitung von JeKi ist dabei nicht die Übernahme eines bestehenden Konzeptes, sondern vielmehr von der JeKi-Idee überzeugt zu sein und in seiner Grundschule und mit Partnern vor Ort eine eigene Initiative zu starten. Die neugeschaffene Internetpräsenz mit vielfältigen Informationen bietet dazu hilfreiche Unterstützung.

Die Initiative hat sich für unsere Kinder als großer Segen erwiesen. Das Erlernen eines Instrumentes fördert die intellektuelle, emotionale und soziale Entwicklung junger Menschen in vielfältiger Weise. Deshalb lade ich Sie herzlich zum Mitmachen ein!

Ihr Stefan Rößle

Schirmherr der Werkstätten:Messe 2010 ist erneut Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer. In seinem Grußwort heißt es u. a.: „Hier wird in höchster Konzentration deutlich, was Integration von Menschen mit Behinderung

für unsere Gesellschaft bedeutet und welche Vorteile sie für alle bringt. An erster Stelle stehen natürlich die Betroffenen selbst. Sie finden in den Werkstätten einen äußeren Rahmen, der ihnen eine sinnvolle Arbeit und somit

die Teilhabe am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben ermöglicht. In den Werkstätten erfüllen sich die Grundsätze unseres Sozialstaats und unserer Sozialen Marktwirtschaft auf eine besonders gelungene Art.“ **DK**

Rückbau und die Verschlingung von Infrastruktur aufgenommen werden.

Die Experten von arf warnten vor Investitionen auf Pump: Die Hoffnungen, wonach sich Investitionen später über einen Bevölkerungszuwachs selbst finanzieren, seien illusorisch. Es mache bei sinkenden Bevölkerungszahlen keinen Sinn, neue Baugebiete auszuweisen und zu hoffen, dass sich die Kosten über eine Ankerbelung des Bevölkerungswachstums selbst tragen. Der demografische Wandel lässt sich nicht aufhalten. Je nach der unterschiedlichen regionalen Entwicklung müssen sich einzelne Kommunen bereits jetzt darauf einstellen, die Folgen der Schrumpfung zu meistern. □

### BayernLB:

## Gerd Häusler neuer Vorstandsvorsitzender

Gerd Häusler (58) wird zum 15. April 2010 den Vorstandsvorsitz der BayernLB übernehmen. Das hat der Verwaltungsrat der BayernLB in seiner jüngsten Sitzung beschlossen. Als dessen stellvertretender Vorsitzender gehört Häusler dem Verwaltungsrat seit 1. August 2009 an.

Georg Fahrenscho, Bayerischer Finanzminister und Vorsitzender des Verwaltungsrates: „Mit Gerd Häusler gewinnen wir einen national und international sehr erfahrenen und hoch respektierten Bankmanager als neuen Vorstandsvorsitzenden der BayernLB. Er ist eine hervorragende und anerkannte Persönlichkeit und verfügt über drei Jahrzehnte Erfahrung im öffentlichen und im privaten Banksektor, die er sowohl im Inland als auch im Ausland gesammelt hat. Mit diesen vielfältigen Erfahrungen und Sachkenntnissen in verschiedenen Bereichen des Bankgeschäfts wird er der Landesbank die notwendigen strategischen Impulse geben, um ihr auf dem bereits eingeschlagenen Weg der Restrukturierung und Neuausrichtung zum Erfolg zu verhelfen. Gerd Häusler verfügt zudem bereits durch seine Mitgliedschaft im Verwaltungsrat über tiefe Einblicke in die Bank und profunde Kenntnisse über ihr Geschäft.“ □



Bayerische  
Landessiedlung®

Alles aus einer Hand

Kompetenz für Städte, Kommunen und Bauherren



Standortentwicklung und Städtebau



Energie und Kommunale Entwicklung



Wohnungs- und Eigenheimbau

Bayerische Landessiedlung GmbH  
Franziskanerstraße 14  
81669 München  
Tel. (0 89) 23 87-0  
info@bls-bayern.de  
www.bls-bayern.de

Informationen:  
[www.bls-bayern.de](http://www.bls-bayern.de)

ENTWICKELN · ERSCHLIESSEN · GESTALTEN · WERTE SCHAFFEN

Untersuchungsausschuss HGAA:

## Im Dickicht des Fragenkatalogs

270 Einzelfragen müssen abgestimmt werden  
CSU prüft Rechtsgrundlage

Nach dem von SPD, Grünen und Freien Wählern vorgelegten Katalog mit 188 Fragen, wie 2007 der Kauf der Kärntner Bank Hypo Group Alpe Adria (HGAA) durch die BayernLB (BLB) zustande kam, haben nun auch CSU und Koalitionspartner FDP im Landtag ihre eigenen Fragenkataloge vorgelegt. Der designierte Ausschussvorsitzende Thomas Kreuzer (CSU) und Karsten Klein als einziges FDP-Mitglied des neunköpfigen Untersuchungsausschusses wollen das Fragerecht nur ergänzen und gegebenenfalls in den Rahmen des parlamentarischen Untersuchungsrechts stellen. Es geht jetzt um rund 270 Fragen aller fünf Fraktionen.

### Änderungsbedarf

Zwischen CSU und FDP gab

#### Meldung zum Redaktionsschluss:

Die Unions-Ministerpräsidenten, die zuständige Arbeitsministerin von der Leyen und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben einen Kompromiss zur Neuorganisation von Hartz IV erzielt. Details und Reaktionen zu diesem Thema in der kommenden Gemeindezeitung. □

es zwar Abstimmungsgespräche, wie bei Vorstellung der Zusatzfragen vor der Landtagspresse betont, doch formulierten beide Fraktionen ihre ergänzenden oder korrigierenden Fragen, welche Umstände zu dem Kauf geführt haben und welche Personen involviert waren. Kreuzer sieht noch erheblichen Prüfungs- und Änderungsbedarf im Oppositionskatalog. Fragen würden überschneidend oder doppelt gestellt, rechtlich an der Grenze des Landtagsauftrags und mit Wertungen. Sie seien Aufgabe des Ausschusses im Abschlussbericht - dessen Zeitpunkt offen bleibt. Zusätzlich habe die CSU nur 20 Fragen, in denen es um die größeren Zusammenhänge des HGAA-Kaufs gehe. So wolle man ergründen, wann der kürzlich wegen der Bankaffäre zurückgetretene Sparkassenpräsident Siegfried Naser als Mitglied des HGAA-Aufsichtsrates zeitlich die gleichen Informationen gehabt habe. Das Verhalten nach dem Landesbankgesetz jedoch könne der Untersuchungsausschuss nicht würdigen.

### Zuversicht auf eine Einigung

Klein versicherte, die FDP wolle sich keinem ehrlich gemeinten Aufklärungsversuch

entgegenstellen. Keine Oppositionsfrage werde abgelehnt. Auf die Frage, ob er möglicherweise auch eine Konfrontation mit dem Koalitionspartner CSU in Kauf nehmen würde, antwortete er, „ausgeschlossen ist das nicht“. Klein unterstrich, dass die FDP erst 2008 in den Landtag zurückgekehrt sei, also „mit den Hauptentscheidungen“ des HGAA-Kaufs keine Verantwortung trage. Der FDP gehe es um Aufklärung ohne Ansehen der Person. Klein war zuversichtlich, zu einer Einigung über den Fragenkatalog zu kommen.

### Einsetzung Ende Februar

Einig sind sich alle Fraktionen, dass die Einsetzung des Untersuchungsausschusses mit seinem Fragenkatalog erst Ende Februar möglich sein werde. Kreuzer rechnet damit, dass die CSU im Landtagsplenum die Mehrheit haben werde, die ihr im Kreis der neun Ausschussmitglieder fehlt. Das gelte auch für den Schlussbericht. Es sei nicht vorstellbar, dass es am Ende zu diesem von ihm als Ausschussvorsitzenden zu formulierenden Bericht mehrere Minderheitsvoten geben werde. In den 74 Untersuchungsausschüssen des Landtags seit 1947 gab es nie mehr als einen Mehrheits- und Minderheitsbericht.

### Rasche Prüfung

Die Opposition hat eine rasche Prüfung der Ergänzungsfragen beider Koalitionfraktionen zugesichert. Wesentliches sei aber nicht hinzugekommen, stellten Harald Güller (SPD) und Sepp Dürr (Grüne) als kommende Untersuchungsausschussmitglieder fest. **rm**

## Impulse und Ausblicke...

(Fortsetzung von Seite 1)

Überwindung überkommener Rollenbilder eine notwendige Voraussetzung für gelungene Integration dar.

### Dialogförderung

Mit Bezug auf ein aktuelles Ereignis eröffnete Martin Neumeyer, Integrationsbeauftragter der Bayerischen Staatsregierung, seinen Beitrag. Die Schweizer Abstimmung über das Minarettverbot und deren emotionale Aufnahme überall in Europa bezeichnete Neumeyer als „gesellschaftlichen Pauenschlag“, auch wenn ihm persönlich das Ergebnis nicht sonderlich überrascht habe. Eine nichtrepräsentative Untersuchung habe gezeigt, dass auch in Bayern ein ähnliches Meinungsbild durchaus wahrscheinlich ist. Neumeyer selbst sprach sich zwar vehement gegen derartige Verbote aus, wies aber gleichzeitig darauf hin, dass nicht die Konfrontation der Meinungen wichtig ist, sondern die Förderung des Dialogs. Je früher dieser Dialog einsetze, umso leichter seien die Ängste und Befürchtungen der Menschen auf beiden Seiten auszuräumen und ein konstruktives Miteinander möglich.

### Bereicherung

Dr. Siegfried Balleis, Oberbürgermeister der Stadt Erlangen, postulierte das Potential der Menschen mit Migrationshintergrund als Bereicherung einer Gemeinschaft und mahnte zur Geduld gegenüber diesen Bürgern. Mit Blick auf die Vergangenheit seiner Stadt und Verweis auf die Hugenotten gab der Rathauschef zu bedenken, dass Internationalität und Interkulturalität immense Potentiale zur Bereicherung einer jeden demokratischen Zivilgesellschaft böten. 19 % der deutschen Gesamtbevölkerung wiesen heute einen Migrationshintergrund auf. Von ihnen hätten zehn Prozent in-

zwischen die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen. In Erlangen machten Menschen mit Migrationshintergrund ca. ein Viertel der Gesamtbevölkerung aus.

Unterm anderem deshalb hat Balleis sich vehement dafür eingesetzt, dass Integration auf dem bayerischen Städtetag 2009 zur Chefsache erhoben wurde. Da Erlangen auf eine lange Zuwanderungsgeschichte zurückblickt, ist bereits 1974 ein Ausländerbeirat gegründet worden, der einen seiner Schwerpunkte seit jeher auf die Sprachförderung legt.

### Gesamtstädtisches Leitbild

Die Entwicklung eines gesamtstädtischen Leitbilds auf Basis des strategischen Management Modells der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) konnte mit dessen einstimmiger Verabschiedung im Stadtrat im Juli 2009 erfolgreich abgeschlossen werden. Das Leitbild verwirklicht eine Integration aus der Basis über die Stadtspitze bis in die Verwaltungsorgane. Dies gelingt vor allem über die intensive Einbindung von Vereinen und Organisationen in den Prozess.

Das Konzept des Diversity Management stellt Balleis zufolge in Erlangen zudem eine consequente Erweiterung der Gleichstellungspolitik dar und bietet ein zusätzliches Modell zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, gerade auch im Verwaltungsapparat.

Einen Einblick in die Integrationsförderung einer Bezirksregierung bot Monika Weinl, Vizepräsidentin der Regierung von Niederbayern. Integration versteht sie als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die vor Ort im täglichen Leben stattfindet und dort entsprechend gefördert werden muss. Deshalb werden auf Ebene der Bezirksregierungen keine eigenen Integrationsprojekte gepflegt. Vielmehr versteht man sich hier in

einer Bündelungs- und Koordinationsfunktion. Unter dem Leitmotiv „Es kommt auf das Können an, die Herkunft ist egal“, stehen neben der Förderung von Integrationsangeboten auch zur Integration motivierende Projekte im Fokus der Regierung.

### Lokale Einzelprojekte

Grundsätzlich bestehen die Aufgaben der Regierung Niederbayerns bezüglich der Integration vor allem in der Vernetzung, der Vermittlung öffentlicher Anerkennungen und gelegentlich auch in der finanziellen Unterstützung von Projekten.

Seinen Vortrag über die Ansätze und Möglichkeiten der Integration im ländlichen Raum eröffnete der Integrationsbeauftragte des Landkreises Günzburg, Meinrad Gackowski mit einem Überblick über die statistischen Fakten. Demnach weisen knapp 20 % der Einwohner des Landkreises Günzburg einen Migrationshintergrund auf. Auch hier stützt sich die Arbeit auf den Gender Ansatz, der die geschlechterspezifische Integration in den Mittelpunkt rückt. Das Vorgehen ist dabei primär durch die Arbeit in lokal begrenzten Einzelprojekten geprägt.

### Brückenschlag der Kulturen

Integration berge gerade im ländlichen Raum jedoch eine doppelte Herausforderung, so Gackowski. Zum einen fielen Migrantenfamilien dort wesentlich stärker auf, als es in den anonymen Großstädten der Fall sei. Seine Arbeit konzentrierte sich deshalb auf die Teilhabe und Teilnahme der Migrantenfamilien als Brückenschlag zu den Menschen und Kulturen. Darüber hinaus stellt aber auch die Mitnahme der deutschen Bevölkerung eine essentielle Herausforderung dar, gerade aufgrund verstärkter Ressentiments im ländlichen Raum. **DK**

## Hilferuf an...

(Fortsetzung von Seite 1)

Haushalte an dieser Stelle durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz bereits überschritten worden: „Die Rückgänge der Gewerbesteuer machen im übrigen deutlich, dass diese wichtigste städtische Steuer keine weiteren Eingriffe verträgt, sondern eher einer zusätzlichen Stabilisierung bedarf.“

### Gesamthaushalt 2009/2010

Der Deutsche Städtetag veröffentlichte unter anderem folgende weitere Daten und Einschätzungen zum kommunalen Gesamthaushalt in den Jahren 2009 und 2010:

► Im Jahr 2009 ist der kommunale Finanzierungssaldo zwischen Einnahmen und Ausgaben regelrecht abgestürzt: Er ist um etwa 12 Milliarden Euro auf ein Defizit von minus 4,5 Milliarden Euro gefallen.

► Bei den kommunalen Steuereinnahmen ist auch für das Jahr 2010 keine Besserung in Sicht, die Steuereinnahmen sinken nochmals um 5 Prozent bzw. weitere 3,2 Milliarden Euro. Nach dem dramatischen Rückgang der Gewerbesteuererinnahmen (netto) der Kommunen in den Flächenländern um 5,4 Milliarden Euro in 2009 wird für 2010 ein weiteres Minus von 1,1 Milliarden Euro bzw. 4,4 Prozent erwartet.

► Die kommunalen Einnahmen sind im Jahr 2009 insgesamt um etwa 3,6 Milliarden Euro auf 171,3 Milliarden Euro zurückgegangen. Höher ausgefallen wäre das Minus ohne den Sondereffekt einer Einnahme von 1 Milliarde Euro in Süddeutschland. Gleichzeitig sind die Ausgaben um ca. 8,5 Milliarden Euro auf 175,75 Milliarden Euro angewachsen.

► Die kommunalen Investitionskosten stiegen im Jahr 2009 um 1,7 Prozent. 2010 wird durch das Konjunkturpaket ein deutliches Plus von 14,2 Prozent erwartet. Der größte Teil der Mittel aus dem Konjunkturpaket wird voraussichtlich in diesem Jahr ausgegeben, da die Gelder – wie bei privaten Bauvorhaben auch – erst dann fließen, wenn die Projekte abgeschlossen sind. Allerdings gilt auch: Ohne die durch das Zukunftsinvestitionsgesetz angestoßenen zusätzlichen Investitionen wären Rückgänge bei den Investitionen unvermeidbar gewesen. Die hohen Rückgänge der Steuereinnahmen hinterlassen ihre Spuren beim Investitionsverhalten. Die regulären Investitionen außerhalb des Konjunkturpakets nehmen sowohl im Jahr 2009 wie auch im Jahr 2010 als Folge der kritischen Finanzlage deutlich ab.

► Für das Jahr 2009 wird bundesweit mit konstanten Gebühreneinnahmen in den Kommunalhaushalten gerechnet. 2010 erhöhen sich die Einnahmen der Kommunen aus Gebühren voraussichtlich um 200 Millionen Euro bzw. 1,1 Prozent auf 15,9 Milliarden Euro. In der Gesamtheit der ostdeutschen Kommunen ist dabei ein leichter Rückgang zu verzeichnen. 2010 gibt es in einem Teil der Städte durch die Finanzkrise bedingte Gebührenerhöhungen, ein flächendeckender starker Gebührenerhöhung in den Kommunen ist durch die vorliegenden Umfragedaten aber nicht belegbar.

„Aufgrund der weltweiten Wirtschaftskrise sowie vieler durch Bundes- und Landesgesetze festgelegter Leistungen bleibt den Städten immer weniger Geld, über das sie selbst entscheiden können. Der Preis ist für viele Städte hoch: Sie drohen sich kaputt zu sparen“, machte Dr. Stephan Articus, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, deutlich. Die Städte erarbeiteten Sparprogramme und stellten dafür alle Bereiche auf den Prüfstand.

Vor allem reduzierten die Städte ihr Personal und besetzten

frei werdende Stellen nicht mehr oder nur verzögert. Sie seien gezwungen, wichtige Investitionen in die städtische Infrastruktur oder IT-Projekte zu stoppen oder zeitlich zu strecken. Wenn möglich, müssten auch städtische Beteiligungsgesellschaften Konsolidierungsbeiträge leisten. In vielen Städten würden Haushaltssicherungskonzepte neu aufgestellt oder ausgeweitet, die sich die Städte von den Kommunalaufsichtsbehörden genehmigen lassen müssen. Außerdem steige in vielen Haushalten der Druck, neue Schulden aufzunehmen.

„Mit relativ hohem Aufwand sparen die Städte inzwischen selbst ‚kleine Beträge‘ ein, die für die Bürgerinnen und Bürger jedoch meist schmerzliche Einschnitte bei der Infrastruktur und den städtischen Angeboten mit sich bringen: Geschlossene Bäder und geringere städtische Zuschüsse für Vereine sind unter anderem die Folge“, stellte Articus fest.

Folgende Beispiele aus Mitgliedsstädten des Deutschen Städtetages stünden exemplarisch für die Versuche aller Städte, der desolaten Finanzsituation zu begegnen. So werde in Erlangen überlegt, die Bäder an die Stadtwerke zu überführen und dadurch jährlich 1,2 Millionen Euro einzusparen sowie Zuschüsse an Tochterunternehmen, wie die Wohnungsbaugesellschaft, und an Vereine

zu verringern. Um die Einnahmen zu steigern, soll der Hebesatz bei der Gewerbesteuer auf 425 Punkte und bei der Grundsteuer auf 480 Punkte angehoben werden, ebenso stehen höhere Grabgebühren und Parkgebühren zur Diskussion. Eine Zweitwohnsteuer könnte eingeführt werden.

### Frühere Mahnung

Die Stadt Nürnberg wiederum hat Einsparungen in Höhe von knapp 11 Millionen Euro im Jahr, die ab 2013 voll wirksam werden, durch vielfältige Einzelmaßnahmen beschlossen. Zum Beispiel wird die Begleichung offener Rechnungen eher angemahnt. Das von den Dienststellen bewirtschaftete Budget wurde pauschal um sieben Prozent gekürzt. Die optimierte Vermittlung von Pflegekindern soll den städtischen Haushalt ebenfalls langfristig entlasten. Vereine erhalten geringere Zuschüsse.

In Regensburg schließlich verzögert man die Wiederbesetzung freier Stellen um ein halbes Jahr. Eine Haushaltssperre in Höhe von 10 Prozent für die Bereiche Verwaltungs- und Betriebsaufwand war erforderlich. Die Umstellung von Kameralistik auf doppelte Haushaltsführung wurde verschoben, da die Kosten dafür etwa 3,1 Millionen Euro betragen würden. Investitionen, vor allem in die Verkehrsinfrastruktur, werden gekürzt. Investitionen in den Ausbau der Kinderbetreuung müssen dagegen gesteigert werden. **DK**

## Dialog mit...

(Fortsetzung von Seite 1)

noch nicht klar, ob das 2013 auslaufende Programm auch fortgeführt wird. Insofern könnten Projekte für die Folgejahre noch nicht zugesichert werden.

In Zukunft „gerne in unregelmäßigen Abständen zur KPV kommen“ möchte der neue CSU-Landesgeschäftsführer Dr. Bernhard Schwab, früher Pressesprecher der CSU-Landesleitung und zuletzt Leiter der Bayerischen Vertretung in Berlin. Schwab, der sein neues Betätigungsfeld als Serviceeinrichtung für 160.000 CSU-Mitglieder betrachtet, bat die KPV-Mitglieder um gute Zusammenarbeit und verwies darauf, dass das Thema neuer KPV-Landesgeschäftsführer ganz oben auf der Tagesordnung steht. Es stehe zu erwarten, dass demnächst ein Nachfolger für Florian Hahn präsentiert werden kann.

„Die CSU muss als Einheit gesehen werden“, erklärte der Vorsitzende der CSU-Landtagsfraktion, Georg Schmid, MdL. Konkret bedeute dies: „Wo immer innerhalb der CSU gehandelt wird, werden die Maßnahmen automatisch stets der Gesamtpartei zugerechnet.“ Die Koalition mit der FDP erschwere die Arbeit im Bayerischen Landtag sehr, da der praktische Ablauf sich wesentlich komplizierter als in früheren Zeiten gestalte.

### Schwerpunktsetzung

In der wahlfreien Zeit gelte es nun, sich Gedanken darüber zu machen, welche Schwerpunkte in den nächsten zehn Jahren gesetzt werden sollen. Schmid: „Ich erwarte von einer Volkspartei, die wie die CSU über ein starkes Potenzial verfügt, sich zu überlegen, wo das Land hinsteuern soll.“ Gerade in der Krise hätten die Menschen das Bedürfnis nach Orientierung, so der Fraktionsvorsitzende. Schwerpunkte in den nächsten Jahren will er in den Bereichen Umwelt, Bildung, Familie, Wirtschaft und Kommunen setzen. Die Partei müsse wieder auf die Beine gestellt werden.

Fakt sei, dass es keinen Bereich gibt, „wo politische Entscheidungen so schnell und hautnah wirken wie auf kommunaler Ebene“, fuhr Schmid fort. Deshalb müsse man darauf achten, dass die Kom-

munen „einigermaßen finanziell ausgestattet sind, ihnen noch Spielraum zum Investieren bleibt und sie ihre Infrastruktur auf Vordermann bringen können.“

Der kommunale Finanzausgleich sei unter den gegebenen Bedingungen in Ordnung, konstatierte Schmid. Im Gegensatz zur FDP vertrat er die Ansicht, dass es zur Gewerbesteuer „keine Alternative“ gibt. Trotz permanenter Wechsels und Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Gesamtlage sei sie eine stabile Steuer.

### Fokus auf Investitionen

Auf lange Sicht werde eine finanzielle Begleitung für die Erneuerung der Straßen-Infrastruktur benötigt, fuhr Schmid fort. Im Nachtragshaushalt werde es vier finanziell stark ausgestattete Blöcke geben: Den Staatsstraßenbau, die Dorferneuerung, die Städtebauförderung und die Regionalförderung. Das Augenmerk werde darauf gerichtet, „Geld nicht so sehr in den Konsum zu geben, sondern in diese Investitionen hinein“.

Als bislang „ungeklärte Themen“ bezeichnete Schmid die Breitbandförderung, die Pflege und die Bildung. Dass mit Geld allein Probleme nicht gelöst werden können, sei daran zu ersehen, dass trotz eines „stabilen Ausgabenbrockens“ von 15,7 Mrd. Euro nur für die Bildung (der Gesamthaushalt umfasst 42 Mrd. Euro), „viele Dinge in diesem Bereich noch immer in der Debatte sind“. In diesem Zusammenhang plädierte der Fraktionsvorsitzende dafür, „nicht ständig weitere Experimente mit immer hochpädagogisch begründeten Veränderungen zu machen“. Er gab die Parole aus, um der Stabilität willen Ruhe einkehren zu lassen.

In einer sich anschließenden regen Diskussion plädierte Nürnbergs Bürgermeister Klemens Gsell für die Losung „Qualität vor Geschwindigkeit“. Zudem wurde über die Wahrnehmung der KPV, Fragen der Bildung, Verlängerung der Fristen - Konjunkturpaket II, Bürokratieabbau in Genehmigungsbehörden, Breitbandabschluss, Art. 15 FAG und Innere Sicherheit diskutiert. **DK**

CeBIT 2010 in Hannover:

## Der moderne Bürger im Public Sector Parc

So neu war die CeBIT noch nie. Wenn die weltweit bedeutendste Messe für die digitale Industrie am 2. März 2010 in Hannover startet, präsentiert sie sich mit zahlreichen neuen Sonderschauen und Inhalten. Im Fokus von Ausstellung und Kongress stehen Lösungen der Informations- und Kommunikationswirtschaft für alle Bereiche des Arbeitens und Lebens.

Schnelle Internetzugänge sind eines der Top-Themen der CeBIT 2010. Der deutsche High-Tech-Verband BITKOM veranstaltet in Kooperation mit dem Bundeswirtschaftsministerium und der CeBIT dazu die „Broadband World“. Auf 2.000 Quadratmetern präsentieren Unternehmen ihre Lösungen rund um das Thema Breitband. Der Ausstellungsbereich wird ergänzt durch ein großes Forum mit zahlreichen Veranstaltungen,

Vorträgen und Best-Practice-Präsentationen. Die „Broadband World“ wird zur zentralen Anlaufstelle für Hersteller, Netzbetreiber, Kommunen, Planer, Anwender und die Politik.

### Breites Themenfeld

Im Public Sector Parc dreht sich alles um den modernen Bürger. Nicht nur die Kommunikation zwischen Bürgern und Verwaltungen profitiert zunehmend

von innovativen IT-Lösungen, sondern durchweg alle Lebensbereiche der Gesellschaft. Der Public Sector Parc bildet hierzu ein breites Themenfeld in Halle 9 ab, stellt Fragen, zeigt Lösungen auf und fügt sich mit seinem Angebot optimal in das Motto „Connected Worlds“ der diesjährigen CeBIT ein. Bürger, Verwaltungsangestellte und Entscheider der Wirtschaft erfahren hier neben vielen weiteren Neuheiten, welche Vorteile die Einführung des neuen Personalausweises bietet oder wie die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie die Kommunikation mit Verwaltungen grundlegend verbessert.

### BITKOM-Studie

Laut einer aktuellen BITKOM-Studie gehen rund 26 Millionen Bundesbürger im Alter von über 14 Jahren - dies sind 52 Prozent der Internetnutzer - online ins Amt. „Behörden, die interaktive Online-Dienste anbieten, erhalten gute Noten“, betont BITKOM-Präsident Dr. August-Wilhelm Scheer. Mit Hilfe der interaktiven Online-Dienste entfallen Gänge zum Amt sowie lange Wartezeiten, da Bürger unabhängig von Öffnungszeiten umfangreiche Serviceleistungen in Anspruch nehmen können. Zu den Highlights des Ausstellungsgeschehens im Public Sector Parc der CeBIT 2010 gehören Präsentationen des Bundesministeriums des Innern und der Bundesdruckerei sowie das ressortübergreifende IT-Investitionsprogramm.

### „Bürger trifft Behörde“

Während der Veranstaltung „Bürger trifft Behörde“ werden die Zuschauer erleben, wie einfach, schnell und effizient die Kommunikation mit dem Staat sein kann. Die Sonderschau spricht gezielt Bürger, Firmen und Beamte an, um sie umfassend über die aktuellen Entwick-



Gerhard Eck.

mehrfach unter Realitätsbedingungen getestet worden. Insbesondere der Testbetrieb beim Oktoberfest 2009 lief sehr erfolgreich.

Eck: „Während der gesamten Dauer der Wies'n wurden bis zu 600 Hand- und Fahrzeugdigitalfunkgeräte parallel und zeitgleich eingesetzt. Dieser Test beim Oktoberfest war einer der Standortauswahl für die Basisstationen unter aktiver Einbindung der örtlichen Verantwortli-

### BOS-Digitalfunk in Bayern:

## Netzaufbau schreitet zügig voran

Innenstaatssekretär Gerhard Eck hat dem Ministerrat über den aktuellen Stand des Aufbaus eines Digitalfunknetzes in Bayern berichtet. Der Freistaat Bayern wendet für den Netzaufbau, die Einführung, die Erstausrüstung der staatlichen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) mit Endgeräten und den Betrieb bis zum Jahr 2021 über 772 Millionen Euro auf. Für das Jahr 2010 sind in Bayern insgesamt Investitionskosten von über 159 Millionen Euro eingeplant, für 2011 knapp 127 Millionen Euro.

Die Kostenbeteiligung der Kommunen und Rettungsdienste setzt im Jahr 2013, spätestens aber mit vollständiger bayernweiter Bereitstellung des Digitalfunknetzes ein. Im Freistaat Bayern liegen insgesamt sechs Netzabschnitte, die sich in nach derzeitiger Planung 928 Basisstandorte aufteilen. Nach den derzeitigen Planungen, so Staatssekretär Eck, wird es in Oberbayern rund 225 Standorte geben, in Niederbayern und Schwaben etwa 233 Standorte, in der Oberpfalz und Oberfranken etwa 208 Standorte, in Mittelfranken 91 Standorte und in Unterfranken 110 Standorte. Von den 37 in München geplanten Standorten sind 36 bereits fertig gestellt, berichtete der Staatssekretär. „Mit diesen insgesamt 928 Standorten in sechs Netzabschnitten umfasst der Freistaat Bayern mehr als ein Fünftel des bundesweiten Gesamtnetzes.“

### Netzgröße und Topographie

Bayern habe dabei besondere Herausforderungen zu bewältigen. Neben der Netzgröße seien das die topographischen Gegebenheiten wie etwa die Alpenregionen. Eck betonte, dass die Standortauswahl für die Basisstationen unter aktiver Einbindung der örtlichen Verantwortli-

lungen im öffentlichen Sektor zu informieren. Themengeführte Rundgänge bringen Besucher zur Zukunft der modernen Verwaltung. Neben Services für Menschen und Unternehmen werden Themen rund ums Lernen und Lehren offeriert. Eine Jobbörse für interessierte Einsteiger lädt zu gezieltem Netzwerken ein. Zudem bietet der Public Sector Parc umfangreiche Informationen zum Datenschutz und zur Datensicherheit an.

### Geoinformation

Rasches Wachstum und sich schnell entwickelnde Technologien prägen die Geoinformation, die als Querschnittstechnologie zumeist zur Optimierung von Geschäfts- und Verwaltungsprozessen eingesetzt wird. Neben Aktivitäten zum Aufbau lokaler, nationaler und internationaler Netzwerke der Geodateninfrastruktur haben Kommunen, Bundesländer und der Bund selbst Geoinformationen als bedeutendes Wirtschaftsgut erkannt. Die Besucher des Public Sector Parcs können sich über Sinn und Zweck von Geodaten informieren und deren vielfältige Einsatzzwecke entdecken - wie bei der Erschließung von Baugebieten oder im Katastrophenschutz. Das „Speed Dating GeoBusiness“ rundet mit Forumsprogramm, Networking und geführten Touren das Ausstellungsgeschehen ab.

### Optimierte Kommunikation

Bei der Optimierung der Kommunikation zwischen Bürger und Behörde stehen weitere Themen im Vordergrund: der Abbau bürokratischer Hürden durch die EU-Dienstleistungsrichtlinie (EU-DLR) und die einheitliche Behördenrufnummer D115, die in allen Fällen weiterhelfen soll - ob es nun um Termine beim Standesamt oder Fragen zum Elterngeld geht.

Berufseinsteiger und Umsteiger sollten die Chance nutzen, sich im Public Sector Parc über öffentliche Verwaltungen, Unternehmen und Institutionen als attraktive Arbeitgeber zu informieren. Nicht zuletzt wegen des Einsatzes modernster ITK-Technik werden sie hier spannende Tätigkeitsfelder finden. **DK**

Eck wies darauf hin, dass es ganz wesentlich sei, im Prozess der Standortplanung die Bevölkerung hinter dem Vorhaben zu wissen.

Es sei deshalb stets geplant, möglichst viele bestehende Standorte zu verwenden. Ein abhörsicheres und stabiles Digitalfunknetz für alle Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben ist im Interesse der Bevölkerung. **DK**

### Bayerische Behördenski-Meisterschaft:

## AKDB Teilnehmer in Nesselwang

Der Markt Nesselwang richtet im Wechsel mit Bad Hindelang, Ruhpolding und Schliersee die Bayerischen Behörden-Skimeisterschaften aus. Am letzten Januarwochenende trafen sich in Nesselwang knapp 400 Bedienstete der Städte, Gemeinden, Landratsämter, Regierungen und Ministerien aus ganz Bayern, um sich im Riesentorlauf und Langlauf zu messen. Die AKDB nimmt bereits seit Jahren an dieser Veranstaltung teil.

Am zweiten Tag der Wettbewerbe herrschte fast durchgehend starker Schneefall. Die Neuschneemengen in den Staulagen des Allgäus waren enorm. Einen knappen halben Meter Neuschnee gab es bereits in der Nacht von Freitag auf Samstag. Bei eingeschränkten Sichtverhältnissen konnte man die imposante Bergkulisse an diesem Vormittag nur erahnen. Die Nesselwanger Organisatoren stellten dennoch eine bestens organisierte Veranstaltung auf die Beine, zahlreiche ehrenamtliche Helfer präparierten die Pisten und entfernten den Neuschnee. Optimale Wintersportbedingungen herrschten dann zumindest nach Ende des Rennens, als sich kurz die Sonne zeigte.

Auch die AKDB war wieder mit einem engagierten Renn-Team vor Ort. Die Mitarbeiter hatten sich privat auf dieses Wochenende vorbereitet. Dabei standen Spaß, gute Laune und heiles Herunterkommen im Vordergrund. Und einige AKDB-Mitarbeiter erreichten angesichts der starken Konkurrenz durchaus respektable Ergebnisse. Das Fazit beider Renntage war äußerst positiv. Alle Beteiligten waren einhellig der Meinung: Die Behördenski-Meisterschaft 2011 in Ruhpolding wird ein Pflichtterminus im nächsten Jahr! **DK**

## EWO-Portal im Landkreis Coburg erfolgreich

Die kreisangehörigen Verwaltungen des geografisch im Mittelpunkt Deutschlands und Europas gelegenen Landkreises Coburg setzen ein Zeichen für einen modernen und bürgerfreundlichen Landkreis: In einer Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der Geschäftsleiter haben sich die Verantwortlichen von den Vorzügen des EWO-Portals der AKDB überzeugt. Dieses ermöglicht den Bürgern Anträge, wie z.B. die Ausstellung der Lohnsteuerkarte, Meldebestätigung, Aufenthaltsbescheinigung und vieles mehr, über das Internet zu stellen. Die Anträge werden dann ohne Medienbruch im AKDB-Fachverfahren OK.EWO weiter verarbeitet.

Geschäftsleiter Ulrich Wolf von der Großen Kreisstadt Neustadt bei Coburg zeigte sich vom Funktionsumfang und den Vorteilen für die Sachbearbeiter im Bürgeramt begeistert. Er warb unter seinen Geschäftsleiterkollegen für eine gemeinsame Einführung des EWO-Portals im Landkreis, zumal die Verwaltungen der Region Coburg aktuell einen gemeinsamen Internetauftritt gestalten. Neun der 13 EWO-Kunden der

AKDB entschieden sich für das EWO-Portal. Somit werden künftig rund 50.000 Einwohner die Funktionen des EWO-Portals nutzen können.

Die LivingData GmbH, Tochterunternehmen der AKDB, kümmert sich derzeit um die Umsetzung der einzelnen EWO-Portale. Der Produktivbetrieb startet in Kürze, sobald die neuen Webauftritte offiziell der Öffentlichkeit vorgestellt werden. **DK**

### OK.EWO jetzt auch in Traunstein

Die oberbayerische Stadt Traunstein ist seit Januar neuer OK.EWO-Anwender. Nach einer kurzen Einführungsphase startete der Produktionsbetrieb das Verfahren planmäßig. OK.EWO unterstützt nun auch die Traunsteiner Verwaltung, alle Melderechtsvorgänge noch schneller und effizienter durchzuführen. Das ganzheitliche Konzept vereinfacht die Arbeitsabläufe im Meldeamt entscheidend. Das führt zu einer erheblichen Ersparnis von Wegen und Wartezeiten für die Bürger. **DK**

Es gibt einen sicheren Weg bei der Umstellung auf die

DOPPIK

führen Sie am besten mit DATEV ein. Schließlich sind wir nicht nur führend beim Rechnungswesen, sondern auch der Spezialist für ein zukunftsweisendes kommunales Finanzmanagement.

Wir begleiten Sie in allen Phasen der Umstellung auf die doppelte Buchführung: Mit leistungsstarker Software, einem umfassenden Projektmanagement und individuellen Serviceangeboten. Und auch anschließend im laufenden Betrieb stehen wir Ihnen beratend zur Seite. Informieren Sie sich unter der Telefonnummer 0800 0114348.

[www.datev.de/kommunal](http://www.datev.de/kommunal)

DATEV

Zukunft gestalten. Gemeinsam.

Auf der **CeBIT**, 02.-06.03.2010  
Halle 2, Stand A40

## Vereinter Kampf gegen die „Cyberkriminellen“

Regensburg/Passau (obx) – Das Internet ist ein gefährliches Pflaster geworden: Seit Jahren steigt die Zahl der Cyberkriminellen sprunghaft an. Von Februar bis Juni 2009 hat sich die Zahl der manipulierten Webseiten mehr als verdoppelt, mit denen Kriminelle versuchen, an Passwörter und persönliche Daten argloser Nutzer zu kommen. Rund 20 Millionen Computerviren und Trojaner sind derzeit bekannt. Täglich kommen einige hundert hinzu.

Internetexperten gehen davon aus, dass weltweit mehr als 100 Millionen Rechner „verseucht“ sind und dort bereits die feindlichen Angreifer das gesamte System im Griff haben. Die Universität von Maryland hat errechnet, dass es im Internet alle 39 Sekunden einen Hacker-Angriff gibt, bei dem in den meisten Fällen hochbrillante Daten gestohlen werden. Düstere Perspektiven für die Internetsicherheit der Zukunft? In Ostbayern hat es sich ein bundesweit ein-

cherheit, einem Zusammenschluss von mehr als 40 ostbayerischen Unternehmen und drei Hochschulen. Das Ziel der bundesweit einmaligen Initiative: neue Ansätze zu entwickeln, um die Sicherheit sowohl der Privathaushalte als auch der Unternehmen zu erhöhen.

### Kompetenznetzwerk

Bereits heute wird nirgends in Deutschland mehr an der Zukunft der Daten- und Internetsi-

terprobleme entwickelt das Unternehmen Conceptnet eine Lösung für den sicheren elektronischen Austausch sensibler Daten. „Unser Produkt hat das Potenzial, zukünftig zum Standard zu werden“, sagt Conceptnet-Geschäftsführer Christian Meier.

Das vom Bayerischen Wirtschaftsministerium geförderte Projekt könnte die Datenübertragung revolutionieren – ob beim Austausch von Kontodaten beim Home-Banking, sensiblen Patienteninformationen oder die Weiterleitung von Verkaufsdaten bei Scannerkassen.

### Überprüfung auf Schwachstellen

Die Regensburger IT-Firma Art of Defence hat eine Software entwickelt, die den Quelltext von Internet-Anwendungen in Sekundenschnelle sicher und zuverlässig prüft – und den Anwender sofort warnt, wenn Gefahr für den eigenen Rechner, Online-Shopsysteme oder Kundenportale drohen. „Damit bekommen IT-Sicherheitsbeauftragte erstmals ein Instrument in die Hand, dass die automatisierte Überprüfung auf sicherheits-

kritische Schwachstellen möglich macht.“

Langfristig will Ostbayern der Motor sein, wenn es darum geht, die Welt des Internets sicherer zu machen. „Wir wollen national und international eine führende Rolle im Bereich der IT-Sicherheit spielen“, sagt Professor Dr. Günther Pernul, Lehrstuhlinhaber an der Hochschule Regensburg und Mitglied im Beirat der Strategischen Partnerschaft. „Diese Kompetenzpartnerschaft bringt uns einen nicht hoch genug einzuschätzenden Mehrwert“, sagt der Wissenschaftler. Mit dem einmaligen Themenschwerpunkt könnten die technischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Aspekte der IT-Sicherheit beleuchtet werden. „Damit erhält die Vision, sich sogar weltweit eine führende Position in diesem Bereich zu schaffen, eine reelle Basis“, erklärt Professor Pernul.

### Bündelung der Kräfte

Die Kooperationen der seit vier Jahren bestehenden IT-Partnerschaft sollen deshalb nochmals weiter vertieft werden. Vier Foren sollen die Kräfte aus Wissenschaft und Wirtschaft bündeln: Sicherheitstechnik, den Datenschutz im Unternehmen, die Netzwerksicherheit und die Entwicklung von sicherer Software. Dazu soll auch der Kreis der beteiligten Unternehmen weiter wachsen – auch über Ostbayern hinaus. □

### „Bayern-Map plus“ für Freising:

## Detailgenaue Informationen

Die Freisinger Stadtverwaltung nutzt seit geraumer Zeit ein sog. GIS und die Daten des Staatlichen Vermessungsamts als Planungsinstrument. Ende 2009 erhielt Freising nunmehr als erste Stadt in Bayern die brandneue digitale Karte „Bayern-Map plus“ der Bayerischen Vermessungsverwaltung.

Die neue digitale „Bayern-Map plus“ verbindet mit verschiedenen Zoom-Stufen die Vorteile einer Übersichtskarte mit den Vorteilen einer Detailansicht und löst den bisherigen, maßstabsgebundenen Stadtplan im Geoinformationssystem ab.

### Einfache Beantwortung

Jeder Benutzer kann mit einem Mausklick herausfinden, wo beispielsweise Grundstücksgrenzen verlaufen, Parkplätze in der Innenstadt vorhanden sind, Überschwemmungsgebiete liegen oder einfach eine bestimmte Hausnummer zu finden ist. Mit dem im System hinterlegten Informationen können individuelle Anfragen einfach und

schnell bei höchster Effizienz beantwortet werden. Zeitraubendes manuelles Nachschlagen in großen Kartenwerken ist so nicht mehr nötig. Im Gegensatz zu bekannteren Plattformen im Internet arbeitet die neue „Bayern-Map plus“ nicht kommerziell; damit bietet sie für jede Suchanfrage detailgenaue Informationen unabhängig vom betroffenen Standort.

Das Freisinger GIS versorgt bereits 50 Mitarbeiter mit geografischen Daten, vor allem Tiefbauamt, Stadtwerke, Ordnungsamt und Liegenschaftsamt arbeiten mit den aufbereiteten Datensätzen, ergänzend zu digitalisierter Flurkarte, automatisiertem Liegenschaftsbuch und Luftbildern des Vermessungsamts. Besonders die Planungssicherheit durch die zentimetergenaue Einmessung der Grundstücksgrenzen erleichtert die Arbeit der Stadtverwaltung.

### Katasterneuermessungen

Ein eindrucksvolles Beispiel für die enge Zusammenarbeit von Stadt und Vermessungsamt Freising sind die großflächigen Katasterneuermessungen im Stadtgebiet, die seit 1998 durch das Landesamt für Vermessung und Geoinformation und das Vermessungsamt bearbeitet werden.

Da die Stadt Freising sehr früh die richtungweisende Entscheidung getroffen hat, systematische Katasterneuermessungen beim Vermessungsamt zu beauftragen, werden in den nächsten Jahren alle Grenzen im Freisinger Stadtgebiet auf einen zeitgemäßen, hochgenauen Stand gebracht. Zahlreiche Grenzen im Gemeindegebiet Freising basierten bislang noch auf historischen und entsprechend ungenauen Daten. DK

### IT-Ressourcenverwaltung:

## Quadruga bietet Softwarelösung

Kommunale EDV-Abteilungen bietet die von der Firma Quadruga Informatik entwickelte Softwarelösung Quadruga-IT einen umfassenden Überblick über die eingesetzten Hard- und Softwarekomponenten, die zugehörigen Anwender, Lieferanten, Verträge, Räume und die aufgetretenen Problemfälle. Darüber hinaus kann Quadruga-IT auch als allgemeine Inventarverwaltung für Einrichtungsgegenstände und technisches Gerät dienen.

Auf der CeBIT stellt Quadruga Informatik in Halle 3 an Stand E02 eine neue Version der Software vor. Interessenten können sich bei einer persönlichen Präsentation einen Eindruck davon verschaffen, wie einfach es mit Quadruga-IT ist, den Umzug eines PC-Arbeitsplatzes abzubilden, via Intranet Problemfälle an den HelpDesk zu übermitteln oder mit Pocket PC und Barcode-Scanner eine Bestandskontrolle durchzuführen.

Quadruga Informatik GmbH auf der CeBIT in Halle 3, Stand E02, [www.quadruga.de](http://www.quadruga.de) □

### Picture GmbH auf der CeBIT 2010:

## Prozessorientierte Verwaltungslösung

Erste Einblicke in EAP-Auskunftssystem des Landes Sachsen

Das von der Picture GmbH für das Land Sachsen entwickelte Prozessregister zur Erfassung aller EU-DLR-relevanten Prozesse wird derzeit zum zentralen Auskunftssystem für den Einheitlichen Ansprechpartner (EAP) ausgebaut. Die Picture GmbH ist auf prozessorientierte Verwaltungsmodernisierung spezialisiert.

Auf der CeBIT 2010, die vom 2. bis 6. März 2010 in Hannover stattfindet, gibt das Münsteraner Beratungs- und Softwareunternehmen interessierten Besuchern in Halle 9 / Stand D06 einen Einblick in den aktuellen Entwicklungsstand.

### Erfolgreich im Einsatz

Nachdem das von der Picture GmbH entwickelte Prozessregister im Land Sachsen im vergangenen Jahr fristgerecht erstellt und mit Prozessen befüllt worden war, ist das System seit Ende Dezember beim Einheitlichen Ansprechpartner (EAP) in Sachsen erfolgreich im Einsatz und bildet dort die Wissensgrundlage bei Kundenanfragen.

In weiteren Stufen wird das Prozessregister Sachsen nun unter Mitarbeit der Picture GmbH zu einem vollständigen Auskunftssystem für den EAP erweitert. Bereits zum jetzigen Zeitpunkt zeichnet sich ab, dass auch zukünftige Themen wie die Realisierung des Behördenrufs D115, die Einführung von Qualitäts- und Wissensmanagement, sowie die Identifikation von organisatorischen und technischen Modernisierungspotenzialen durch das Prozessregister unterstützt werden können.

### Ausbau der Kundensicht

Als ein zentraler Aspekt der nächsten Ausbaustufe ist die Einführung und der Ausbau einer Kundensicht auf die erfassten Prozesse hervorzuheben: In dieser neuen Ansicht können schnell und übersichtlich alle für den Kunden der Verwaltungsdienstleistung relevanten Aspekte betrachtet und analysiert werden. Der EAP kann somit Anfragen von Bürgern und Unternehmen schnell und kompetent beantworten. Zu den dargestellten Informationen zählen insbesondere die im Prozess benötigten Dokumente, die beteiligten Behörden sowie gegebenenfalls entstehende Kosten.

### Erste Einblicke

Auf der diesjährigen CeBIT werden Dr. Lars Algermissen und Dr. Thorsten Falk, Geschäftsführer der Picture GmbH, erste Einblicke in den Ausbau des Prozessregisters zu einem vollwertigen EAP-Auskunftssystem geben. Interessierte Besucher können den Kontakt über den Stand der Universität Münster/ERCIS, Halle 9, Stand D06, herstellen.

Info: [www.picture-gmbh.de](http://www.picture-gmbh.de) □

## Neuer KommunalBIT in Fürth

Die mittelfränkischen Städte Erlangen, Fürth und Schwabach haben ihre Ämter für Informationstechnik zusammengelegt. Der dabei zum 1. Januar 2010 entstandene Kommunale Betrieb für Informationstechnik (KommunalBIT) hat seinen Sitz in Fürth.

Insgesamt 60 Mitarbeiter betreuen rund 3.000 PC-Arbeitsplätze in der Verwaltung und zusätzlich die IT-Ausstattung der Schulen (circa 2.500 PC-Plätze) in Erlangen. Auch nach dem Aufbau des zentralen Rechenzentrums und des städteübergreifenden Netzwerks werden immer Kräfte für den Vor-Ort-Support in den Städten verbleiben, damit eine schnelle Unterstützung der Anwenderinnen und Anwender gewährleistet ist.

Erklärtes Ziel ist es, Synergiepotentiale und Skaleneffekte al-

ler Art zu nutzen und damit für die kommunalen Auftraggeber Freiräume zu schaffen, die es ihnen erlauben, ihre Verwaltungsprozesse mit Hilfe modernster Informationstechnik auszubauen und zu optimieren. Jahrzehntelange Erfahrung im kommunalen Umfeld ist KommunalBIT zufolge nur ein Baustein für die erfolgreiche Zusammenarbeit.

Walter Brosig, bisheriger Leiter des Amtes für Informationstechnik der Stadt Erlangen, wurde zum Vorstand bestellt. Info: [www.kommunalbit.de](http://www.kommunalbit.de) DK



Ostbayern auf dem Weg zu einer der weltweit führenden Regionen für die IT-Sicherheit: Ein bundesweit einmaliges Forschungs-Expertenetzwerk in Ostbayern will den Internetkriminellen das Handwerk legen. Foto: obx-news

zigartiges Forschungs- und Expertenetzwerk zur Aufgabe gemacht, den Internetkriminellen ihr Handwerk deutlich schwieriger zu machen. Erste Erfolge gibt es bereits. Zahlreiche Zukunftsprojekte sind in den Schubladen der Wissenschaftler.

Es vergeht kaum ein Tag, an dem Internetbetrüger keine großen Schlagzeilen machen: professionell organisierter Handel mit vertraulichen Kundendaten, Millionenschaden durch gehackte Internetseiten, geplünderte Konten durch ausgespähete Bankdaten.

Die Nutzer stehen den virtuellen Angriffen oft machtlos gegenüber. „Cyberkriminalität breitet sich immer weiter aus, da der Austausch von Geld und Daten im Internet ein verlockendes Ziel für Übeltäter darstellt“, sagt Dr. Herbert Vogler, der Geschäftsführer der IT Inkubator Ostbayern GmbH. Diese koordiniert die Aktivitäten der Strategischen Partnerschaft für IT-Si-

cherheit geforscht als in der Region zwischen Regensburg und Passau. Das Passauer Universitätsinstitut für IT-Sicherheit und Sicherheitsrecht, die Regensburger Professoren für Informationssysteme und Management der Informationssicherheit sowie das Labor für störungsfreie und sichere Systeme (Laboratory for Safe and Secure Systems) an der Hochschule Regensburg gehören zu Deutschlands führenden Wissenschaftszentren auf dem Gebiet. In dem Kompetenznetzwerk für IT-Sicherheit bündeln sie ihre Aktivitäten - mit Rückenwind von der Europäischen Union. Bis 2014 werden rund 2,3 Millionen Euro an Fördergeldern für die Initiative fließen.

### Meilensteine

Erste Meilensteine auf dem Weg, Sicherheitslücken im Internet zu schließen, gibt es bereits: Gemeinsam mit der Universität in der Ostbayern-Me-

## Quadruga-IT

[www.quadruga.de](http://www.quadruga.de)



### Verwaltung von PCs und anderen IT-Ressourcen

- Mehr Überblick durch eine systematische Verwaltung von Hardware, Software, Anwendern, Räumen, Lieferanten, Verträgen und Problemfällen.
- Informationen zu Hardware-Eigenschaften und auf den PCs installierten Softwarelizenzen werden automatisch ermittelt.
- User HelpDesk zur Verwaltung von Störfällen, optional unter Nutzung des hauseigenen Intranet
- Diagramme zur Veranschaulichung von Daten aus Listen und Statistiken
- Übersichtliche und umfassende Verwaltung von Garantielaufzeiten und Wartungsverträgen
- Auch einsetzbar als Inventarverwaltung für Büromöbel, Einrichtungsgegenstände und sonstige Ressourcen
- Die Option Quadruga-Mobile macht den Pocket PC zum mobilen Informationssystem für IT-Ressourcen. Verbunden mit einem handlichen Barcode-Scanner dient er auch als Hilfsmittel für Bestandskontrollen, Wareneingänge und Umstellungen.



CeBIT 2010  
02.-06.03.2010  
Messe Hannover  
Halle 3, Stand E02

Bitte fordern Sie Ihre kostenlose DEMO-Version an oder besuchen Sie uns auf der CeBIT 2010.

IT-Sicherheit im kommunalen Umfeld:

## Punktsieg für Firewall OctoGate®

IT-Sicherheit geht alle an - ob Unternehmen, öffentliche Einrichtungen oder Kommunen. Denn selbst wenn nur geringe Datenmengen über das Netz fließen oder wenig im Internet gesurft wird - die Folgen von Computerschädlingen und Viren oder Hacker-Angriffen sind oftmals gravierend, in der Regel sogar existenzbedrohend - sei es durch die Neukonfiguration der EDV-Anlage und einem damit verbundenen Arbeitszeitausfall, eine zeitaufwändige Wiederherstellung der Daten auf dem Unternehmensserver oder gar in schlimmeren Fällen durch Verlust von Buchhaltungsdatensätzen oder ein Ausspionieren der vertraulichen Daten bzw. Kundendaten.

Mit der intelligenten Firewall-Lösung OctoGate ist jeder Nutzer auf der sicheren Seite. Komplett in Deutschland entwickelt, produziert und betreut, ist OctoGate die ideale Security-Lösung, um konsequenten und leistungsstarken Schutz zu gewährleisten. Egal, ob Viren, SPAM, Dialer, Pop-Ups oder unerwünschte Internet-Inhalte - mit OctoGate ist man gegen alle Arten der Computerverunreinigung gefeit. Und das unabhängig davon, ob E-Mails verschickt oder empfangen, Seiten im Internet aufgerufen oder Daten aus dem Web heruntergeladen werden.

### Vielfältiges Angebot

Doch OctoGate bietet noch mehr: Im Unterschied zu vielen anderen Lösungen wartet die Firewall-Lösung im gleichen System auch noch mit aktivem Schutz vor Hackerangriffen,

Denial of Service-Attacken (Massenmails, die ein System lahm legen) und der Möglichkeit, bestimmte Internet-Seiten für den Zugriff zu sperren, auf.

### Individuelle Konzeption

Was zudem für OctoGate spricht, ist die individuelle Konzeption auf unterschiedliche Unternehmensgrößen und Anforderungen sowie die sehr flexibel einsetzbare Hardware. Für Nutzerzahlen von bis zu zehn Personen ist OctoGate als Tischvariante erhältlich, ab zehn Personen als Rackvariante - inklusive einer sehr einfachen und benutzerfreundlichen Installationsroutine, deutschen Benutzerhandbüchern und einer kostenfreien Support-Hotline.

Mit einer OctoGate im Haus wird der IT-Sicherheitsbeauftragte entlastet, und es ist kein Know-how erforderlich, um die Sicherheit des eigenen Netzes zu

gewährleisten. Alle sicherheitsrelevanten Updates führt die OctoGate vollautomatisch durch - und das mehrmals täglich.

### OctoGate mini

Jüngstes Mitglied der OctoGate Familie ist die OctoGate mini. Sie basiert auf einem Asus™ Wireless Router, der mit einem modifizierten OctoGate-Betriebssystem ausgestattet wird. Die OctoGate mini bietet eine professionelle Sicherheitslösung zu einem kleinen Preis, ist sie doch als Erweiterung der OctoGate Security-Lösung einsetzbar.

### Kennzeichen

Über einen VPN (Virtual Private Network)-Tunnel mit einer zentralen OctoGate verbunden, stellt sie die ganze Bandbreite an Sicherheitsapplikationen der „großen“ OctoGate zur Verfügung, die den über die OctoGate mini gerouteten Datenverkehr an zentraler Stelle transparent auf Spam und Viren filtert. Auch ein individueller Contentfilter steht im Verbund mit einer zentralen OctoGate zur Verfügung. Die Anzahl von Benutzern ist frei wählbar und wird nur durch die Leitungsbandbreite zwischen OctoGate mini und zentraler OctoGate beschränkt.

### Geringe Pauschale

Für einen gewünschten Einsatz der OctoGate mini ohne eine bereits vorhandene zentrale OctoGate stellt die HSM IT-Services GmbH eine kostenpflichtige Anbindung an eine „große“ OctoGate über den Hosting Provider zur Verfügung. Die monatliche Pauschale beträgt hierbei neben dem Anschaffungspreis für die Hardware lediglich 3,50 Euro je Arbeitsplatz. Neben dem Einsatz als Security-Lösung ist die mini auch als VPN-Gateway mit einer im Unternehmen bereits vorhandenen OctoGate einsetzbar, um eine komfortable Anbindung einer Außenstelle oder eines HomeOffice zu realisieren.

### Referenzen

Die OctoGate findet in vielen Unternehmen und Betrieben ihren Einsatz. Aber auch öffentliche Einrichtungen und Kommunen wie die Städte Burgwedel in Niedersachsen, Paderborn in Nordrhein-Westfalen oder Sandersdorf-Brehna in Sachsen-Anhalt sowie der Landkreis Fulda setzen im Bereich der IT-Sicherheit und dem Kinder- und Jugendschutz im Internet zunehmend auf die Firewall mit ihren klaren Pluspunkten.

Funktionsvielfalt des Systems in Verbindung mit einem guten Preis-Leistungs-Verhältnis auf LODAS. Dass Barbara Seibert das Programm bereits kannte, hat die Entscheidung beschleunigt. „Ich wusste, dass es für unsere Anforderungen genau das Richtige ist“, sagt die kaufmännische Leiterin. Drei Jahre zuvor hatten die Stadtwerke bereits ihr Finanzwesen auf DATEV umgestellt.

„Mit unseren betriebswirtschaftlichen Systemen sind wir heute gut aufgestellt, um die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen“, ist sich Barbara Seibert sicher. So gewappnet will das kommunale Unternehmen auch künftig die positive Entwicklung der vergangenen Jahre weiter fortsetzen.

Info: [www.datev.de](http://www.datev.de)

Als Erfolgsgeschichte schlechthin hat sich die Kooperation zwischen OctoGate und der 21.000 Einwohner zählenden Stadt Burgwedel entpuppt. Als für die Stadtverwaltung die Entscheidung anstand, wie der Datenverkehr und die Datenbestände der öffentlichen Verwaltung am effektivsten gesichert und am flexibelsten organisiert werden könnten, fiel die Wahl auf die OctoGate 250R, eine Hochsicherheits-Firewall für bis zu 250 Benutzer, ausgestattet mit Intel™ XEON Prozessoren und redundanten Festplatten.

### Sicherheit und Flexibilität

Neben dem Schutz der Datenetze stand die Frage im Vordergrund, wie man der Flut an Spam-Mails Herr werden und die sichere Kommunikation mit den Behörden, öffentlichen Feuerwehren, Schulen und Kindergärten am kostengünstigsten realisiert werden könnte. Letztlich gaben die entscheidenden Merkmale der OctoGate - bestmögliche Sicherheit in Verbindung mit höchster Flexibilität bei niedrigen Kosten - den Ausschlag.

### Im Einsatz für Burgwedel

Seit die OctoGate für die Stadt Burgwedel im Einsatz ist, filtert und testet sie nun Tag für Tag mehr als 2600 Mails, reinigt den Mailverkehr von unerwünschten Nachrichten und sorgt so für mehr Effizienz und weniger Produktivitätsverluste bei der Datenverarbeitung. Die Behörden, Feuerwehren, Schulen und Kindergärten kommunizieren über gesicherte VPN-Leitungen mit der OctoGate 250R, wodurch ein sicherer Datenaustausch innerhalb der Stadtverwaltung gewährleistet ist. Geplant ist außerdem die

### HSM IT-Services GmbH:

## Zahlen und Fakten

Die HSM IT-Services GmbH mit Sitz in Paderborn entwickelte sich seit den 1990er Jahren zu einem anerkannten Softwaredienstleister, der sich mit der Beratung, Entwicklung bis hin zur Implementierung kundenspezifischer Lösungen einen Namen gemacht hat. Insbesondere auf dem schnell wachsenden Markt der IT-Sicherheit schuf sich das Unternehmen mit der von ihm entwickelten Hochsicherheitsfirewall OctoGate ein wichtiges Standbein.

Basierend auf acht Jahren Entwicklungsarbeit im Bereich Firewalltechnologie befindet sich die OctoGate nun in der dritten Generation - ein hochinnovatives Produkt, dem bereits eine Vielzahl an mittelständischen Unternehmen, Steuer- und Rechtsanwaltskanzleien sowie Kommunen und soziale Einrichtungen vertrauen und das sich leicht auf individuelle Anforderungen zuschneiden lässt.

Derzeit beschäftigt die HSM IT-Services GmbH an ihrem Stammsitz in Paderborn 25 Mitarbeiter und schützt aktuell ca. 35.000 Anwender bundesweit mit OctoGate-Installationen. Der Ausbau der Marktpräsenz ist im vollen Gange, so dass weiterhin ein schnelles Wachstum zu erwarten ist.

Die HSM IT-Services GmbH ist Mitglied im Datatub e.V., einer Interessengemeinschaft kommunaler IT-Anbieter. Der Verein setzt sich für fairen Wettbewerb im Markt kommunaler IT ein. **DK**

Ausstattung von Schulen und Kindergärten mit eigenen kleineren Versionen der OctoGate Firewall, um auch dort den Zugriff auf das Internet so sicher wie möglich zu gestalten.

### Verlässlicher Partner

Der Grund für die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen der Stadt Burgwedel und der HSM IT-Services GmbH ist aber nicht nur in deren maßgeschneiderten Produkten zu suchen. Der Kommune war es außerdem wichtig, einen verlässlichen und flexiblen Partner an der Seite zu haben, der in der Lage ist, jederzeit zügig auf Wünsche und Probleme zu reagieren.

### Unkomplizierte Lösung

So konnte die HSM beispielsweise Verbindungsprobleme der Stadtverwaltung zu bestimmten Websites dadurch beheben, dass der Zugriff auf diese Seiten über ihre eigenen Server erfolgt. Da die Ursache ein Fehler im Routing des Internetproviders der Stadt Burgwedel war, war mit dieser Lösung eine unkomplizierte Lösung geschaffen, die zügiges Weiterarbeiten ermöglichte.

Flexibilität in Verbindung mit ausgereifter Sicherheitstechnik sind für die niedersächsische Kommune Grund genug, auch weiterhin auf eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit der HSM IT-Services GmbH zu setzen. **DK**

### Personalwirtschaft:

## Betriebswirtschaftlich gut versorgt

Stadtwerke Hürth berechnen Gehälter ihrer Mitarbeiter mit DATEV

Für über 54.000 Menschen liefern die Stadtwerke Hürth AöR Trinkwasser und Fernwärme, entsorgen Abwasser und Abfall und kümmern sich um Straßen und Grünanlagen sowie den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Rund 280 Mitarbeiter sorgen dafür, dass diese Dienstleistungen reibungslos erbracht werden. Denselben Anspruch hat das kommunale Unternehmen auch an seine internen Abläufe. Die Stadtwerke setzen dafür vom Finanzmanagement bis hin zur Lohn- und Gehaltsabrechnung auf Software der Nürnberger DATEV eG.

Nicht nur im Hinblick auf ihr Dienstleistungsangebot, sondern auch personell sind die Stadtwerke Hürth in den vergangenen Jahren stetig gewachsen. Neun verschiedene Einrichtungen betreibt das kommunale Unternehmen inzwischen. Mit dem Anstieg der Personalzahl wuchsen auch die Anforderungen an die Software für die Lohn- und Gehaltsabrechnung. Die zuvor genutzte Lösung über ein kommunales Rechenzentrum wurde dadurch teuer und scheiterte zudem an limitierten Kapazitäten.

„Unsere alten Systeme für die Personalabrechnung und die Finanzbuchführung sind irgendwann einfach an ihre Grenzen gestoßen“, berichtet Barbara Seibert, kaufmännische Leiterin und stellvertretender Vorstand der Stadtwerke Hürth AöR. Beispielsweise konnten nur bis zur Mitte des Monats Buchungen vorgenommen werden. „Danach waren ständig manuelle Nachberechnungen nötig - ein Mehraufwand, der uns unnötig Arbeit und Zeit kostete“, ergänzt die Finanzexpertin.

### Flexibilität und Kostentransparenz

Heute nutzen die Stadtwerke das Entgeltabrechnungssystem LODAS der DATEV. Damit ist es problemlos möglich, Personalkosten auf verschiedene Kostenstellen zu verteilen und diese in die Finanzbuchführung zu

übernehmen - eine Funktion, die die vorherige Lösung nicht bieten konnte. Wenn Bewegungsdaten erfasst werden, lassen sich diese automatisch auf die verschiedenen Kostenstellen verteilen - weitere Eingaben sind nicht mehr notwendig.

### Controllingzwecke

Kostenstellen für das kommunale Unternehmen aufzuteilen, ist den Stadtwerken unter anderem für Controllingzwecke wichtig. Sie verstehen sich als ein bürgernahes und wettbewerbsfähiges Wirtschaftsunternehmen mit Zukunftsperspektive und als solches benötigen sie aussagekräftige Controlling-Auswertungen. Diese lassen sich aus den DATEV-Lösungen für das Rechnungswesen und die Personalabrechnung komfortabel generieren.

### Zentrale Pflege der Verträge

Daneben ist es für die Lohnsachbearbeiter eine erhebliche Arbeitserleichterung, dass die unterschiedlichen Tarifverträge bereits im Programm hinterlegt sind und zentral von DATEV gepflegt werden. Für die meisten Angestellten der Stadtwerke Hürth gilt zwar der Tarifvertrag TV-V, daneben müssen aber auch gewerbliche Mitarbeiter und Beamte abgerechnet werden.

Die Wahl der Hürther fiel in erster Linie auf Grund der


Innovativ. Kraftvoll. Partnerschaftlich.



Dirk Schulz  
Leiter des Geschäftsfelds  
Outsourcing der AKDB




## Konzentration auf das Wesentliche

Die gezielte Ausgliederung von IT-Dienstleistungen hat für Sie viele Vorteile: Durch IT-Outsourcing erhalten Sie eine Hochverfügbarkeit ihrer IT-Systeme, Sie erhalten ein Höchstmaß an Datenschutz und Datensicherheit, Ihre IT-Kosten werden transparenter und planbarer und Sie können sich auf ihr Kerngeschäft konzentrieren. Vertrauen Sie unserem leistungsstarken Dialog-Rechenzentrum. Über Outsourcing haben Sie Zugriff auf alle wichtigen AKDB-Verfahren wie z.B. OK.EWO, OK.FIS, OK.PWS oder TERAWin.

Wenn Sie mehr über die Vorteile und Chancen von Outsourcing mit der AKDB erfahren wollen, sprechen Sie mit uns: Telefon +49 89-5903-0.



Software, die dem Menschen dient!

Der neue Personalausweis:

## Technische Systeme zur Nutzung und Sicherheit

Für den neuen, digital lesbaren Personalausweis entwickeln und unterstützen Fraunhofer-Forscher technische Systeme zur Nutzung und Sicherheit. Auf der CeBIT in Halle 9, Stand B36 zeigen die Experten, wie man sich in Zukunft auch im Online-Shop oder am Telefon elektronisch und sicher ausweist.

Am 1. November 2010 ist es soweit: Dann wird der neue Personalausweis mit elektronischer Identitäts- und Signaturfunktion in Deutschland den bisherigen Ausweis ablösen. Auf den ersten Blick unterscheidet sich der neue Ausweis erstmal nur durch sein Format – er wird das Format einer Scheckkarte haben. In seinem Inneren befindet sich ein RFID-Chip, der alle Daten speichert, die heute nur optisch vom Dokument ablesbar sind. Man kann sie dann per Funk auslesen. Damit nur Berechtigte auf die Daten zugreifen können, sind diese auf der Karte verschlüsselt, und auch die Übertragung findet über kryptographisch abgesicherte Protokolle statt. So soll der Zugriff für Unbefugte verhindert werden.

### Jede Menge Vorteile

Der Ausweisinhaber kann mittels einer sechsstelligen PIN jeweils individuell bestimmen, für wen er die Daten freischalten möchte. Gleichzeitig regelt der Gesetzgeber, wer eine Zugriffsberechtigung erhält: Dazu muss jeder Diensteanbieter ein Zertifikat bei einer behördlichen Vergabestelle beantragen und nachweisen, dass er die Daten zur Abwicklung des Geschäfts benötigt.

Für den Bürger bringt die Innovation eine ganze Reihe von Vorteilen, denn mit dem neuen Personalausweis wird es beispielsweise möglich, sich im Internet mit seiner e-Identität (eID) auszuweisen. „Um das Vertrauen in Geschäfts- und Verwaltungsprozessen in der virtuellen Welt zu stärken, ist eine sichere Identifizierung des Bürgers notwendig“, betont Jens Fromm vom Fraunhofer-Institut für Offene Kommunikationssysteme FOKUS in Berlin. „Der Umgang und die Verwaltung von Identitäten muss so einfach wie möglich gestaltet werden. Der neue Personalausweis kann hierzu einen Beitrag leisten“, ergänzt seine Kollegin Petra Hoepner.

Mit der elektronischen Ausweisfunktion kann man von seinem Computer aus mit Behörden oder Dienstleistern Kontakt aufnehmen und elektronische Dienste nutzen, etwa online einkaufen, ein Konto eröffnen, in einem Hotel einchecken oder Lotto spielen. Dazu braucht man dann nicht mehr wie heute eine elektronische Signatur oder andere auf-

wändige Prozeduren wie das Postident-Verfahren. Die eID-Funktion kann jeder Bürger beim Erhalt seines neuen Ausweises freischalten lassen und dann mit seiner dazugehörigen PIN nutzen.

Damit all dies technisch einwandfrei funktioniert, sind nicht nur die neuen Ausweise nötig, sondern auch eine Infrastruktur, die gleichzeitig die Datensicherheit garantiert. Um sie aufzubauen und zu testen, hat sich das Bundesministerium des Innern, das für die Einführung des neuen Personalausweises verantwortlich ist, vier starke Partner gesucht. Zwei davon sind Institute der Fraunhofer-Gesellschaft: das Fraunhofer FOKUS und das Fraunhofer-Institut für Sichere Informationstechnologie SIT in Darmstadt.

### Anlaufpunkt

Die beiden Fraunhofer-Institute bilden zusammen das „Test- und Demonstrationszentrum neuer Personalausweis“, das als Anlauf- und Informationspunkt für den Anwendungstest dient. Das Schaufenster für Anwendungen befindet sich im FOKUS in Berlin. Es fördert die gezielte Betreuung und Begleitung der Einführungsphase des Personalausweises. Interessierte Besucher aus der öffentlichen Verwaltung, aus Wirtschaft und Medien können dort Szenarien und Anwendungen kennen lernen. Zum einen werden im Demonstrationszentrum technische und organisatorische Informationen über den neuen Personalausweis, eGovernment und eBusiness präsentiert. Zum anderen auch technische Komponenten wie Bürgerclient und eID-Server, sowie ausgewählte Pilotprojekte von Diensteanbietern. „Seit dem 1. Januar 2010 können an den Anwendungstests interessierte Institutionen und Firmen teilnehmen“, sagt Jens Fromm, Leiter des Fraunhofer FOKUS Secure eIdentity-Labors, „so haben sie die Möglichkeit, bereits vor der Einführung die Funktionalitäten des neuen Personalausweises zu testen.“

ung und Begleitung der Einführungsphase des Personalausweises. Interessierte Besucher aus der öffentlichen Verwaltung, aus Wirtschaft und Medien können dort Szenarien und Anwendungen kennen lernen. Zum einen werden im Demonstrationszentrum technische und organisatorische Informationen über den neuen Personalausweis, eGovernment und eBusiness präsentiert. Zum anderen auch technische Komponenten wie Bürgerclient und eID-Server, sowie ausgewählte Pilotprojekte von Diensteanbietern. „Seit dem 1. Januar 2010 können an den Anwendungstests interessierte Institutionen und Firmen teilnehmen“, sagt Jens Fromm, Leiter des Fraunhofer FOKUS Secure eIdentity-Labors, „so haben sie die Möglichkeit, bereits vor der Einführung die Funktionalitäten des neuen Personalausweises zu testen.“

### Testdienst für Unternehmen

Das Labor für die Sicherheitstests hat seinen Standort in Darmstadt, wo Fraunhofer-Mitarbeiter die Unternehmen mit technischem Know-how bei der Integration bestehender und Entwicklung neuer Dienste unterstützen. „Wir stellen den Unternehmen einen Testdienst zur Verfügung und führen Fehleranalysen durch“,

## „ALKIS-Einführung von der Praxis für die Praxis“

ALKIS (Amtliches Liegenschafts-Kataster-Informationssystem), der von der Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder (AdV) neu entwickelte Standard zur Zusammenführung von Kataster- und Eigentümerinformationen, geht in die Umsetzungsphase. In Bayern soll ALKIS noch 2010 an den Start gehen. Damit gewinnt ALKIS zunehmend an Bedeutung. Der Bedarf an Informationen wird weiter steigen, denn ALKIS ist keine Option auf freiwilliger Basis. Alle bisherigen Nutzer von DFK und ALB müssen zukünftig auf ALKIS umsteigen.

Um frühzeitig zu informieren, Lösungen für einen geordneten Umstieg aufzuzeigen und nicht zuletzt die Mehrwerte und Chancen zu vermitteln, die ALKIS bietet, findet am 9. März der Workshop „ALKIS-Einführung von der Praxis für die Praxis“ im Rahmen des 15. Münchner Fortbildungsseminars Geoinformationssysteme an der Technischen Universität München statt. Dort kommen Referenten aus den Kommunen, Systemanbieter und die Bayerische Vermessungsverwaltung zu Wort. Sie vermitteln Basiswissen, entwerfen Szenarien für einen geordneten Umstieg, zeigen die Chancen der neuen Nutzungsmöglichkeiten auf, berichten über den aktuellen Stand der ALKIS Einführung und von den Erfahrungen der Kommunen aus benachbarten Bundesländern, die den Umstieg bereits vollzogen haben.

Der Workshop richtet sich an alle Nutzer von DFK und ALB, insbesondere an Verantwortliche für Geoinformationssysteme und Geobasisdaten aus der öffentlichen Verwaltung sowie an Vertreter von Stadtwerken und der Energieversorger-Branche. Nähere Info: [www.rundertischgis.de/Fortbildungsseminar](http://www.rundertischgis.de/Fortbildungsseminar) □

sagt Ulrich Waldmann, zuständiger Projektleiter am SIT.

Auf der CeBIT stellt das SIT Anwendungen vor, die zeigen, wie man den neuen Personalausweis zur Authentifizierung beim Telefonieren über eine VoIP-Verbindung, also beim Telefonieren übers Internet, nutzen kann. Das Konzept erlaubt eine beidseitige Authentifizierung von Gesprächspartnern in VoIP-Telefonaten und den vertraulichen Austausch von Informationen per Telefon. „Bisher gab es zwar schon Methoden, um die Identität des Telefonpartners feststellen zu können“, erklärt Mitarbeiter Ronald Marx, „etwa das Erkennen der Stimme, die Verwendung der übertragenen Telefonnummer oder anderer Merkmale aus einer Datenbank. Diese Verfahren waren aber häufig unzuverlässig oder nicht universell einsetzbar.“ In Zukunft ließe sich hierfür die Online-Authentifizierungsfunktion des neuen Personalausweises nutzen.

### Verfahren in drei Schritten

Der Ausweisinhaber möchte beispielsweise den Telefonbanking-Service seiner Bank über das Call-Center zur Aufstockung seines Aktiendepots nutzen. Aufgrund der geforderten vertraulichen Behandlung des Gesprächsinhalts ist eine beidseitige Authentifizierung und Verschlüsselung erforderlich. Die Bank bietet die Nutzung der eID-Funktion an, da sie selbst an einer zuverlässigen Identifikation ihrer Kunden oder Geschäftspartner interessiert sind. Gleichzeitig möchte sie selbst ihre Identität zuverlässig nachweisen. Das Verfahren besteht nun aus drei Schritten: Der Herstellung einer verschlüsselten Direktleitung zwischen Kunde und Bank, dem Übermitteln der jeweiligen Identifikationsdaten und schließlich der Zuordnung der beiden Leitungen. Der Kunde hat einerseits die Gewissheit, dass es sich bei seinem Gesprächspartner um einen Mitarbeiter der Bank handelt. Und der Call-Center-Agent wiederum weiß mit Sicherheit, dass es sich tatsächlich um den Kunden handelt.

In Zukunft soll es sogar möglich sein, sich über das Handy auszuweisen. „Dazu muss man mit dem Handy den RFID-Chip des Ausweises lesen können“, sagt Ronald Marx, der am SIT das Projekt betreut. „Wenn der Ausweis erst einmal eingeführt ist, werden diese Funktion künftig immer mehr Mobiltelefone unterstützen.“ □

## Die Bibliothek in der Jackentasche

Nutzung der Virtuellen Stadtbücherei Würzburg nun auch mit E-Book-Readern möglich

Elektronische Bücher (E-Books) nur am Computer-Bildschirm lesen? Das geht nun auch anders, wie die Stadtbücherei Würzburg zeigt: Ab sofort sind viele E-Books der Virtuellen Stadtbücherei, des digitalen Ausleihangebots der Bibliothek, auch mit speziellen E-Book-Readern nutzbar. Unter der Adresse [www.virtuelle-stadtbuecherei-wuerzburg.de](http://www.virtuelle-stadtbuecherei-wuerzburg.de) lässt sich seit kurzem gezielt nach Sachtiteln und Romanen suchen, die sich für die Ausleihe auf E-Book-Readern eignen.

Die Titel können dann über das Internet heruntergeladen und mitsamt Leihfrist auf das Lesegerät übertragen werden, was eine komfortable Nutzung des digitalen Textes auch ohne Computer erlaubt. Nach dem Ablauf der von der Bibliothek festgelegten Leihfrist von einer Woche erlischt die Lizenz, und der jeweilige Titel kann nicht mehr geöffnet werden – „zurückgegeben“ werden muss er vom Nutzer nicht, weshalb auch kein Überziehen mitsamt der entsprechenden Gebühr droht.

### Stadtbücherei vorne dabei

Mit dem Angebot für Büchereikunden, E-Books für E-Book-Reader digital ausleihen zu können, ist die Stadtbücherei Würzburg bei der digitalen Medienrevolution erneut ganz vorne dabei: Denn erst seit diesem Jahr gibt es überhaupt ein populäres Angebot für E-Book-Reader auf dem deutschsprachigen Markt. Auf der Frankfurter Buchmesse waren digitale Lesegeräte eines der Hauptthemen, und die Zahl der verfügbaren Geräte ist gerade jetzt zu Weihnachten noch einmal deutlich gewachsen.

### Beitrag zur digitalen Medienkompetenz

„Wir glauben, dass in Zukunft mehr und mehr digitale Lesegeräte genutzt werden“, so Volker König, verantwortlich für das virtuelle Angebot der Stadtbücherei Würzburg. „Mit unserem Service wollen wir nicht nur deren Nutzer ansprechen, sondern auch einen Beitrag zur digitalen Medienkompetenz leisten.“

Damit digitale Texte auf einem E-Book-Reader gut lesbar sind, kommt ein neues Format zum Einsatz, das so genannte

EPUB-Format. Dieses ermöglicht, im Unterschied zum bisherigen PDF-Format, die flexible Anpassung eines Textes an die jeweilige Bildschirmgröße und an die individuellen Vorlieben des Lesers – so lassen sich beispielsweise alle Texte auch in großer Schrift auf dem jeweiligen Lesegerät anzeigen.

### Rascher Ausbau

Die Zahl der E-Book-Titel, die im EPUB-Format zur Ausleihe zur Verfügung stehen, ist zwar derzeit nur eine Teilmenge des Bestands: Aber immerhin stehen bereits über hundert Sachbuch-Titel und Romane von insgesamt knapp 5.000 E-Books der Bibliothek in der lesergerechten Form bereit – schon heute sind z. B. der Roman „Atenschaukel“ der Nobelpreisträgerin Herta Müller oder ein Standardwerk für erfolgreiches Verhandeln vom Autor des „Harvard-Konzepts“ verfügbar. In den nächsten Monaten soll die Zahl der entsprechenden Titel jedoch rasch ausgebaut werden.

### Laufend neue Geräte

Wer noch kein mobiles Lesegerät hat, profitiert davon übrigens trotzdem: Alle Titel können jeweils auch als PDF zur Nutzung am Bildschirm oder zum Teil auch zum Ausdrucken genutzt werden. Bis jetzt werden bereits sieben verschiedene E-Book-Reader von unterschiedlichen Geräteherstellern unterstützt (die günstigsten sind bereits für unter 200 Euro erhältlich), und laufend kommen neue Geräte hinzu – eine Liste mit kompatiblen Geräten findet man ebenfalls auf der Webseite der Virtuellen Stadtbücherei Würzburg. □

## Lawinen-Suchgerät ortet Handys Verschütteter

Fraunhofer entwickelt Rettungsnavigator auf Galileo-Basis

Forscher des Fraunhofer IML und des Navigationsspezialisten proTime arbeiten an einem Rettungsnavigator, der Lawinenopfer über deren Handys unter dem Schnee orten kann. Damit will man dem Problem entgegenreten, dass die meisten Verschütteten keinen Lawinenpiepser mit sich führen, meist aber ein Handy bei sich tragen. Das geplante System wird auf die Daten des europäischen Satellitennavigationssystems Galileo zurückgreifen und zusätzlich von ortsabhängigen Messungen gespeist werden.

Bei der innovativen Lösung handelt es sich um eine Weiterentwicklung im Rahmen des Projekts SAR Lawine Navigator, das vor zwei Jahren gestartet wurde. „Verschüttete haben meist nur dann eine gute Überlebenschance, wenn ihre genaue Position unter den Schneemassen schnell bestimmt werden kann“, erklärt Wolfgang Inninger vom Fraunhofer-Institut für Materialfluss und Logistik IML im Gespräch mit presstext. „Werden sie nicht in der ersten halben Stunde nach dem Unfall geborgen, nehmen die Überlebenschancen rapide ab.“

Im Zusammenspiel mit Lawinenpiepsern verspricht der entwickelte Rettungsnavigator, Verschüttete bis auf wenige Zentimeter genau zu orten. „Die Erfahrungen von Bergwacht, Flugrettung und Polizei zeigen jedoch,

dass Lawinenpiepser oft nicht mitgeführt werden. Ein Handy hat hingegen fast jeder mit dabei“, erklärt Inninger. Neben der Anpassung der Empfangsantenne am Rettungsnavigator müssen die Forscher allerdings einen geeigneten Weg finden, um Handys bis auf wenige Zentimeter genau orten zu können.

### Punktgenaue Handyortung noch Zukunftsmusik

„Die sonst übliche Handyortung über Funkzellen ist zu ungenau und funktioniert gerade in den Bergen nicht wirklich. Die noch zu lösende Herausforderung besteht folglich darin, das Handy des Verschütteten zum Aussenden eines elektronischen Feldsignals zu animieren, was vom Navigator empfangen werden kann“,

sagt Inninger im presstext-Gespräch. Um die Suchstelle genau einzuschließen, können die Lawinenretter an drei bis fünf Referenzpunkten die Feldstärke des Signals messen. Ein von den Forschern entwickelter Algorithmus berechnet schließlich den Ausgangspunkt des Signals und somit die wahrscheinliche Position des Verschütteten.

### Galileo-Testumgebung GATE

Zur Entwicklung des Systems nutzen die Forscher derzeit noch die Galileo-Testumgebung GATE in Berchtesgaden, wo Sendantennen auf sechs Berggipfeln die Galileo-Signale simulieren. In weiterer Folge will man neben den echten Galileo-Signalen auch bestehende Systeme wie GPS und das russische Glonass kombinieren, um eine noch genauere Zielgenauigkeit zu erreichen. Am Donnerstag wurde das Projekt mit dem Regionalpreis Bayern der European Satellite Navigation Competition 2009 ausgezeichnet. □

## Windkraft trotz der Wirtschaftskrise

### Zweiter bayerischer Windbranchentag

Forum, Fachtagung und Ausstellung  
am Mittwoch, 17. März 2010, in der Stadthalle Fürth

Mit Dr. Markus Söder, Bayerischer Umweltminister,  
und Hermann Albers, Präsident des Bundesverbands WindEnergie

Bundesverband  
WindEnergie e.V.  
LANDESVERBAND BAYERN

Mit freundlicher Unterstützung von



## Kinderkrippe im Wohngebiet

Als in einem Bebauungsplan für ein Grundstück in einem reinen Wohngebiet eine Nutzung durch eine Krippe für Kleinkinder bis zu drei Jahren vorgesehen wurde, waren die Nachbarn nicht einverstanden. Sie meinten, die unterschiedlichen privaten und öffentlichen Belange wären nicht gerecht gegeneinander abgewogen. Sie machten insbesondere geltend, es wäre mit einer für sie unzumutbaren Verkehrsbelastung durch die An- und Abfahrten der Eltern oder anderer Personen und auch der Mitarbeiter der Kinderkrippe zu rechnen. Dafür wäre die Straße außerdem zu eng. Demgegenüber wies die Gemeinde darauf hin, es sollten versenkbare Poller in den Straßenkörper eingebaut werden, die eine Verkehrsregulierung zur Folge haben würden.

Mit diesem Sachverhalt hat sich das Oberverwaltungsgericht Saarland im Urteil vom 11.9.2008 – 2 C 186/08 – befasst. Danach war von der Planungsfreiheit der Gemeinde auszugehen, die allerdings nicht unbegrenzt ist. Dies war von der Gemeinde beachtet worden. Die getroffene Regelung stand nicht außer Verhältnis zu den schutzwürdigen Belangen der Nachbarn. Die Regelung war eine nicht mehr zu vertretende Konfliktlösung, so dass die Planungsfreiheit der Gemeinde nicht überschritten worden war.

### Keine prognostische Begutachtung notwendig

Die Nachbarn machten aber auch noch weiter geltend, es würde zu Ruhestörungen durch die Kinder kommen. Nach der Auffassung des Gerichts war keine prognostische Immissions-

schutzrechtliche Begutachtung notwendig gewesen. Im Rahmen der auch insoweit anzustellenden Zumutbarkeitsbetrachtung war über die Anforderungen technisch-umweltrechtlicher Vorgaben hinaus dem Gesichtspunkt der Sozialadäquanz Rechnung zu tragen. Unter den Begriff der sozialen Adäquanz werden Verhaltensweisen oder Zustände beschrieben, die sich im Rahmen des menschlichen Zusammenlebens möglicherweise für den einzelnen nachteilig auswirken, jedoch von der Bevölkerung insgesamt akzeptiert werden, weil sie sich an den Grenzen des sozial Üblichen und Tolerierbaren halten. Ohnehin ist im nachfolgenden Baugenehmigungsverfahren das Gebot der Rücksichtnahme wesentlich, ohne dass es dabei auf eine besondere Befindlichkeit der Nachbarn ankommt. Es darf auch nicht außer acht ge-

lassen werden, dass der Gesetzgeber Kindern ein wohnnahes Spielen ermöglichen wollte.

### Kein Erfolg für Klage der Nachbarn

Keinen Erfolg hatten die Nachbarn auch mit dem Hinweis, dass das für die Kinderkrippe vorgesehene Grundstück bisher für die Nachbarn nicht nachteilig benutzt worden wäre. Ein Anspruch, von jeglicher Veränderung einer vorhandenen städtebaulichen Nutzungssituation im

Umfeld des eigenen Anwesens verschont zu bleiben, besteht nicht. Überhaupt war die Nutzungskapazität des Nachbarhauses auf maximal zehn Kinder beschränkt, bei denen es sich um solche im Vorkindergartenalter zwischen acht Wochen und drei Jahren handelte. Der Aufenthalt und auch ein gemeinsames Spielen im Freien verbunden mit der dadurch eröffneten Möglichkeit der Einübung von Sozialverhalten in der Gemeinschaft ist für die altersgemäße Entwicklung auch von Kleinkindern in jedem Falle wünschenswert, wenn nicht sogar zwingend erforderlich.

So hatten die Nachbarn mit ihrer Klage keinen Erfolg. **Dr. O.**

## Umfassendes Fragerecht eines Ratsmitgliedes

Wenn ein Ratsmitglied vom Bürgermeister bestimmte Fragen beantwortet bekommen will, taucht die Frage auf, wie weit der Auskunftsanspruch des Ratsmitgliedes geht. Dafür ist von der jeweiligen Gemeindeordnung auszugehen. Sie sehen allgemein vor, dass jeder Gemeinderat an den Bürgermeister Anfragen über einzelne Angelegenheiten der Gemeinde und ihrer Verwaltung richten kann, soweit es nicht um Angelegenheiten geht, die der Geheimhaltung unterliegen.

Das Auskunftsrecht des Gemeinderats zum Zwecke der Unterrichtung ist Ausfluss der Mitgliedschaft im Kommunalparlament, dem vor allem die Aufgabe zukommt, an der Gesetzgebung mitzuwirken und die Kontrolle über die Exekutive auszuüben. Dafür sind die Mitglieder des Gemeinderats auf Informationen aus dem Bereich der Verwaltung angewiesen.

### Kontrollbefugnis

Eine weitere Kompetenz des Gemeinderates ist seine Kontrollbefugnis, d. h. er hat die Ausführung seiner Beschlüsse zu überwachen und die Gemeindeverwaltung zu kontrollieren. Dies gilt auch für Personalangelegenheiten, soweit die Zuständigkeit nicht dem Bürgermeister übertragen worden ist oder diese zur laufenden Verwaltung gehören.

Nach dem Beschluss des Oberverwaltungsgerichts Magdeburg vom 31.7.2009 – 4 O 127/09 – ist das Auskunftsrecht eines Ratsmitgliedes umfassend dahingehend zu verstehen, dass es für alle Angelegenheiten der Gemeinde besteht, soweit der Bürgermeister im Rahmen seiner Zuständigkeit als Leiter der Gemeindeverwaltung oder, soweit die Gemeinde selbst betroffen ist, als deren gesetzlicher Vertreter nach außen Kenntnis von der Angelegenheit erlangt hat oder erlangen kann.

Funktion des Fragerechts ist es, Auskunft über Fakten zu gewinnen, damit die Mitgliedschaft im Gemeinderat und in den Ausschüssen effektiv wahrgenommen werden kann. Deshalb muss der Auskunftsanspruch nicht eingehend begründet werden. Nur muss sich erkennen lassen, dass die Anfrage nicht ins Blaue hinein gestellt wird. **Dr. O.**

## Stadtwerke beanspruchten Zahlung für Wasser und Entwässerung

Es ist allgemein üblich geworden, dass die Stadtwerke nicht nur die Zahlung des Entgelts für das gelieferte Frischwasser fordern, sondern auch die Entwässerungsgebühren, was nicht unproblematisch ist, wie sich aus dem Urteil des Verwaltungsgerichtshofes Baden-Württemberg vom 15.10.2009 – 2 S 1457/09 – ergibt.

Werden beide Ansprüche durch ein Schreiben geltend gemacht, handelt es sich für die Entwässerungskosten nicht um einen Verwaltungsakt, der erforderlich wäre, weil es dabei um einen Gebührenanspruch der Gemeinde geht. Dass es sich teilweise um einen Verwaltungsakt handelt, wird erst deutlich, wenn die Bezeich-

nung Bescheid oder Verfügung verwendet wird sowie eine Rechtsmittelbelehrung vorgenommen wird. Sonst handelt es sich nur um ein tatsächliches Verwaltungshandeln in Form eines schlichten Rechnungsschreibens. Unerheblich ist demgegenüber, dass erklärt wird, die Berechnung der Entwässerungsgebühren wür-

Neuerscheinung im C.H.Beck Verlag:

## Bayerisches Kommunalrecht

Alles Wissenswertes im Bereich des Kommunalrechts, insbesondere die Gemeindeordnung, die Verwaltungsgemeinschaftsordnung und die Querverbindungen in das allgemeine Verfahrensrecht sowie Verwaltungsprozessrecht, werden einprägsam strukturiert und in kurzer Form vermittelt.

Zahlreiche Änderungen der Bayerischen Gemeindeordnung seit dem Erscheinen der 2. Auflage haben eine Überarbeitung des Werkes notwendig gemacht. Hier sind insbesondere das Gesetz zur Änderung des Kommunalrechts, das zahlreiche Änderungen im Bereich des Gemeindefinanzrechts brachte sowie das Gesetz zur Änderung des kommunalen Haushaltsrechts zu nennen.

Als Ergänzung zur Voraufgabe werden an vielen Stellen komplexe Sachverhalte anhand von Graphiken und Schaubildern dargestellt.

Dr. Gernot Lissak ist Lehrbeauftragter an der Universität Regensburg. Das Werk wendet sich an Studenten, Referendare, Absolventen der Beamtenfachhochschulen, Kommunalbeamte und Kommunalpolitiker.

Dr. Gernot Lissak, *Bayerisches Kommunalrecht*, Verlag C.H.Beck, 3. Auflage, 2009, XVI, 262 Seiten, kartoniert 26,00, ISBN 978-3-406-59347-5

Neuerscheinung im R. v. Decker Verlag:

## Haushaltsgrundsätze für Bund, Länder und Gemeinden

Handbuch zum Management der öffentlichen Finanzen

Mit dem Inkrafttreten des „Haushaltsgrundsätze modernisierungsgesetzes“ am 1. Januar 2010 ändert sich das Haushaltsrecht für Bund, Länder und Gemeinden grundlegend: Nunmehr dürfen neben den Kommunen auch der Bund und die Länder ihre Haushalte anstatt nach dem traditionellen kameralistischen System mit Hilfe der doppelten Buchführung (Doppik) planen, ausführen und abrechnen.

Die Haushaltsbeauftragten verfügen nunmehr über notwendige Instrumente, um den Ressourcenverbrauch und die Verschuldung der öffentlichen Haushalte für ihre Entscheidungen transparent zu machen.

Die Neuauflage bietet eine topaktuelle systematische Gesamtdarstellung des öffentlichen Haushaltsrechts in drei Teilen und 20 Kapiteln:

- ▶ Grundlagen für das Management öffentlicher Finanzen,
- ▶ Haushaltsgrundsätze und -Schwerpunkte des Haushaltsmanagements.

Auch komplexe Zusammenhänge wie Finanzausgleiche, Finanzbeziehungen zur EU, mehrjährige Finanzplanung, Rechnungswesensysteme Kameralistik und Doppik, Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans, Buchführung und Rechnungslegung, Sondervermögen, öffentlich-private Partnerschaften usw. werden verständlich erläutert.

Eine große Hilfe sind die zahlreichen weiterführenden Hinweise, vor allem das Online-Literaturverzeichnis und wichtige Internet-Links vor jedem Kapitel, die den gezielten Zugriff auf aktuelle finanzpolitische Fakten und weiterführende Informationen ermöglichen.

Robert F. Heller, *Haushaltsgrundsätze für Bund, Länder und Gemeinden, Handbuch zum Management der öffentlichen Finanzen*, R. v. Decker Verlag, 2., völlig neu bearbeitete Auflage 2010. 500 Seiten, 44,95 €, ISBN 978-3-7685-0575-8

de im Auftrage und im Namen der Gemeinde vorgenommen werden.

### Kein Verwaltungsakt

Auch kommt es nicht darauf an, dass die Stadtwerke den Grundstückseigentümer als Vertragspartner des Wasserversor-

gungsvertrags und daneben auch als Gebührenschuldner für die öffentlich-rechtlichen Entwässerungsgebühren bezeichnen. Hinsichtlich der Entwässerungsgebühren hat ein so unklares Schreiben der Stadtwerke keine Wirkung; dabei handelt es sich nicht um einen Verwaltungsakt. **Dr. O.**

## Die Gemeinde im Privatrechtsverkehr

Die Gemeinde nimmt auch am Privatrechtsverkehr teil, z. B. dann, wenn sie Räume oder ein Grundstück vermietet bzw. verpachtet. Will die Gemeinde dieses Verhältnis beenden, muss sie eine Kündigung vornehmen. Nach dem Urteil des Oberlandesgerichts Brandenburg vom 22.7.2009 – 3 U 122/08 – ist eine Kündigungserklärung eine unmittelbare rechtsgestaltende Willensäußerung. Dafür ist der Bürgermeister zuständig.

Etwas anderes kann nach der Gemeindeordnung für Erklärungen in Frage kommen, durch welche die Gemeinde verpflichtet werden soll. Als Verpflichtungsgeschäft in diesem Sinne gelten rechtsgeschäftliche Erklärungen, die unmittelbar auf eine Verpflichtung der Gemeinde abzielen, so dass diese keine bloße Nebenfolge der Willensäußerung ist; Erklärungen, die zwar die Gemeinde wirtschaftlich belasten, aber keine neue Verpflichtung zur Folge haben, wie beispielsweise Verfügungsgeschäfte oder Abnahmeerklärungen, werden davon nicht erfasst.

Auch bei der Kündigung von Miet- oder Pachtverträgen, die rechtswirksam geschlossen wurden, geht es lediglich um die Abwicklung von schon bestehenden vertraglichen Beziehungen;

die Grundlage für in diesem Zusammenhang resultierende Ansprüche ist schon zuvor gelegt worden und wird nicht etwa durch die Kündigungserklärung geschaffen.

### Wirksame Kündigung

In dem konkreten Fall ging es darum, ob die Gemeinde die Herausgabe der Räume verlangen konnte, was zur Voraussetzung hatte, dass die Gemeinde das Mietverhältnis wirksam gekündigt hatte. Dafür war eine entsprechende Erklärung des Bürgermeisters erforderlich, der dafür zuständig war. Der Mieter konnte dem Herausgabeverlangen der Gemeinde nicht mit Erfolg entgegenhalten, es würde überhaupt keine wirksame Kündigung des Mietverhältnisses vorliegen. **Dr. O.**

So besonders wie du. Mein BASE.

BASE



www.base.de

Dialogforum in Bonn:

## Biologische Vielfalt in Kommunen

Städte und Gemeinden engagieren sich für die Biodiversität  
Kommunales Bündnis wird angestrebt

Der Einsatz für die biologische Vielfalt ist für Städte und Gemeinden ein wichtiges Anliegen. Das wurde auf dem Dialogforum „Biologische Vielfalt in Kommunen“ deutlich, zu dem das Bundesamt für Naturschutz (BfN) und die Deutsche Umwelthilfe (DUH) nach Bonn eingeladen hatten. Rund 50 Vertreterinnen und Vertreter von mehr als 30 Kommunen sowie der Deutsche Städtetag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund erarbeiteten gemeinsam den Vorschlag für eine entsprechende Deklaration. Diese soll in den folgenden Wochen den Kommunalparlamenten zur Unterzeichnung vorgelegt werden. Mit der Unterzeichnung wollen die teilnehmenden Städte und Gemeinden ihren Willen bekunden, sich weiter für die Biodiversität in den Kommunen zu engagieren.

„Den Kommunen kommt für den Erhalt der biologischen Vielfalt eine Schlüsselrolle zu. Denn gerade Siedlungsräume zeichnen sich durch eine beachtliche Vielfalt an Arten und Lebensräumen aus. Vor allem aber ist die kommunale Ebene diejenige Politikebene, die den Bürgern am nächsten ist. In den Städten und Gemeinden werden wesentliche konkrete Handlungsentscheidungen getroffen. Sie haben zudem die unmittelbare Möglichkeit, das öffentliche Bewusstsein zur Bedeutung der biologischen Vielfalt zu stärken“, erklärte Professor Beate Jessel, Präsidentin des BfN während des Dialogforums.

### Erfreuliches Signal

Das BfN und die DUH begrüßen daher ausdrücklich die Überlegungen der Kommunen, sich zu einem „Bündnis für biologische Vielfalt“ zusammenzuschließen. Dies sei ein erfreuliches Signal. BfN und DUH seien gerne bereit, weitere Aktivitäten

im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu unterstützen und zu begleiten, sagte die BfN-Präsidentin.

### Bonner Erklärung

Ziel des Dialogforums „Biologische Vielfalt in Kommunen“ war es, die Vertreter der Kommunen mit der Nationalen Strategie der Bundesregierung zur biologischen Vielfalt bekanntzumachen. Dabei wurden ihre Inhalte und die Bedeutung für die kommunale Ebene aufgezeigt. Außerdem stand die Frage im Mittelpunkt, welchen Beitrag die Städte und Gemeinden zur Umsetzung der Strategie leisten können, wie die biologische Vielfalt verstärkten Niederschlag im kommunalen Handeln finden kann und wie die Kommunen in Ihrem Engagement und bei Ihren Aktivitäten unterstützt werden können. Im Ergebnis des Dialogforums wurde gemeinsam die Bonner Erklärung „Biologische Vielfalt in Kommunen“ erarbeitet, welche konkrete Handlungsansätze für

Kommunen beinhaltet und nun von den anwesenden Vertreterinnen und Vertretern in die Kommunalparlamente getragen werden soll. In der Deklaration sprechen sich die Kommunen u. a. dafür aus, die Anforderungen zur Erhaltung der biologischen Vielfalt bewusst in die Entscheidungen auf kommunaler Ebene einzubeziehen. „Viele Städte und Gemeinden in Deutschland leisten bereits heute sehr viel für den Erhalt der biologischen Vielfalt. Mit der Deklaration wird deutlich gemacht, dass die Kommunen

### CIPRA-Jahresfachtagung:

## Wachstum auf Teufel komm' raus?

Neue Ideen für eine ökologische und nachhaltige Entwicklung im Alpenraum

Die vermeintliche Logik des Wachstums stößt zunehmend an Grenzen. Die Klimaproblematik ist hierfür ein prominentes Beispiel. Die Dringlichkeit für neues Denken und Handeln wird durch die gegenwärtige Wirtschaftskrise noch erhöht. Auf der Jahresfachtagung der Internationalen Alpenschutzkommission CIPRA in Gampin/Liechtenstein wurden die Grenzen des Wachstums erörtert. Zudem bot die Veranstaltung einen denkbar guten Nährboden für neue Ideen und Lebensqualität im Alpenraum.

Zum Auftakt der internationalen Tagung sprach der umstrittene Globalisierungsgestalter Franz Josef Radermacher vom Club Of Rome über sein Konzept für eine Welt mit Zukunft. Der Friedensforscher und Historiker Daniele Ganser stellte in seinem Vortrag den globalen Kampf ums Erdöl in Zusammenhang mit der Versorgungssicherheit dar und zeigte auf, welche Bedeutung dies für den Alpenraum haben wird. Außerdem wurde die Mobilität und Raumentwicklung im Alpenraum ebenso unter die Lupe genommen wie der sogenannte Peak-Tourismus, der zu erwartende Einbruch der Tourismusbranche in den Alpen. Eine Präsentation der zentralen Erkenntnisse in Thesenform rundete die Jahrestagung ab.

### Gegen Wachstumszwang

„Um dem Wachstumszwang zu entkommen, braucht es neue Ideen für Zufriedenheit, Auskommen und Lebensqualität. Dies gilt auch für die Alpen“, heißt es zunächst in dem Forderungskatalog. Zweifellos hätten Orte und Regionen in den Alpen vom herkömmlichen Wachstum profitiert. Außer Zweifel stehe aber auch, dass allzu oft die unmittelbaren wirtschaftlichen Erträge einer Wachstumsstrategie überschätzt und die Kosten (zum Beispiel für die Infrastrukturen) systematisch unterschätzt würden. Diese aber fielen im Alpenraum besonders ins Gewicht.

### Sensible Ökosysteme

Auch hätten die wirtschaftlichen Ungleichgewichte im Alpenraum während der zurückliegenden Wachstumsphase zugenommen. Darüber hinaus würden die Alpen als sensible Ökosysteme vom ökologischen Wandel besonders tangiert - mit schwerwiegenden Folgen für ihre Wirtschaft und ihr gesellschaftliches und kulturelles Leben. Kleine Korrekturen und Modifikationen am bisherigen Wachstumsmodell genügen nicht. Es gehe um tief greifende Umorientierungen; eine kontrollierte Rücknahme des Wachstums in den westlichen Industrielän-

sich den Herausforderungen stellen, sie benötigen ihrerseits aber auch die Unterstützung von Bund und Ländern“, so Axel Welge vom Deutschen Städtetag.

### Kommunen nicht im Stich lassen

„Wenn Kommunen sich vor Ort gezielt für die Erhaltung der biologischen Vielfalt engagieren und wirksame Maßnahmen umsetzen sollen, dürfen die Kommunen nicht allein gelassen werden“, betonte in diesem Zusammenhang Robert Spreter, Leiter Kommunaler Umweltschutz bei der DUH. „Allein ein Appell an die Verantwortung der Städte und Gemeinden würde wohl ungehört verpuffen.“

Um das Engagement und die Netzwerkarbeit der Städte und Gemeinden im Bereich biologi-

sche Vielfalt zu verstetigen, wurde auf dem Dialogforum zudem die Gründung eines „Bündnisses der Kommunen“ für die biologische Vielfalt angeregt. Das Bündnis soll mit zahlreichen konkreten Vorteilen für die Kommunen verbunden sein. Dazu gehörten unter anderem der bundesweite Erfahrungsaustausch, die Verbreitung guter Beispiele und nicht zuletzt die Möglichkeit, gemeinsam größere Unterstützungsleistungen bei Maßnahmen zum Erhalt der biologischen Vielfalt zu akquirieren.

### Erwartungen

„Der Zusammenschluss in einem Bündnis bietet den Kommunen viele Möglichkeiten, ihre Bemühungen um den Schutz der biologischen Vielfalt weiter zu verstärken. Die Kommunen erwarten aber die Bereitstellung finanzieller Fördermittel für den Erhalt der biologischen Vielfalt, beispielsweise in Form eines Biodiversitätsfonds“, hob Ute Kreienmeier vom Deutschen Städte und Gemeindebund hervor.

### Vielfältige Aufgabenbereiche berührt

Deutlich wurde auf dem Dialogforum „Biologische Vielfalt in Kommunen“, dass mit dem Schutz und der nachhaltigen Nut-

pländern hat „unter weitestgehender Wahrung der sensiblen Landschaften und Ökosysteme der Alpen“ zu geschehen. Neu- und Umbauten müssten strengsten Standards genügen. Atomkraftwerke seien keine Zukunftsoption.

### Verkehrspolitik

Was die Verkehrspolitik angeht, so werden die EU und die Alpenstaaten aufgefordert, dem öffentlichen Verkehr Priorität einzuräumen. Der Transitverkehr sei weitgehend über die Schiene abzuwickeln. Der Freizeit- und Tourismusverkehr müsse auf Bahn und Bus verlagert werden. Wo diese weiterhin notwendig seien, sollten Autos mit alternativen Antriebs- und Leitsystemen verkehren.

### Umorientierung vonnöten

Der weiterhin wachstumsorientierte Alpentourismus basiert nach Ansicht der Tagungsteilnehmer auf einer nicht nachhaltigen Nutzung der Ressourcen. Im Zentrum stünden der motorisierte Individualverkehr, die Energieverschwendung beim Betrieb von Ferienwohnungen und Hotels sowie der oftmals wenig sensible Umgang mit der Landschaft. In den meisten Fällen gehe Quantität weiterhin vor Qualität. Die Umorientierung hin zu einer Nachhaltigkeit, die nicht bloß eine Marketingetikette darstellt, sei heute die vorrangigste Aufgabe dieser groß-

zung der biologischen Vielfalt auf kommunaler Ebene vielfältige Aufgabenbereiche berührt sind, die neben der Gestaltung und Pflege von Grün- und Freiflächen etwa auch Belange des Gewässerschutzes, der Förderung umweltverträglicher Landnutzungsformen sowie erzielbarer Synergien zwischen dem Naturschutz und einer Abmilderung der Folgen des Klimawandels betreffen. Nicht zuletzt kann der Einsatz für den Erhalt der biologischen Vielfalt auch aktiv für das Tourismus- und Stadtmarketing und damit für eine positive Imagegestaltung eingesetzt werden.

### Gemeinsames Vorgehen erforderlich

Die Teilnehmer des Dialogforums waren sich einig, dass der Erhalt der biologischen Vielfalt für die Lebensqualität in den Kommunen von großer Bedeutung ist und ein gemeinsames Vorgehen der Kommunen in Deutschland erfordert. Sie begrüßten die Initiative des Bundesamtes für Naturschutz, die Städte und Gemeinden aktiv in den Umsetzungsprozess der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt einzubinden. Alle interessierten Kommunen sind herzlich eingeladen, sich diesem Prozess anzuschließen! □

## Bioabfall-Verwertung optimieren

Neue Studie berechnet Ökoeffizienz diverser Verfahren

Bioabfall ist ein wertvoller Rohstoff. Dies ist das Ergebnis einer neuen Studie zur ökoeffizienten Verwertung von Bioabfällen, die auf einer Fachtagung in Augsburg vorgestellt wurde.

Vor 120 Teilnehmern aus Kommunen und Entsorgungsunternehmen unterstrich Albert Göttle, Präsident des Bayerischen Landesamtes für Umwelt (LfU), besonders die Optimierungspotenziale bei der Bioabfall-Behandlung: „Gerade bei der Vergärung gibt es viel zu beachten. Wir setzen uns daher weiter für eine umweltfreundliche Technik und gekonnte Prozessführung ein.“

An erster Stelle stehen dabei für den LfU-Präsidenten die Abdeckung der Gärrestlager und die Abwärmenutzung, die besonders viel für Klimaschutz und Energieeffizienz bringen. Auch die Einhausung von Kompostmieten könne die Umwelt entlasten.

### Solide Grundlage für eine gute Entscheidung

„Welches Verfahren die Entscheidungsträger in den Kommunen wählen, hängt stark von den Bedingungen vor Ort ab“, ergänzte Wolfgang Rommel, Geschäftsführer des bifa Umweltinstituts: „Unsere Studie zeigt die Einflussfaktoren. Sie schätzt auch die Kosten ab und bietet damit eine solide Grundlage für eine gute Entscheidung.“ Denn laut den Abfall-Experten bringen alle untersuchten Verfahren Umweltvorteile, aber kein Verfahren schneidet immer am besten ab.

### Detaillierte Analyse

Die neue Studie nimmt Umweltwirkungen und Kosten der Kompostierung von Bioabfall, der Vergärung zu Biogas und der Mitverbrennung mit dem Hausmüll detailliert unter die Lupe. Eine spezielle Analyse zeigt zudem den

Einfluss verschiedener Verfahrensvarianten. Göttle: „In dieser Bearbeitungstiefe ist die Bioabfall-Behandlung bislang noch nicht untersucht worden.“ Fachleute des bifa Umweltinstituts hatten gemeinsam mit LfU-Experten und Spezialisten aus anderen Fachbehörden und Verbänden die Ökoeffizienz-Berechnung für Verfahren der Bioabfall-Verwertung entscheidend vorangetrieben: Nicht nur Treibhauseffekt, Versauerung, Nährstoffanreicherung, Ozonbildung, Humantoxizität und Ökotoxizität wurden in der Berechnung der Ökoeffizienz „auf den Punkt gebracht“.

### Neue Wege der Methodik

Darüber hinaus wurde - erstmalig in dieser Studie - auch die Rückführung von organischer Substanz und Phosphat berücksichtigt. Rommel meint: „Auch methodisch haben wir in dieser Studie neue Wege beschritten und den üblichen Betrachtungsrahmen für Ökobilanzen wesentlich erweitert.“ Die Rückführung von organischer Substanz dient der Humusproduktion und ist eine wichtige Maßnahme zur Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit. Phosphat ist ein wichtiger Pflanzennährstoff, wobei die Reichweite der Vorkommen unter Fachleuten umstritten ist. Detaillierte Ausführungen und Ergebnisse finden Sie im bifa-Text Nr. 47 mit dem Titel „Ökoeffiziente Verwertung von Bioabfällen und Grüngut in Bayern“, der am bifa Umweltinstitut zum Preis von 15 Euro + MwSt. erworben werden kann.

Weitere Informationen unter <http://www.bifa.de>.

ten Branche vieler Alpenregionen. Unerlässlich seien hierbei Anreize seitens der Energie-, Verkehrs- und Raumordnungspolitik, der Politik der regionalen Kreisläufe und des Landschaftsschutzes. Konkret heißt es: „Die EU und die Alpenstaaten sind aufgefordert, Nachhaltigkeitskriterien in die touristischen Förderpolitiken zu integrieren und mit ökologischen Lenkungsabgaben die umwelt-, natur- und landschaftsverträglichen touristischen Formen konsequent zu begünstigen.“

### „Instrument mit Zähnen“

Um die Entwicklung in den Alpen nachhaltig zu fördern, haben die Alpenländer und die EU vor knapp 20 Jahren die Alpenkonvention ins Leben gerufen. „Bis heute konnte damit aber nicht verhindert werden, dass die Zerstörung der Naturressourcen in den Alpen weiterhin zunimmt“, so der Tenor. Der künftige Beitrag der Alpen zu einer „Global Governance“ liege bei den Alpenstaaten und bei der EU.

Sie hätten es in der Hand, „aus dem Papiertiger Alpenkonvention ein Instrument mit Zähnen zu machen“. Die EU und die Alpenstaaten werden deshalb aufgefordert, „die Alpenkonvention endlich als ein Werkzeug für die ökologische und nachhaltige Entwicklung im Alpenraum ernst zu nehmen und dazu griffige Aktionspläne auszuarbeiten und umzusetzen.“ **DK**

### MdEP Markus Ferber:

## Gegen Einführung einer EU-Müllagentur

Brüssel (pm). Anlässlich des geplanten Aufbaus einer EU-Müllagentur, die von der Europäischen Kommission am Montag in einer Studie vorgeschlagen wurde, äußerte sich der Vorsitzende der CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Markus Ferber, sehr kritisch: „Es wird ständig über Bürokratieabbau diskutiert, doch bei solchen Vorschlägen wird einem neuen Bürokratiemonster nur neuer Nährboden gegeben.“

Vor dem Hintergrund der geplanten Müllagentur betonte Ferber, dass die EU mehr und mehr einer „Agenturitis“ zum Opfer falle. „Den Mitgliedstaaten sollte gemäß dem Subsidiaritätsprinzip mehr Freiheit bei nationalen Entscheidungen gegeben werden. Mit solchen Plänen baut die Europäische Kommission nur noch weitere bürokratische Apparate auf, die wichtige Entscheidungen unnötig verlangsamen und dem Steuerzahler sehr viel Geld kosten.“

Nach Angaben der Kommission würde die EU-Müllagentur jährlich ca. 16 Millionen Euro kosten. Der Umweltkommissar Stavros Dimas erklärte gestern, dass im Verlauf dieses Jahres über die Entstehung der Müllagentur auf europäischer Ebene diskutiert werden solle. □

Münchener Umweltbericht:

## „Raum für Zukunft“

Kommunen müssen starkes Signal für den Klimaschutz setzen

Klimaschutz ist vor allem eine Sache der Städte, weil sie „Hauptakteure und Hauptbetroffene“ zugleich sind. Die Kommunen sind daher aufgefordert, alles in ihrer Macht Stehende zu unternehmen, um den Klimawandel und die beobachtbaren Folgen zu begrenzen. Dazu gehört die Sicherstellung der Trinkwasserversorgung durch den ökologischen Umbau der städtischen Wälder genauso wie die Vorbereitung des Münchner Kanalnetzes auf die zukünftig zu erwartenden Starkregenfälle oder ein nachhaltiges Abfallwirtschaftskonzept. Dies geht aus dem neuen Umweltbericht des Münchner Kommunalreferats hervor.

Das Kommunalreferat ist das erste Referat der Landeshauptstadt München, das seit dem Jahr 2002 ein Umweltcontrolling aufgebaut hat und dem Stadtrat für seine Bereiche darlegt, was es zur Erreichung der städtischen Nachhaltigkeitsziele unternimmt. Nach dem Motto „Vorgaben sind gut, aber Controlling ist besser“ werden seit sieben Jahren Projekte anhand von vier Aktions-

feldern im Klimaschutz (CO<sub>2</sub>-Vermeidung, CO<sub>2</sub>-Prognose, CO<sub>2</sub>-Bindung, ökologisch bewirtschaftete Flächen und Wissenstransfer) untersucht und veröffentlicht.

### CO<sub>2</sub>-Vermeidung

Insgesamt vermeidet das Kommunalreferat 260.000 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr. Wie das geschieht,

wird in dem rund 48 Seiten starken Umweltbericht anhand von zahlreichen Projekten und Maßnahmen vorgestellt. In der Publikation enthalten ist auch eine Zusammenstellung aller vier Aktionsfelder, die anhand von Zeitreihen verdeutlichen, wo die Bereiche des Kommunalreferats gerade stehen.

### 1,8 Millionen Tonnen in sieben Jahren

Laut Bericht wurden in den vergangenen sieben Jahren rund 1,8 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> im Rahmen der Tätigkeiten des Kommunalreferats vermieden. Den größten Anteil daran haben der AWM Abfallwirtschaftsbetrieb München (80 Prozent) und die städtische Forstverwaltung. Der nicht weiter verwertbare Abfall wird verbrannt und zur Erzeugung von Strom und Fernwärme genutzt, Holz dient als Energieträger oder ersetzt andere Baustoffe, die sonst aufwändig produziert werden müssten. Weitere Beispiele sind der Bau von Fotovoltaikanlagen, der Betrieb von Biogasanlagen, die Nutzung von Biomasse zu Heizzwecken, der Einsatz von Pflanzenöl als Kraftstoff und die energetische Sanierung von Altbauten.

Wälder sind Speicher für das Treibhausgas Kohlendioxid. Die städtischen Wälder binden rund 3,4 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>. Weitere positive Effekte, die sich aus dem Umbau der Waldflächen in gesunde Mischwaldbestände ergeben, sind schwer zu quantifizieren und wurden in der Handreichung nicht berücksichtigt. Eine Steigerung dieser Mengen wäre durch die Aufforstung weiterer Flächen zu erreichen, stellt das Kommunalreferat fest.

### Stadtgüter München

Einen weiteren Beitrag zur CO<sub>2</sub>-Bindung liefern die Stadtgüter München mit der ökologischen Bewirtschaftung von Gütern. Die zentrale Rolle bei der Klimawirkung des ökologischen Landbaus spielt der Humusgehalt der Böden und damit das Potenzial Kohlendioxid in Form von Kohlenstoff zu speichern (Sequestrierung). Abhängig vom Standort und Bewirtschaftungsmanagement kann von einer Steigerung der Kohlenstoffgehalte im Boden von bis zu 0,1 Prozent ausgegangen werden. Auf dieser Grundlage ergibt sich durch die Umstellung konventioneller Bewirtschaftung auf ökologischen Landbau, konservativ geschätzt, in einem Zeit-

raum von bis zu 20 Jahren eine zusätzliche CO<sub>2</sub>-Bindung von ein bis zwei Tonnen CO<sub>2</sub> je Hektar und Jahr.

Rund 6.300 Hektar umfassen die nachhaltig bewirtschafteten Flächen im Einflussbereich des Kommunalreferats. 5.000 Hektar davon sind Wald, der sich im Eigentum der Stadt selbst, der Heiliggeistspital-Stiftung und der Stadtwerke München GmbH befindet. Die Waldflächen werden von der städtischen Forstverwaltung betreut. Seit Oktober 2001 ist der Wald der Landeshauptstadt München mit dem Naturland-Zertifikat FSC (Forest Stewardship Council) ausgezeichnet. Damit räumt die Stadt als zweitgrößter kommunaler Waldbesitzer in Bayern dem Prinzip der Nachhaltigkeit einen besonderen Stellenwert ein.

### Kulturlandschaft gestalten

Wie in dem Bericht deutlich wird, beschränken sich die Stadtgüter München längst nicht mehr auf die reine Urproduktion, sondern erfüllen vielfältige Aufgaben in der Gesellschaft. Sie erhalten und gestalten die Kulturlandschaft als Naherholungsraum für die Menschen und schaffen Biotope als Lebensraum für Tiere und Pflanzen. Durch extensive und so weit möglich ökologische Landwirtschaft werden die Lebensgrundlagen Boden, Luft und Wasser geschont.

Seit 1989 wurden sechs der elf Betriebe mit einer Gesamtfläche von 800 Hektar umgestellt und nach den Regeln des ökologischen Landbaus bewirtschaftet. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, dass beim Erwerb der landwirtschaftlichen Flächen immer der kommunalpolitische Zweck (Grundstücksvorsatzflächen) im Vordergrund stand. Insgesamt wurden in den vergangenen 20 Jahren rund 500 Hektar Fläche für kommunale Aufgaben abgegeben.

### Forschungsprojekt

Die Stadtgüter München beteiligen sich an einem dreijährigen Forschungsprojekt zu Klimawirkungen und zur Nachhaltigkeit von Landbausystemen. Dabei werden je 40 ökologisch und konventionell wirtschaftende Praxisbetriebe bezüglich der Treibhausgasemissionen kritisch beurteilt. Ziel des Projekts ist eine gesamtbetriebliche Bewertung unter Berücksichtigung der Böden (Humusgehalt und Kohlenstoffbindung), der Tierhaltung und der Düngung. Durch eine enge Zusammenarbeit von Praxis, Beratung und Wissenschaft sollen besonders klimafreundliche Bewirtschaftungssysteme entwickelt werden.

Von den Betrieben des Kommunalreferats bieten die Forstverwaltung, die Stadtgüter München und der Abfallwirtschafts-

betrieb gezielt Veranstaltungen an, bei denen es um die Vermittlung ökologischer Themen geht. So werden auf den städtischen Gutsbetrieben im Rahmen umweltpädagogischer Projektstage Führungen für Kindergartengruppen und Schulklassen angeboten. Dabei steht die Vereinbarkeit von landwirtschaftlicher Produktion mit Natur und Umwelt im Vordergrund.

### Umweltstation

Am Gut Obergrahshof wurde mit Unterstützung der Stadtgüter München eine Umweltstation eingerichtet. Dort fördert der Verein Dachauer Moos e.V. zusammen mit der Volkshochschule Dachau und einer Reihe weiterer Institutionen Bildung im Bereich Landwirtschaft und Naturschutz.

### Abfallwirtschaftsbetrieb München

Dass kommunaler Klimaschutz auch ein Innovationsmotor mit positiven Auswirkungen auf die Beschäftigung in der Region ist, zeigt der Abfallwirtschaftsbetrieb München: Inzwischen ist er mit 1.300 Beschäftigten und einem Umsatz von 220 Millionen Euro pro Jahr der größte Arbeitgeber im Umweltbereich in der Region München. Durch umweltfreundliche Beschaffungen und Einkäufe, Ausschreibungen von Klimaschutzleistungen im Bereich der Gebäudesanierung und der Vergabe von Aufträgen an klein- und mittelständische Unternehmen trägt das Kommunalreferat zum Erhalt von umweltfreundlichen Arbeitsplätzen in der Region bei. **DK**



Ging mit gutem Beispiel voran: Bürgermeister Siegele mit dem Elektroauto der Gemeinde Mäder.

Internationale Veranstaltung in Mäder/Österreich:

## „Gemeinden machen Klima“

Gegenmaßnahmen auf dem Prüfstand

Welche Bedeutung hat eine nachhaltige Auseinandersetzung mit dem Klimawandel in den Alpen? Und wie kann diese sichergestellt werden? Bei der viersprachigen Tagung „Gemeinden machen Klima“ des Gemeindeforschungszentrums „Allianz in den Alpen“ und der Internationalen Alpenschutzkommission CIPRA im österreichischen Mäder wurden Gegen- und Verminderungsmaßnahmen auf den Prüfstand gestellt.

Die Gletscher schmelzen nieder, die Meere steigen an, die Bäche und Flüsse treten über die Ufer, die Stürme wirbeln immer heftiger. Kaum jemand leugnet heute den Klimawandel und die meisten kennen die Szenarien. Welche Auswirkungen und Nebenwirkungen haben jedoch die ergriffenen Klimamaßnahmen? Das globale Problem verlangt nach lokalem Verantwortungsbewusstsein und Handeln – auch und gerade in den Alpen.

„Die Erfolge, die das Land Vorarlberg gemeinsam mit Gemeinden, Naturschutzorganisationen, Land- und Forstwirtschaft sowie mit dem Tourismus in den letzten Jahren erzielt hat, müssen auch weiterhin ausgebaut werden“, fasste der Vorarlberger Landesrat Erich Schwärzler ein regionales Ziel der internationalen Veranstaltung zusammen. Die Alpen sind einerseits Mitverursacher der Klimaproblematik und andererseits besonders stark betroffen vom Klimawandel. „Wir müssen heute gegen den Klimawandel handeln, um die Alpen auch in Zukunft als Lebensraum zu erhalten“, betonte Bürgermeister Rainer Siegele, Vorsitzender „Allianz in den Alpen“.

An der viersprachigen Tagung wurden der Stand der Forschung und mögliche Handlungsfelder von Expertinnen und Experten vorgestellt. Im Zentrum standen nachhaltige Beispiele von konkreten Klimaschutzmaßnahmen in Gemein-

den des gesamten Alpenbogens. „Alpenschutz ist sowohl auf der oberen Regierungsebene wie auch auf der Gemeindeebene von enormer Bedeutung – davon ist die CIPRA International überzeugt“, so Serena Rauzi, Projektmitarbeiterin cc.alps, CIPRA International. So berichteten Referenten aus Pedavena/Italien, La Terrasse/Frankreich, Ljubljana/Slowenien, Lindau/Deutschland und Werfenweng/Österreich von ihren Erfahrungen mit erneuerbaren Energien, Passivhäusern, sanfter Mobilität, Naturschutz und Umweltbildung und lieferten Gedankenanstöße zu den Themenbereichen.

Drei Exkursionen am Nachmittag des zweiten Veranstaltungstages boten den Teilnehmern die Möglichkeit, gute Beispiele aus der Region selber zu erkunden. Die nachhaltige Mustergemeinde Mäder, die Käsestraße und der Werkraum im Bregenzerwald sowie das regionale Mobilitätskonzept plan-b am Beispiel der Gemeinde Wolfurt standen zur Auswahl.

Partner der Veranstaltung waren das Klimabündnis Vorarlberg, die Rheintalische Grenzgemeinschaft, das Energieinstitut Vorarlberg sowie Energiestadt Schweiz und Liechtenstein. Damit bot die Veranstaltung auch Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch. Informationsstände gewährten zusätzlich vertiefte Einblicke in die Tätigkeitsfelder dieser internationalen Organisationen und Netzwerke. **□**

Nürnberg, Germany  
11. – 14.3.2010

### Werkstätten: Messe 2010

Produkt- und Leistungsschau: Werkstätten für behinderte Menschen zeigen Leistung – Vielfalt – Qualität



- Informieren
- Menschen treffen
- Qualität einkaufen

#### Mit Engagement und Anspruch zum Erfolg!

Setzen Sie auf zertifizierte Qualität, termingerecht und flexibel, gefertigt nach Ihren Wünschen in Werkstätten für behinderte Menschen. Neben der großen Auswahl profitieren Sie zudem vom ermäßigten Umsatzsteuersatz von 7% und können als Auftraggeber vorteilhafte Regelungen der Ausgleichsabgabe nutzen.

Wir sehen uns in Nürnberg!

[www.werkstaettenmesse.de](http://www.werkstaettenmesse.de)

Fachbesuchertage  
Do. 11.3.2010 9 bis 18 Uhr  
Fr. 12.3.2010 9 bis 18 Uhr

Veranstalter  
NürnbergMesse GmbH  
Messezentrum  
90471 Nürnberg

BesucherService  
NürnbergMesse GmbH  
Tel +49 (0) 9 11.86 06-49 22  
besucherservice@nuernbergmesse.de

Ideeller Träger

BAG  
WfBM

NÜRNBERG MESSE

# „Hoffnungsstark! Gegen Ausgrenzung von Jugendlichen“

Salesianer Don Boscos eröffneten in München „Projekt LIFE“

Mit der offiziellen Eröffnung des „Projekts LIFE“, einer Wohngruppe für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in München, und einem Festgottesdienst mit dem neuen Generalvikar der Erzdiözese München und Freising, Prof. DDr. Peter Beer, haben die Salesianer Don Boscos in München das Hochfest ihres Ordensgründers Johannes Bosco (1815-1888) gefeiert.

Zum Auftakt ihres Festwochenendes eröffnete die katholische Ordensgemeinschaft am Freitagabend eine Wohngruppe für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Im Beisein zahlreicher Gäste aus Politik, Kirche und Gesellschaft wurden die elf jungen Männer im Jugendwohnheim Salesianum in München-Haidhausen willkommen geheißen. Das neue Projekt, das bereits im August vergangenen Jahres angelaufen ist, bietet elf jungen Migranten, Asylbewerbern und Flüchtlingen, die aufgrund von Krieg, Verfolgung, Vertreibung, Hunger oder Naturkatastrophen ihre Heimat verlassen mussten und ohne ihre Familie nach München kommen, Unterstützung und Hilfe bei der Organisation und Bewältigung ihres Alltags in fremder Umgebung.

Die Jugendlichen erhalten Unterstützung bei der Klärung von rechtlichen Fragen, beim Ausfüllen von Anträgen, Behördengängen und beim Erlernen der deutschen Sprache. Zu den weiteren Angeboten zählen die pädagogische und seelsorgliche Begleitung bis zum Erreichen eines Schulabschlusses, die Vermittlung von Lehrstellen oder anderen Qualifizierungsmaßnahmen sowie eine Gesundheitsförderung. Ziel des Projekts ist es, die jungen Menschen bei ihrer Lebens- und Zukunftsgestaltung zu begleiten, sie zu stärken und ihnen zu einem gelingenden Leben zu verhelfen.

## Wachsende Armut

Unter dem Thema „Hoffnungsstark! Gegen Ausgrenzung von Jugendlichen“ hatten die Salesianer vor der offiziellen Eröffnung zu einer Vesper mit anschließender Podiumsdiskussion in die Pfarrei St. Wolfgang eingeladen. „In Anlehnung an das europäische Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung wollen wir die wachsende Armut junger Menschen, auch in Deutschland, klar

und deutlich benennen“, erklärte P. Franz-Ulrich Otto SDB, Provinzialvikar der Salesianer Don Boscos und Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit, das bundesweite Motto der diesjährigen Don Bosco Festwoche. In den Jugendhilfeeinrichtungen seines Ordens habe man gerade in den vergangenen Jahren zunehmend mit Jugendlichen zu tun, die ausgebremst oder auch ausgegrenzt seien. Es gelte, diese nicht zu übersehen, sondern ihnen Mut zu machen, aus ihrer Lethargie aufzubrechen, ihre Situation nicht einfach hinzunehmen, sondern ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen, ihre Fähigkeiten aus sich hervorzuholen und ins Spiel zu bringen.

## Zunehmender Werteverlust

„Ein immer größer werdender Teil hatte leider nie die Chance, angenommen zu sein und wertgeschätzt zu werden“, so der 59-Jährige, der als Gründe für die neu entstandene Jugendnot vor allem auch einen zunehmenden Werteverlust in der Gesellschaft nannte. „Werte regeln nicht mehr selbstverständlich unser Zusammenleben. Egoismus tritt an die Stelle von Solidarität“, so Otto.

## Kritik an Einsparungen

Kritik übte der Salesianer aber auch an Reformen und Einsparungen im Sozialwesen der vergangenen Jahre, an oft falscher Priorisierung und Verengung der Zielsetzung aller Bemühungen um die Integration in Arbeitsprozesse. „Diese Jugendlichen benötigen in ganz besonderem Maße die Erfahrung, dass wir ihnen trauen, dass wir an sie glauben. Und deswegen dürfen wir nie zulassen und hinnehmen, dass irgendein junger Mensch auf dem Standstreifen des Lebens abgestellt wird – auch von keinem Gesetzgeber.“

In einer anschließenden Podi-

umsdiskussion, die vom Geschäftsführer der Landesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit, Michael Kroll, moderiert wurde, wurde das Thema des Abends in unterschiedlichen Facetten ausgeführt.

## Erfahrungswerte

Auf dem Podium diskutierten Arnd Brechmann, Vorstand der Christoph-Metzelder-Stiftung „Zukunft Jugend“; Prof. Dr. Egon Endres, Präsident der katholi-

## Amt für Ländliche Entwicklung Oberpfalz:

# Zahlen und Vorhaben

Das Amt für Ländliche Entwicklung Oberpfalz legt regelmäßig für jeden Landkreis eine Informationsschrift auf, die Mandatsträgern und der breiten Öffentlichkeit einen Überblick über die Aktivitäten der Behörde gibt. Der Leiter des Amtes für Ländliche Entwicklung Oberpfalz, Thomas Gollwitzer, überreichte Landrat Albert Löhrner im Landratsamt nunmehr das erste Exemplar des Landkreisbriefes Neumarkt i. d. Opf.

Im Regierungsbezirk Oberpfalz und dem niederbayerischen Landkreis Kelheim werden derzeit über 350 Vorhaben in mehr als 170 Gemeinden betreut. Weitere 300 Projekte sind beantragt. Wie Gollwitzer betonte, sei der ländliche Raum in jüngster Zeit wieder verstärkt in den Fokus der öffentlichen Diskussion gerückt. Der Freistaat lege großen Wert auf ein ausgewogenes Miteinander von Ballungs- und ländlichen Räumen. Deshalb unterstütze er die ländlichen Kommunen über die Ämter für Ländliche Entwicklung mit den Instrumenten Integrierte Ländliche Entwicklung, Flurneuordnung, Dorferneuerung und diversen Förderprogrammen.

Neben einer Übersicht über die laufenden und geplanten Vorhaben findet der Leser im Landkreisbrief aktuelle Zahlen zu Investitionen und Zuschüssen, die in den Landkreis Neumarkt i. d. Opf. fließen, sowie Informationen zu den Vorhaben, in denen 2009 wichtige Arbeitsschritte erledigt wurden. 2009 waren Investitionen durch die Kommunen, die Grundeigentümer und die Ländliche Entwicklung von 3,04 Millionen Euro im Landkreis vorgesehen. Dafür stellte das Amt 1,60 Millionen Euro Fördermittel bereit. In diese Vorhaben sollen in den Folgejahren noch rund 4 Millionen Euro investiert werden, die mit nationalen und EU-Mitteln bezuschusst werden.

## Schwerpunkt Dorferneuerung

Der Investitionsschwerpunkt lag im Jahr 2009 mit über 2,1 Millionen Euro in der Dorferneuerung. Größere Baumaßnahmen betreute das Amt im Landkreis Neumarkt i. d. Opf. in den Dorferneuerungen Reichertshofen-Forst (Investitionen in Höhe von 399.000 Euro), Röckersbühl II (471.000 Euro) und Willenhofen II (270.000 Euro).

Sehr positiv hat sich auch die Schule der Dorf- und Landentwicklung Abtei Plankstetten (SDL) entwickelt. 2009 liefen fast 50 Seminare für Dorfgemeinschaften, die Ziele und Strategien für die künftige Entwicklung ihrer Dörfer erarbeiteten und sich das Rüstzeug für eine konstruktive Bürgermitwirkung geben lassen wollten. Das Amt für Ländliche Entwicklung Oberpfalz fördert und fördert an dieser Stelle gezielt: Der Staat gibt seine Unterstützung als Hilfe zur Selbsthilfe nur dann, wenn sich die Bürger aktiv einbringen. Dafür erhält die SDL für den Seminarbetrieb vom Amt 70 Prozent Förderung.

schon Stiftungsfachhochschule München; Prälat Hans Georg Lindenberger, Diözesan-Caritasdirektor, sowie P. Dr. Bernhard Vondrasek SDB vom Don Bosco Flüchtlingswerk Österreich. Die Podiumsteilnehmer berichteten, wo sie in ihrem persönlichen Umfeld und ihrer Arbeit Ausgrenzung erleben, was Zugehörigkeit für sie bedeutet und was sie „hoffnungsstark“ werden lässt.

## Integrationsprobleme

P. Dr. Bernhard Vondrasek, Vorsitzender des Don Bosco Flüchtlingswerks Österreich, konnte dabei sehr gezielt von seinen Erfahrungen in einem Wohnprojekt der Salesianer Don Boscos in Österreich berichten. Der Salesianer erzählte von den Schwierigkeiten, die es bei der In-



Von links: P. Stefan Stöhr, Direktor des Jugendwohnheims Salesianum in München, Projekt LIFE-Gruppenleiter Ingo Greß sowie ein Jugendlicher aus der Wohngruppe, der stellvertretend für seine Mitbewohner ein Bild des Ordensgründers Johannes Bosco entgegennahm.

tegration der Jugendlichen gegeben habe: „Unsere Wohngruppe ist mitten in einem Villen-Viertel in Wien untergebracht. Was meinen Sie, wie die Menschen dort reagiert haben, als das Projekt bekannt gemacht wurde?“, so Vondrasek, der dazu ermutigte, Kritikern offen zu begegnen und entgegenzutreten. „Begegnungen von Mensch zu Mensch überwinden alle Widerstände“, erklärte der Salesianer.

Als einen Hauptgrund von Ausgrenzung sahen alle Podiumsteilnehmer eine mangelnde Teilhabe an Bildungschancen. „Das deutsche Bildungssystem versagt vor allem im Bereich Sprachbefähigung. Die Sprache ist eine Schlüsselqualifikation. Wenn es hier hapert, können Jugendliche noch so intelligent sein, dann haben sie keine Chance. Hier fehlt es an Weichen in unserem Bildungssystem“, fasste Prälat Hans Georg Lindenberger zusammen.

## Grenzen überschreiten

Der Diözesan-Caritasdirektor rief ebenso wie der Präsident der katholischen Stiftungsfachhochschule, Prof. Dr. Egon Endres, dazu auf, verstärkt sozialpolitisch aktiv zu werden, „in die Bütt zu gehen und seine Meinung zu vertreten und gleichsam Menschen auch zu ermutigen, Grenzen zu überschreiten und die Stimme für die zu erheben, die in der Gesellschaft keine haben“. Dabei gel-

te es auch, „junge Studierende im Fach Soziale Arbeit nicht nur auf fachlicher Ebene auszubilden, sondern auch auf politischer Ebene zu schulen“. Bildung sei ein wichtiger Schlüssel, der immer wieder Wahlkampfstereotype sei, aber dann nicht umgesetzt werde, so Arnd Brechmann, Vorstand der Christoph-Metzelder-Stiftung „Zukunft Jugend“.

## Festgottesdienst

Das Hochfest ihres Ordensgründers Johannes Bosco (1815-1888) feierten die Salesianer Don Boscos in München mit einem Festgottesdienst in der Pfarrei St. Wolfgang. Hauptzelebriant war der neue Generalvikar der Erzdiözese München und Freising, Prof. DDr. Peter Beer. Gerade Jugendliche machten in der heutigen Gesellschaft oft die Erfahrung von Ausgrenzung und Vorverurteilung, weil sie nicht in irgendein vorgefertigtes Schema passen. „Ausgrenzung schafft Kälte und nimmt Lebensmöglichkeiten“, so der Generalvikar, der dazu aufrief, Don Bosco als Vorbild zu nehmen.

„Lassen Sie es uns Don Bosco gleichtun und die Menschen so lieben, wie sie sind, weil wir alle Kinder Gottes sind“, fasste Beer zusammen. Dies gelinge vor allem dann, wenn wir für die Liebe, die Gott uns schenkt, offen seien und diese Liebe auch an andere weitergeben: „Gott zeigt uns: Jeder ist wichtig!“

## Bürgerentscheid Klinik Bad Windsheim:

# Aufatmen im Landkreis

Buchstäblich in letzter Minute hat es doch noch eine Einigung in Sachen Krankenhäuser gegeben, so dass der auf den Weg gebrachte Bürgerentscheid „Erhalt der Klinik Bad Windsheim“ von den Initiatoren zurückgezogen wurde. In der CSU wird davon gesprochen, dass die verursachte emotionale Aufregung hätte vermieden werden können, wenn zuvor seitens der Landkreisspitze ordentlich, offen und rechtzeitig mit den Beteiligten gesprochen worden wäre.

Die geplante und nach Expertenmeinung unabdingbar notwendige Umstrukturierung der drei Kliniken im Landkreis hatte für Unruhe gesorgt, da aus der Klinik Bad Windsheim einige Bereiche hätten ausgelagert werden sollen. Das hat in der Kurstadt für aus örtlicher Sicht berechnete Aufregung gesorgt.

## Kompetenz sichern

Das Kommunalunternehmen Kliniken des Landkreises wird jetzt mit der Dr.-Becker-Klinik Verhandlungen führen, um die intermunicipale Kompetenz in Bad Windsheim langfristig zu sichern. Entgegen dem ursprünglichen Kompromiss bedeutet diese eine erhebliche Verbesserung. So konnte also auch der Kreistag sein dagegen gesetztes Begehren „Erhalt der drei Kliniken ...“ zurückziehen.

Der nach der großen Gebietsreform aus drei eigenständigen Landkreisen entstandene und nur mühsam zusammen gewachsene „Großkreis“ Neustadt a.d. Aisch

– Bad Windsheim ist somit knapp an einer Neuauflage des unsäglichen Regionaldenkens vorbeigeschlittert, vor allem dank einer sehr umsichtig agierenden Kreistags-CSU unter Führung von Brigitte Hengendorfer und ihrem Stellvertreter, dem 2. Bürgermeister von Bad Windsheim, Dieter Hummel. Vermittlungsgespräche gab es auch von Parlamentarischem Staatssekretär Christian Schmidt und Landtagsabgeordnetem Hans Herold. Dank gebührt zudem dem Bad Windsheimer Initiatoren des Bürgerentscheids, die im fairen demokratischen Wettstreit Zugeständnisse erkämpft haben.

Da Bürgerentscheide mit regional unterschiedlichen Interessenlagen oft eher spalten als zusammenführen ist eine große Erleichterung in dieser mittelfränkischen Region spürbar. Nach der Erarbeitung eines tragfähigen Konzepts muss dieses „nur noch“ umgesetzt werden – voraussichtlich auch keine leichte Übung.

Peter Müller  
KPV-Kreisvorsitzender



Bürgermeisterwahl in Dietersheim:

## Erfolg für Robert Christensen und die CSU

Bei der Bürgermeisterwahl vom 31. Januar 2010 wurde der einzige Bewerber Robert Christensen (CSU) mit überwältigender Zustimmung von knapp 98 Prozent zum Nachfolger des verstorbenen Wolfgang Breyer (FW) gewählt.

Der 44-jährige selbstständige Wirtschaftsberater ist ohne Versprechungen angetreten. Sein umsichtiges Handeln als 2. Bürgermeister in einer schwierigen Zeit nach dem plötzlichen Tod des 1. Bürgermeisters wurde von den Bürgerinnen und Bürgern offensichtlich honoriert. Christensen zeigte sich sehr zufrieden mit dem Ergebnis und sprach von „großem Rückhalt für die künftige Arbeit“. CSU-Kreisvorsitzender und Landtagsabgeordneter Hans Herold (rechts im Bild) gehörte zu den ersten Gratulanten am Wahlabend und sicherte dem Sieger seine weitere Unterstützung zu, z. B. bei den laufenden Dorferneuerungsmaßnahmen. Glückwünsche überbrachte u. a. auch der Parlamentarische Staatssekretär Christian Schmidt.

Seminar der Schule für Dorf- und Landentwicklung Thierhaupten:

## Zukünftiges Leben und Wohnen auf dem Land

Wie sieht das Leben auf dem Land in 40 Jahren aus? Vor welchen Herausforderungen steht die ländliche Bevölkerung Experten zufolge? Und wie lassen sich die Probleme lösen, die durch veränderte Lebensbedingungen entstehen? Die Schule für Dorf- und Landentwicklung Thierhaupten hat im Rahmen eines Seminars dazu Antworten gegeben und mögliche Maßnahmen anhand von Referenzbeispielen vorgestellt.

„Auf dem Land vollziehen sich derzeit komplexe Veränderungsprozesse, an denen die Kommunalentwicklung ausgerichtet werden muss“, so Gerlinde Augustin, Geschäftsführerin der Einrichtung. Nicht in den Massentalen liegt die Zukunft, vielmehr in kleineren, räumlich versorgungsstrukturen. Eine ländliche Gemeinde, die mehrere barrierefreie Wohnungen in zentraler Lage zur Verfügung stellt mit intakter Nachbarschaftshilfe ist dort oft ausreichend. Hier sind freilich die Kommunen gefragt, die nötige Infrastruktur (medizinische Versorgung, Nahversorgung, ÖPNV, usw.) bereit zu stellen.

### Zukunftsszenario

Im Jahre 2050 wird das Verhältnis von Jung zu Alt 2:1 betragen, heute stellen alte Menschen einen Anteil von gerade einmal einem Sechstel der Bevölkerung. Versorgungslücken im ländlichen Raum werden sich verschärfen, die Infrastruktur droht zusammenzubrechen und wertvolle Immobilien könnten verfallen. Hinzu kommt ein deutlich erhöhter Pflege- und Betreuungs-

bedarf hochbetagter Menschen.

### Barrierefreiheit berücksichtigen

Gemeinden sollten deshalb beginnen, Leerstandsmanagement zu betreiben, so Architekt Uwe Gutjahr. Dadurch werden Ortzentren wiederbelebt, Abwanderung wird verhindert und leerstehende Bausubstanzen umgenutzt. Vor allem beim barrierefreien Bauen sieht er den ländlichen Raum im Vorteil, denn die dafür notwendigen großen Flächen stehen nur auf dem Land zur Verfügung. Schon jetzt sollte beim Haus- und Wohnungsbau verstärkt auf die Bedürfnisse unserer alternden Gesellschaft geachtet werden.

### Innovative Wohn- und Betreuungskonzepte

Um Menschen auch im Alter ein Leben in ihrem gewohnten Umfeld zu ermöglichen, gibt es bereits eine Reihe unterschiedlicher Wohn- und Betreuungskonzepte. Neben dem „Betreuten Wohnen“, dem bekanntesten Wohnkonzept, das jedoch keine einheitlichen Standards garan-

tiert, sind in den vergangenen Jahren eine Reihe neuer Modelle entstanden. Dazu gehören das „Wohnen zu Hause“, die „Ambulanten Hausgemeinschaften“ oder das „Generationenübergreifende Wohnen“ – Konzepte, die sich auch in kleinen Gemeinden gut realisieren lassen.

hausen und der Gemeinde Langenfeld, Landkreis Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim sind motivierende Beispiele dafür, wie Gemeinden ihre zukünftigen Herausforderungen meistern können. Bewusst wurde alte Bausubstanz im Ortskern saniert um das Dorfzentrum zu beleben. „Der Dialog zwischen den Generationen funktioniert hervorragend und das Gemeinwesen wurde gestärkt, so Bürgermeister Göbl von Oberhausen.“

### Belebtes Gemeinwesen

Entwickelt wurden die Pro-

www.der-flexible-Raum.de  
Container · Raummodule · Hallensysteme

Voraussetzung ist stets das ehrenamtliche Engagement der Gemeindeglieder – Tugenden, die in ländlichen Regionen noch selbstverständlich sind. Erst wenn genügend Mut und Ausdauer vorhanden ist, um neue Wege zu beschreiten, zeigt sich, wie viel Potential in den ländlichen Räumen tatsächlich steckt.

### Ein Musterbeispiel der generationsübergreifenden Solidarität

Gelungene Projekte für generationenübergreifendes Wohnen aus der Gemeinde Oberhausen, Landkreis Neuburg/Schroben-

jekte aus der Not heraus, denn auch diese Orte haben mit der Abwanderung der jungen Generation aus der Gemeinde und mit Leerständen im Ortskern zu kämpfen. In beiden Gemeinden ist es gelungen, durch die „Generationenhäuser“ das Gemeinwesen zu beleben.

Die Beispiele zeigten, das generationsübergreifende Angebote und zwanglose Treffen das Dorfleben und das Gemeinwesen stärken. Lernen könnte man, wie man ehrenamtliche Helfer findet und einsetzt. Das soziale Management übernehmen in beiden Projekten Teilleistungsleistungen.

## Allgäu-Hilfe dankt seinen Unterstützern

„Durch die vielen Menschen, Firmen und andere Gruppierungen, die uns mit Aktivitäten und Spenden unterstützt haben“, konnte die Allgäu-Hilfe nach eigenem Bekunden die zweite große Hilfsaktion abschließen.

2006 wurde die Hilfsorganisation innerhalb des Veteranen- und Reservistenvereins Ettringen gegründet und bleibt seitdem folgenden 2 Leitsätzen treu. „Wir helfen Menschen, die unverschuldet in Not geraten sind und im Umkreis von 100 Km um unsere Kreisstadt Mindelheim leben“ und „die Allgäu-Hilfe wird komplett ehrenamtlich geführt, die Spenden werden zu 100% für die Hilfsprojekte verwendet“. Den öffentlichen Startschuss bildete die Benefizgala 2007 im Gutshof Ostettringen für das Kinderhospiz in Bad Grönenbach.

### Spende an Kinderhospiz Bad Grönenbach

Trotz der schlechten Witterung zum Auftakt und dem entsprechend geringen finanziellen Gewinn konnten durch die großartige Unterstützung vieler Spender im Januar 2008 rund 4000 Euro an das Kinderhospiz Bad Grönenbach übergeben werden. Aufgrund der enormen Öffentlichkeitsarbeit im Zusammenhang mit der Benefizgala in Ettringen und der vielen Presseberichte konnte die Arbeit des Kinderhospizes dargestellt werden, so dass auch in der Folgezeit die Summe der Spenden an das Kinderhospiz Region sich deutlich erhöhte.

### Anschaffung eines Behindertenfahrzeugs

Als Folgeprojekt der Allgäu-Hilfe wurde auf Anregungen aus der Bevölkerung eine körperlich behinderte Mutter, die mit ihren zwei Töchtern in Ettringen lebt, ausgesucht. Durch ihre begrenzten finanziellen Mittel war die Mutter für jeden Einkauf oder sonstige Fahrten auf die Familie oder Freundinnen angewiesen. Die eingeschränkte Mobilität erschwerte der jungen Frau den täglichen Ablauf und verminderte zusätzlich die Lebensqualität. Durch Losaktionen im KLaWa – Kostümverleih, viele Spenden und Eintrittsgelder von der Jubiläumstheater-Veranstaltung des Veteranen- und Reservistenvereins Ettringen konnte ein Behindertenfahrzeug im Wert von 5.500 Euro übergeben werden.

Spendenkonto: Allgäu-Hilfe, Kto.-Nr. 101 224 140, BLZ 731 600 00, Genossenschaftsbank Ettringen.

sich um eine Installation des Bamberger Künstlers Bernd Wagenhäuser. Der Förderverein „Oberfranken Offensiv“ hat den Mittelpunkt mit der Stahlplastik künstlerisch markiert. Die Gesamtkosten trug die Oberfrankenstiftung.

### Ausblick

In einem kurzen Ausblick wies Vorsitzende Huml darauf hin, dass ein Demografie-Kongress Mitte März in Selb

mit den Problemen Geburtenrückgang, Abwanderung und Überalterung befassen wird. Sorge bereitet laut Huml die Versorgung mit Ärzten in ländlichen Gebieten. Jeder zweite Allgemeinarzt in Oberfranken ist ihren Angaben zufolge älter als 55 Jahre. Auf einem Kongress im Herbst will der Verein Oberfranken Offensiv - Forum Zukunft Oberfranken Möglichkeiten diskutieren, wie mehr junge Ärzte in die Region geholt werden können. DK

Oberbayerische Integrationspreise:

## Vier ausgezeichnete Initiativen

Vier oberbayerische Initiativen wurden von Regierungspräsident Christoph Hillenbrand für ihr Engagement um Integration mit dem auf 5000 Euro dotierten Integrationspreis ausgezeichnet. Der erste Preis in Höhe von 2000 Euro ging dabei an das Ingolstädter Projekt „Fachkräfte für ausländische Unternehmen“, das von der Stadt Ingolstadt und dem Migrationsrat Ingolstadt initiiert wurde.

„Es freut mich gerade in der Stadt Ingolstadt, die selbst mit dem Projekt „Fachkräfte für ausländische Unternehmen“ den ersten Preis errungen hat, zugleich die erfolgreiche Arbeit von vielen weiteren oberbayerischen Initiativen würdigen zu können. Damit wollen wir Initiativen und ihre zahlreichen ehrenamtlich Engagierten, die sich für ein interkulturelles Miteinander einsetzen, sowie die Integration von Zuwanderern in die Gesellschaft fördern. Letztlich ist Ziel aller Anstrengungen, gemeinsam einen positiven Zusammenhalt von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund zu schaffen und dies in der Öffentlichkeit noch mehr ins Bewusstsein zu rücken“, informierte Regierungspräsident Hillenbrand im Rahmen einer Feierstunde in der Kolping-Akademie in Ingolstadt.

### „Fachkräfte für ausländische Unternehmen“

Das Projekt „Fachkräfte für ausländische Unternehmen“ hat sich zum Ziel gesetzt, ausländische Unternehmer und Unternehmerinnen zu Informationsabenden einzuladen. Bei den Veranstaltungen wird vermittelt, wie wichtig eine gute Ausbildung für Jugendliche - vor allem auch für Jugendliche mit Migrationshintergrund - ist, auch Unternehmen mit ausländischen Inhabern und Geschäftsführern „in der Pflicht stehen“, Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen und somit auch soziale Verantwortung zu übernehmen, welche Anforderungen zu erfüllen sind, um Ausbildungsbetrieb zu werden und dass bereits einige ausländische Betriebe in Ingolstadt mit Erfolg ausbilden. Die Auszeichnung für Ingolstadt wurde entgegengekommen von Bürgermeister Albert Wittmann und dem städtischen Integrationsbeauftragten Herbert Lorenz.

### „Café International“

Der zweite Preis, dotiert mit 1500 Euro, ging an das Projekt „Café International“. Dabei handelt es sich um einen Treffpunkt für Kinder und Eltern aller Nationalitäten an der Volksschule Hausham. Ziel ist es, die Integration zwischen deutschen und ausländischen Mitbürgern zu fördern, Hemmschwellen und Berührungspunkte gegenüber fremden Kulturen abzubauen zu helfen, die deutsche Kultur und die anderer Nationalitäten besser kennen zu lernen und die kulturelle Vielfalt bzw. Andersartigkeit als Bereicherung zu erleben. Zudem soll dazu beigetragen werden, die Bildungschancen der ausländischen Schüler und Mitbürger zu verbessern.

### „Welcome“

Mit dem dritten Preis wurde das Projekt „Welcome“ (Preishöhe 1000 Euro) des Beratungs- und Behandlungszentrums REFUGIO München bedacht. Die Einrichtung unterstützt Menschen, die aufgrund von Folter, politischen Konflikten oder kriegsrisikoreichen Verfolgung oder kriegsrisikoreichen Konflikten ihr Herkunftsland verlassen mussten und in Deutschland im Exil leben. Eine besondere Aufmerksamkeit gilt hierbei den Flüchtlingskindern. Sie erleben Gewalt und Flucht intensiver und bedrohli-

cher als Erwachsene. Inwieweit es Kindern gelingt, ihre Erfahrung aus Flucht und Verfolgung zu verarbeiten, ist ganz wesentlich von der Zuwendung und dem Schutz in der Nachfluchtphase abhängig.

Ziel des Projektes ist die ehrenamtliche Begleitung in alltäglichen Dingen von Flüchtlingsfamilien mit Bleibeperspektive. Ehrenamtliche Mentoren begleiten die Flüchtlinge für ein halbes Jahr wöchentlich circa zwei Stunden vor allem in den Bereichen Gestaltung von freier Zeit und sozialer Anbindung, Hilfe bei Wohnungs- und Arbeitsplatzsuche, Orientierung im Gesundheitswesen, Hilfe bei der Herstellung einer preiswerten Ernährung und Lernbegleitung für Kinder.

### Sonderpreis

Der mit 500 Euro dotierte Sonderpreis wurde schließlich dem Theaterprojekt „Arche Noah: Der Koran - Die Bibel“ der DITB Moschee in Rosenheim überreicht. Die Kunst- und Kulturprojekte der Moschee sollen die Bildungschancen und den sozialen Aufstieg und damit die Integration von Kindern, Jugendlichen und Familien in den Stadtteilen fördern. Gemeinsames Tun überwindet und verhindert gegenseitige Vorurteile. Da sowohl in der Bibel als auch im Koran die Geschichte der Arche Noah vorkommt, wird gemeinsam mit Kindern muslimischen und christlichen Glaubens ein Theaterstück einstudiert, sowie das Bühnenbild entworfen und gestaltet. Es wird die Geschichte der Arche Noah von beiden Seiten gespielt. Betont werden die Gemeinsamkeiten in der Bibel- und der Koran-Auslegung.

### Schlüssel für Integration

Im Rahmen der Feierstunde überbrachte Regierungspräsident Hillenbrand auch die Grüße der bayerischen Integrationsministerin Christine Haderthauer: „Gerade die gelungenen Initiativen zeigen, dass Integration zur Normalität wird. Um diese Normalität auch ins öffentliche Bewusstsein zu rücken, stellt das Sozialministerium seit 2008 im Rahmen des Bayerischen Integrationsprogramms Aktion Integration jeder Regierung jährlich 5.000 Euro für die Auslobung von Integrationspreisen zur Verfügung“, betonte die Ministerin. Sie dankte der Jury für deren erfolgreiche Arbeit und gratulierte den Preisträgern: „Wichtige Schlüssel für Integration sind Bildung, Ausbildung und eine effiziente Netzwerkarbeit vor Ort. Die vier ausgezeichneten Projekte verkörpern diese Schlüssel in vorbildlicher Weise. Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nur im gemeinsamen Bemühen gelöst werden kann.“

Ermittelt wurden die Preisträger unter Vorsitz von Regierungsvizepräsident Ulrich Böger und unter Beteiligung des Leiters der Außenstelle München des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Georg Ledig.

Lobende Erwähnung fanden 20 weitere Initiativen aus Allershausen, Erding, Freising, Mühlendorf a. Inn, München, Murnau, Neuburg a. d. Donau, Rosenheim, Ruhpolding, Traunstein und Wasserburg a. Inn. KI

Jahrespressekonferenz Forum Zukunft Oberfranken:

## Image und Identität

Die Region Oberfranken soll künftig mit einem klaren Profil und einer unverwechselbaren Identität als attraktiver Lebensraum mit Zukunft auftreten. Das ist Ziel des Dachmarkenprozesses, den der Verein Oberfranken Offensiv - Forum Zukunft Oberfranken e. V. Ende 2009 gestartet hat.

Welche Projekte darüber hinaus vergangenes Jahr umgesetzt wurden, darüber informierte die Vereinsvorsitzende, Umweltschutzsekretärin Melanie Huml bei einem Jahrespressgespräch in Lichtenfels.

### Zweijähriger Prozess

Wie Huml erläuterte, verfüge Oberfranken über ein großes Potenzial für eine europäische Zukunftsregion. Gemeinsam mit Multiplikatoren aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Religion, Kultur und Medien soll mit der Dachmarke Oberfranken ein auf zwei Jahre angelegter Imageprozess begonnen werden. Dieser wird unter der Moderation der Berliner Agentur MetaDesign Entscheidungsträger aus allen Interessensgruppen der Region beteiligen.

### Gemeinsame Vision

„Was diesen Prozess so einmalig und anders gestaltet, ist, dass er alle Stimmen der Region anhört und sie auf Basis eines gemeinsamen Verständnisses zu einer gemeinsamen Vision vereint, die Oberfranken in die Zukunft tragen wird“, hob der erste stellvertretende Vorsitzende des Vereins Oberfranken Offensiv, Regierungspräsident Wilhelm Wenning, hervor. Mitte des Jahres sollen die ersten Ergebnisse der neuen Dachmarke vorgestellt werden.

Bis Mitte des Jahres soll zudem ein Familienportal online gehen, berichtete Melanie Huml. Das Internetportal soll Familien, die sich in der Region ansiedeln wollen, einen umfas-

senden Überblick über Kinderbetreuungs- und Freizeitangebote sowie Bildungseinrichtungen geben.

### „Ortswechsel“

Auf großes Interesse ist laut Huml im vergangenen Jahr die Broschüre „Ortswechsel“ gestoßen, in der Neu-Oberfranken die Reize ihrer neuen Heimat beschreiben. Außerdem enthält die Handreichung wertvolle Tipps zum vielfältigen Kultur-, Freizeit- und Sportangebot in der Region und stellt Oberfranken so dar, wie es ist: Ausgestattet mit landschaftlicher Abwechslung und Schönheit, lebenswerten Bewohnern und versehen mit einer hohen Lebensqualität.

### Wichtige Hilfestellung

„Die Broschüre wird besonders gerne von Firmen genutzt, die qualifizierte Fachleute nach Oberfranken holen wollen“, berichtete die Staatssekretärin. Doch auch Städten und Gemeinden sei die Publikation eine wichtige Hilfestellung, wenn es darum gehe, neue, junge Bevölkerungsschichten für sich und somit für Oberfranken zu gewinnen. Der Verein präsentiere die Region auch auf überregionalen Messen.

### „Tornado“ in Kasendorf

Den geographischen Mittelpunkt Oberfrankens markiert seit vergangenem Jahr ein rund sieben Meter hoher „Tornado“ in Kasendorf im Landkreis Kulmbach. Dabei handelt es

Erich-Kästner-Grundschule in Alzenau:

## 80 neue PC für Schüler

Moderne IT-Ausstattung - Microsoft Server 2008

Alzenau. Große Aufregung und Freude herrschte kürzlich bei den Kindern der Erich-Kästner-Grundschule in Alzenau, als sie im Beisein von Bürgermeister Walter Scharwies erstmals Gebrauch von ihren neuen Computerarbeitsplätzen machen durften. Ab sofort stehen ihnen in den Klassenzimmern insgesamt 80 neue PCs zur Verfügung, die vor allem in Freiarbeits- und Übungsphasen genutzt werden sollen.

Die PCs sind mit spezieller Schulsoftware ausgestattet, außerdem verfügen sie über einen geschützten Zugang zum Internet, gesteuert über die Filter-Software „Time for Kids“. Etagedrucker, ein mobiles interaktives Whiteboard und Beamer komplettieren die Ausstattung.

In den letzten beiden Jahren hatte die Stadt Alzenau als verantwortlicher Sachaufwandsträger die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Kinder der Erich-Kästner-Grundschule fortan bei ihren Lernanstrengungen zeitgemäße Unterstützung durch PCs und Internet erhalten.

So wurde bereits im Jahr 2008 mit der erforderlichen Schaffung der Infrastruktur begonnen. Hierzu erhielten alle Klassenzimmer und Funktionsräume der Schule durch eine sogenannte strukturierte Verkabelung eine Vernetzung, die entsprechende Stromversorgung wurde mit Blick auf das aktuelle IT-Beschaffungsvorhaben erweitert und in Teilbereichen neu geschaffen. Rund 100.000 wendete die Stadt Alzenau für diese, von den ortsansässigen Firmen „Elektro Brehm“ und „Reinhart“, durchgeführten Arbeiten, auf.

### Zentraler Server mit Netzwerkdruckern

Im Laufe des Jahres 2009 folgte dann die Ausstattung der Klassenzimmer mit den neuen PCs, zudem wurde die Telefonanlage erneuert. 80 leistungsfähige PCs mit ergonomischen Flachbildschirmen sind nun an einen zentralen Server sowie je einen Netzwerkdrucker pro Etage angebunden. Die Gesamtkosten für die IT-Ausstattung und die Telefonanlage betragen nochmals rund 100.000, beteiligt waren die Alzenauer Firmen

OFM, Netzwerk- und Systemtechnik GmbH und RSC Computer GmbH.

### E-Learning

Das jetzt abgeschlossene ehrgeizige Vorhaben ermöglicht sogenanntes E-Learning (elektronisch unterstütztes Lernen, bei dem digitale Medien für die Präsentation und Verteilung von Lernmaterialien zum Einsatz kommen) sowie die Nutzung moderner Medientechniken in allen Klassenzimmern.

Schulleiter Franz-Peter Glock bei der Übergabe: „Computerprogramme für den Schulbetrieb bieten vielfältige und sehr variable Übungen besonders in den Bereichen Deutsch, Mathematik und Englisch. Außerdem arbeiten die Kinder hier sehr motiviert und entsprechend eifrig, weil sie das Lernen am PC häufig als ‚Spiel‘ empfinden.“

Die zentrale Ablage der Dateien eröffnet jedem Schüler die

Möglichkeit, am nächsten freien PC die Arbeit an den eigenen Dateien wieder aufzunehmen und fortzuführen. Die serverbasierte Installation der eingesetzten Lernsoftware sorgt für eine einheitliche Ausstattung der einzelnen PCs und reduziert den administrativen Aufwand bei Update- und Neuinstallationen.

Auch der Herausforderung, den Kindern einen optimal geschützten Internetzugang in allen Klassenzimmern zu ermöglichen, wurde entsprochen. Über einen schnellen und leistungsfähigen Zugang können alle Benutzer auf das vielfältige Lern- und Medienangebot des Internet zugreifen. Zugleich sorgen intelligente Filter und andere Schutzmechanismen dafür, dass die Schüler und Schülerinnen vor den Gefahren, die das Internet zweifellos auch bietet, geschützt werden.

### Digitale Tafel

Besonders stolz sind die Verantwortlichen auf das neue digitale Whiteboard. Zusammen mit dem Notebook können PC-gestützte Darstellungen, Grafiken und auch Programme auf die digitale Tafel projiziert werden. Auch der umgekehrte Weg ist möglich. Daten, die während des Unterrichts auf dem Board entstehen, können ganz einfach digitalisiert und zu einem späteren Zeitpunkt reproduziert werden.

Bislang waren in den Klassenzimmern überwiegend gebrauchte Computer und Bildschirme zum Einsatz gekommen.



Die jungen PC-Nutzer der Erich-Kästner-Schule bei der Übergabe der neuen Computerarbeitsplätze, mit (v.l.) Carmen Reus, Leiterin der städt. EDV-Abteilung, Schulleiter Franz-Peter Glock, Eugen Schwabauer vom städt. EDV-Team, Martin Baudis vom Planungsbüro Abakus, Bürgermeister Walter Scharwies und Peter Stephan, Geschäftsführer der Firma RSC Computer GmbH (Alzenau).

## Das kalte Blut der Erde

Ein einzigartiges Museum im Bayerischen Wald entführt die Besucher in eine tief beeindruckende Welt aus Stein: Der Granit hat über viele Jahrhunderte das Leben der Menschen in der mystisch anmutenden Waldregion im Osten Bayerns geprägt. Trotz Billigimporten ist der hoch qualitative Bayerwald-Granit noch immer gefragt.

Völlig emotionslos beschreiben Geologen den Granit: Das aus Magma entstandene Tiefengestein setzt sich im wesentlichen aus Feldspat, Quarz und Glimmer zusammen. Für die Steinhauer im Bayerischen Wald jedoch ist das harte Urgestein das „kalte Blut der Erde“. Seit gut 1000 Jahren wird in Europas dichtestem Waldgebiet, dem Bayerischen Wald und dem angrenzenden Böhmerwald, der harte, grobkristalline Stein abgebaut und bearbeitet. Dieser bis in die Gegenwart reichenden Geschichte widmet sich im Luftkurort Hauzenberg nördlich von Passau ein Museum, das in seiner Art einzigartig ist: Im Granitzentrum werden die Besucher in „Stein-Welten“ entführt - und schon beim Eintreten von einer faszinierenden Architektur aus Granit, Stahl und Glas umfassen.

### Spezialisierung

Etwa 12.000 Menschen waren um das Jahr 1900 in den vielen Steinbrüchen und in Steinmetzbetrieben beschäftigt. Danach

brach diese traditionsreiche Industrie zusammen. Etwa 20 Granitbetriebe mit einigen hundert Beschäftigten sind heute noch übrig geblieben im Bayerischen Wald. Nicht mehr Massenaufträge sollen das Überleben sichern helfen, sondern Spezialisierung und hochwertige Produkte, für die bestens ausgebildetes Personal und teure, computergesteuerte Maschinen nötig sind.

Ein Unternehmen, das es mit seinen Granitarbeiten zu internationaler Berühmtheit gebracht hat, ist der Steinmetzbetrieb Josef Kusser in Aicha vorm Wald: Dort wurde eine Technik entwickelt, mithilfe derer Granitblöcke zu vollendet runden, gigantischen Kugeln geschliffen werden, die sich, getragen von einem hauchdünnen Wasserfilm, in einer passgenauen Gegenform drehen.

### Heimischer Baustoff

Eine dieser phänomenalen Granitkugeln beeindruckt auch die Besucher des Granitzentrums, das nicht nur über die geologische

Entstehung und die handwerkliche Geschichte des Granitabbaus im Bayerischen Wald informiert, sondern sich auch der Zukunft widmet: Bei Messen, Seminaren und Tagungen werden neue Verarbeitungstechniken vorgestellt und Marketingideen entwickelt. Und zudem soll privaten und öffentlichen Bauherren die Bedeutung des heimischen Baustoffs Granit in Erinnerung gerufen werden. 3,5 Millionen Euro haben sich der Landkreis Passau, die Stadt Hauzenberg, der Freistaat Bayern, die Europäische Union und die Bayerische Sparkassenstiftung das „Granitzentrum“ in Hauzenberg kosten lassen – eine Investition, die der Tourismusregion eine weitere Attraktion beschert hat.



3,5 Millionen Euro haben sich der Landkreis Passau, die Stadt Hauzenberg, der Freistaat Bayern, die Europäische Union und die Bayerische Sparkassenstiftung das „Granitzentrum“ in Hauzenberg kosten lassen – eine Investition, die der Tourismusregion eine weitere Attraktion beschert hat. Foto: obx

Regionalentwicklung Augsburg Land West e.V.:

## „Volle Kraft voraus!“

Karin Schaumann neu im Team  
Bürger sind zur Mitarbeit aufgerufen

„Volle Kraft voraus!“ lautet das Motto bei der Regionalentwicklung Augsburg Land (ReAL) West. Wie berichtet, haben sich in den vier Teilregionen Stauden, Holzwinkel, Reichenau und Zsum/Roth mittlerweile die ersten Arbeitskreise und Projektgruppen gebildet und ihre Arbeit aufgenommen.

Personell wieder komplett ist die Geschäftsstelle im Fischacher Rathaus. Nach dem Weggang von Bernd Schönauer aus dem ReAL-West-Team konnte die entstandene Lücke mit der Sachreferentin Karin Schaumann rasch geschlossen werden. Geschäftsführer Hubert Teichmann und Bettina Spengler, die das Sekretariat „schmeißt“, freuen sich über die Verstärkung durch eine kompetente Kollegin. Die Mannschaft der Geschäftsstelle sieht sich als Bindeglied zwischen den Bürgerinnen und Bürgern, den Gemeinden und den Arbeitskreisen.

Wichtigste Aufgaben sind die Bündelung der Interessen der vier zusammen geschlossenen Teilregionen, die Betreuung der vielfältigen Projektideen, sowie die fachmännische und administrative Begleitung der thematischen Arbeitskreise, in denen die Probleme und Chancen des westlichen Landkreises aufbereitet und Lösungen gesucht werden.

### Regionalmarketing

Darüber hinaus leisten Hubert Teichmann und seine beiden Kolleginnen Hilfestellung bei der Umsetzung von Projekten und bei der Akquisition von Fördermitteln aus den derzeit aktuellen EU-Programmen „Leader“ und „ELER“. Selbstverständlich ist die ReAL-Geschäftsstelle auch für das Regionalmarketing zuständig. Erfolgreich und konstruktiv arbeitet sie zudem mit überregionalen Einrichtungen und Behörden, wie mit der Regio Augsburg Tourismus und dem Naturparkverein, zusammen. Große Themen, die über eine einzelne Teilregion hinaus gehen, wie etwa der Komplex des Öffentlichen Personen-Nahverkehrs (ÖPNV), werden ebenfalls zentral von der Geschäftsstelle begleitet.

Nicht müde wird Geschäftsführer Hubert Teichmann, bei allen Beteiligten immer wieder das kreative Denken „über den Kirchturm hinaus“ anzustoßen.

kassenstiftung das „Granitzentrum“ in Hauzenberg kosten lassen eine Investition, die der Tourismusregion eine weitere Attraktion beschert hat.

In diesem Jahr rechnet das Granitzentrum mit etwa 35.000 Besuchern, die anhand von informativen Schautafeln, Filmen und alten Gerätschaften einen tief reichenden Eindruck davon bekommen, dass für die Menschen im Bayerwald der Granit nicht einfach nur ein Werkstoff ist - sondern eben das „kalte Blut der Erde“.

Informationen im Internet:  
[www.stein-welten.de](http://www.stein-welten.de) obx

Vorsitzender der Regionalentwicklung Augsburg-Land West ist Kreisrat Walter Aumann aus Zusmarshausen. Zum engsten Führungskreis zählen außerdem



Freut sich auf viele neue Projekte und Ideen: das Team der ReAL-West-Geschäftsstelle mit (von links): Geschäftsführer Hubert Teichmann, Karin Schaumann, Bettina Spengler und Vorsitzendem Walter Aumann. Foto: Walter Kleber

die Bürgermeister Peter Ziegemeier (Fischach), Walter Wörle (Markt Wald/Unterallgäu), Dr. Maximilian Stumböck (Ustersbach) und Anton Gleich (Bonstetten). Auf der Agenda der ReAL West stehen eine ganze Reihe konkreter Vorhaben, an deren Umsetzung und Verwirklichung die Arbeitskreise und Projektgruppen werkeln. Darüber hinaus gibt es aber auch zahlreiche Ideen und vage Gedankenspiele, die von einem konkreten Planungsstadium noch weit entfernt sind. Hubert Teichmann: „Unsere Arbeit lebt von Visionen. Bei der ReAL West gibt es keine Denkverbote. Aus einer anfängs „spinnerten“ Idee ist schon oft ein tolles Projekt entstanden!“

Der Regionalmanager appelliert an die Bürgerinnen und Bürger in den vier Teilregionen, sich aktiv in der ReAL West einzubringen, sich zu engagieren und die Zukunft ihrer Heimat beherzt in die Hand zu nehmen und mitzugestalten. „Unser Ziel ist es, Gemeinsamkeiten der vier Teilregionen auf der Basis gleicher Stärken und Schwächen zu erkennen, die dann in einer engen Kooperation optimal bearbeitet werden können. Es geht also um Synergieeffekte und um das schlichte Erkennen gemeinsamer Vorteile.“

### Radwegenetz Nordschwaben

Während die Projekte Eukitea-Theater Diedorf und Staudenmosterei Fischach erfolgreich abgeschlossen sind, steht das Radwegenetz Nordschwaben noch am Anfang. Bei vielen anderen (Kooperations-)Vorhaben laufen auf den unterschiedlichsten Ebenen Gespräche über Machbarkeit und Finanzierung. In der konkreten Umsetzungsphase ist der „Kult(o)ursommer im Holzwinkel“, der heuer mit einem bunten Veranstaltungsprogramm startet.

Auf der langen Liste der Projektideen stehen darüber hinaus ein Mozartfestival entlang des Mozartweges, die touristische Aufbereitung der Mühlen im Zusamtal sowie die Wiederbelebung alter Wallfahrtsorte im ReAL-West-Gebiet und deren touristische Erschließung. Im Projektspeicher finden sich darüber hinaus der Erhalt der letzten Einraum-Volksschule in Wollmetshofen (Markt Fischach), die Herausgabe eines Bildbandes über den Holzwinkel, die Errichtung einer Draisenbahn im Unterallgäu, ein Erlebnispark für Kinder auf den Spuren des Heimatschriftstellers Ludwig Ganghofer sowie

Überlegungen zur Rettung und nachhaltigen Nutzung des Fugerschlosses in Mickhausen.

Die Stauden, die Reichenau, der Holzwinkel und das Gebiet Zsum/Roth haben sich im Frühjahr 2008 zur Regionalentwicklung Augsburg Land West e.V. („ReAL West“) zusammen geschlossen. Das Gebiet umfasst rund 600 Quadratkilometer mit knapp 60.000 Einwohner. Zur Stärkung des ländlichen Raumes entwickeln die 24 Mitgliedsgemeinden zahlreiche Ideen und Projekte, die aus dem EU-Förderprogramm „Leader“ finanziell gefördert werden. □

### BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Jakob Döring

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Peter Müller

Florian Hahn (KPv)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 44 vom 01.01.2010

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: [info@gemeindezeitung.de](mailto:info@gemeindezeitung.de)

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Pressdruck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Bamberg:

## 100 Tage Stadtarchäologie

OB Starke: „Das steht der Welterbestadt gut zu Gesicht“

Seit 100 Tagen engagiert sich Stefan Pfaffenberger als offizieller Stadtarchäologe, unter dem Dach der Unteren Denkmalbehörde für den Erhalt, die Pflege und die Erforschung des im Boden verborgen liegenden, historischen Erbes der Stadt Bamberg.

Durch die Zuordnung zum Baureferat steht er in engem Austausch mit allen am Baugehen in der Stadt beteiligten Planern, Bauherren, privaten Grabungsfirmen sowie der Universität und dem Landesamt für Denkmalpflege. In der kommunalen Bauleitplanung, im Baugehen, im Bauverfahren und in den Verfahren zum Leitungsbau kann die Stadtarchäologie ihren Standpunkt vertreten und somit für einen pfleglichen Umgang mit den zahlreichen Bodendenkmälern in der Stadt sorgen. „Ein Stadtarchäologe für Bamberg, das steht der Welterbestadt Bamberg wirklich gut zu Gesicht“, betonte Oberbürgermeister Andreas Starke anlässlich einer ersten Bilanz des Archäologen.

### Anlaufstelle

Durch Rat und Tat steht der Stadtarchäologe allen Bürgern zur Seite, sei es in beratender Funktion bei anstehenden Bauvorhaben im Bereich eingetragener Bodendenkmäler oder archäologischer Verdachtsflächen, oder aber als Anlaufstelle und Informations-

quelle für Bürgervereine, Schulen und Forschungseinrichtungen.

Eine der zentralen Aufgaben des Stadtarchäologen wird die Erstellung eines archäologischen Stadtkatasters sein, das auflistet wo wann in der Vergangenheit gegraben wurde und welche Funde dort gemacht wurden. Eine entsprechende Datenbank ist bereits im Aufbau. Die dort hinterlegten Informationen können dann zukünftig gesamtstädtisch herangezogen werden. Auf diese

Weise ließen sich auch Verdachtsflächen besser bestimmen. Pfaffenberger wird sich außerdem an der denkmalrechtlichen Beurteilung und Genehmigung von Baumaßnahmen beteiligen.

Stadtarchäologie wird die archäologische Erforschung der Geschichte heute noch existenter Städte bezeichnet. Im deutschen Raum bezieht sich der Begriff zumeist auf die Erforschung mittelalterlicher Städte. Die Initiative dazu geht von Seiten der Bau- und Bodendenkmalpflege aus, die die Bedeutung des „Archivs unter dem Pflaster“ zunehmend erkannt hat. □



Oberbürgermeister Andreas Starke (l.) und sein Stadtarchäologe Stefan Pfaffenberger. □

## Bewusstsein für regionale Baukultur schärfen

Goldener Ammonit als Vorbild bei Sanierungen und Neubauten

Bereits seit 1997 werden im Landkreis Lichtenfels besonders vorbildliche Sanierungen und Neubauten mit dem Baupreis „Goldener Ammonit“ ausgezeichnet.

Wie Landrat Reinhard Leutner bei der Preisverleihung betonte, treffe man in Baugebieten z.T. auf versteinerte Urlaubserinnerungen in Form von sogenannten Toskanahäusern und Anwesen im oberbayerischen Landhausstil. Dadurch drohe die Identität heimischer Städte und Dörfer verloren zu gehen.

### Neun Projekte

Der Goldene Ammonit dokumentiert deutlich das Ziel, das Bewusstsein für die regionale Baukultur zu schärfen, was in zunehmendem Maße bei Architekten, Bauherren und Bauunternehmern im Landkreis greift.

Insgesamt wurde ein Preisgeld, gespendet von der Sparkas-

se Coburg-Lichtenfels, in Höhe von 5.000 €, verteilt auf neun preiswürdige Projekte, ausgezeichnet. Die Gewinner sind in der Liste auf der Website des Landkreises Lichtenfels.de eingesehen werden. □

### Nachhaltigkeit beim Bau

Die Gewinne im Einzelnen können unter [www.landkreis-lichtenfels.de](http://www.landkreis-lichtenfels.de) eingesehen werden. □



Ein Teil der Gewinner des diesjährigen Goldenen Ammoniten (5. von rechts: Landrat Reinhard Leutner). □

### Online-Mitfahrzentrale „MiFaZ“:

## Jetzt auch im Landkreis Günzburg

Die neue Mitfahrzentrale (MiFaZ) im Landkreis Günzburg bietet Mitfahrgelegenheiten und Mitfahrangebote. Wer jemanden auf der Fahrt zur Arbeit oder Schule mitnehmen kann oder eine Mitfahrgelegenheit sucht, kann sich bei der MiFaZ registrieren lassen.

Schon seit einiger Zeit gibt es Mitfahrzentralen im Internet. Hier können Fahrgemeinschaften für die Fahrt zur Arbeit oder zur Schule gebildet, aber auch Mitfahrgelegenheiten für einzelne Fahrten im gesamten Bundesgebiet angeboten werden. Gerade junge Leute nehmen dieses Angebot gerne in Anspruch, da die Mitfahrt meist günstiger kommt als ein Bus- oder Bahnticket.

Bisher gab es keine Möglichkeit, eine Fahrt mit Start- oder Zielort im Landkreis Günzburg einzustellen. Damit auch von den einzelnen Ortschaften des Landkreises Günzburg aus solche Mitfahrangebote und -gesuche eingestellt werden können, hat nun der Landkreis die Online-Mitfahrzentrale „MiFaZ“ eingerichtet.

Über [www.gz.mifaz.de](http://www.gz.mifaz.de) gelangt man zur Startseite. Ein Klick auf

den gewünschten Abfahrts- und Zielort, und schon kann man sehen, ob es für die gewünschte Route Fahrangebote bzw. -gesuche gibt. Wer selbst ein Gesuch oder ein Angebot eingeben will oder auf ein solches antworten möchte, muss sich registrieren lassen, damit er die erforderlichen Kontaktdaten bekommt. Landrat Hubert Hafner: „Mehrere Mitfahrer bedeuten weniger Spritkosten, weniger Umweltbelastung und weniger Parkplatzbedarf. Die Suche und Einstellung von Angeboten in die MiFaZ ist zudem kinderleicht.“

Für die Städte und Gemeinden des Landkreises sind eigene Mitfahrzentralen eingerichtet, auf die man von der Landkreis-MiFaZ wechseln kann. Dann ist es auch möglich, einen Ortsteil einer Gemeinde als Start- oder Zielort einzugeben. Hans Joas

GZ

Gestern

hat mein Chef gesagt ...



„Jetzt tun die Leute so, als sei die Einkaufs-Apokalypse über sie hereingebrochen, aber vorher war ihnen die wirtschaftliche Situation von Bücher Bär wurscht.“ Mein Chef, der Bürgermeister, knüllte wütend einen Brief zusammen, in dem ein aufgebracht Bürger ihn aufforderte, persönlich gegen die Schließung eines traditionsreichen Einzelhandelsgeschäftes zu intervenieren.

Es ist ja eigentlich immer die gleiche Geschichte: Ein inhabergeführtes Geschäft, hier ein Buchladen, bietet schon in der zweiten Generation perfekte Service und gute Beratung, die die Kunden auch sehr gerne in Anspruch nehmen. Weil Service und Beratung von fachlich ausgebildeten Mitarbeitern geleistet wird, sind die Preise in den Nebensortimenten halt etwas höher als anderswo und man reduziert zur

erfolgreiche Städte, die uns vormachen, wie man sich erfolgreich gegen ein Sterben der Innenstadt und eine Verödung der traditionellen Geschäftslagen stemmt.

Man muss als Kommunalpolitiker halt auch akzeptieren, dass traditionelle Läden oder Branchen aus unseren Innenstädten verschwinden, wenn ihre Angebote von großen Ketten oder den Internethändlern

in Service und Preis konkurrenzlos besser abgedeckt werden, sie aber nicht mit pfiffigen Ideen, besonderen Attraktionen oder einem sonstigen Mehrwert für die Kunden dagegen halten können. Denn am Ende zählen für die Leute die harten Fakten rund um Euro und Cent. Da helfen dann keine Krokodilstränen oder Beschwörungen der glorreichen Vergangenheit, sondern nur die nüchterne Erkenntnis, dass nichts so beständig ist wie der Wandel.

## Nichts ist so beständig wie der Wandel

Kosteneinsparung die Lagerhaltung. Damit nehmen die Kunden natürlich weiterhin gerne die Beratung in Anspruch, kaufen ihre Bücher dann aber lieber im Internet als sie in der Buchhandlung zu bestellen und lassen das Nebensortiment links liegen. Die Folge: Aufgefressen von Personalkosten und Mieten hissen die Inhaber die weiße Flagge, sperren den Laden zu, aber nicht ohne großen Räumungsverkauf samt Ankündigung in der Zeitung. Folge: Die Verbraucher wachen auf, erkennen, was es heißt, plötzlich keine anständige Buchhandlung mehr in der Stadt zu haben und laufen ins Rathaus zum Jammern. Aber was können wir schon groß machen, wenn das Kind erst einmal im Brunnen ist?

Dabei tun wir eh alles, um eine gesunde Einzelhandelsstruktur in der Stadt zu halten. Wir haben extra einen Einzelhandelskoordinator installiert, der von der Parkraumsituation bis hin zu langen Einkaufsnächten, verkaufsoffenen Sonntagen in der Innenstadt oder der Verknüpfung von Kultur und Shopping eine Menge unternimmt, um die Kundenströme von den Einkaufszentren auf den grünen Wiesen hinein in die Altstadt zu locken. Überall in Bayern gibt es

Die eigentliche Herausforderung kommt ja erst jetzt auf uns zu: Unseren möglichen Einfluss geltend machen, damit in den frei werdenen Laden nicht irgendein Ramsch-Shop, zweitklassiger Trödel Laden oder der Ableger einer Billig-Kette kommt, die sich ja mittlerweile auch gerne in kleinen Städten einnisten und dann den eingeseessenen Konkurrenten mit ihren auf Verdrängungswettbewerb zielenden Kampfpreisen den endgültigen Garaus machen. Beispiele dafür gibt es – leider auch in unserem Städtchen – zuhauf.

Mein Chef, der Bürgermeister, zieht jedenfalls seine höchstpersönliche Lehre aus dem Fall Bücher Bär: Wenn ihm als Konsument ein Laden am Herzen liegt, sei es der Gemüsetandler, der Qualitätsoptiker, ein Plattenladen oder eben eine Buchhandlung, dann wird er darin auch Dinge kaufen, die vielleicht etwas teurer sind oder erst einmal bestellt werden müssen. Denn ist ein Laden erst einmal K.O., dann holt ihn keiner mehr zurück. Ja, mein Chef beherzigt den Satz auf dem heutigen Kalenderblatt, der von dem norwegischen Forscher Fridtjof Nansen stammt: „Man verliert keine Zeit mit Rückblicken, wo es schon genug Mühe macht, die Augen nach vorn zu richten. Es gibt also keine andere Wahl als vorwärts zu gehen.“

the Sabriul

### Zukunft der Schrannehalle in München:

## Nutzungsmix

CSU-Fraktion spricht sich für Konzept aus

Der neue Eigentümer der Schrannehalle, der Münchner Unternehmer Hans Hammer, hat das Geheimnis der geplanten zukünftigen Nutzung der Schrannehalle gelüftet. So soll ein Nutzungsmix aus Lebensmittelmarkt, Gastronomie und Kultur den traditionellen Viktualienmarkt ergänzen.

„Hans Hammer und seine Mannschaft haben ein attraktives und ausgewogenes Konzept entwickelt, das die Chance hat, in der Schrannehalle erfolgreich durchgeführt zu werden.“ beurteilt der stv. CSU-Fraktionsvorsitzende, Stadtrat Hans Podiuk die Nutzungsvorschläge.

### Zügige Umsetzung

„Erfreulicherweise erfüllt das Konzept die Vorgaben des Stadtrates bezüglich Nutzung in ausgezeichneter Weise, so dass – sobald die Problematik mit dem derzeitigen Mieter geklärt ist – die Umsetzung zügig in Angriff genommen werden kann. Nach dem jahrelangen rot-grünen Fiasko wird es endlich Zeit, dass Ruhe einkehrt und die Schrannehalle eine sinnvolle und der exponierten Lage entsprechende Nutzung erhält. Ich wünsche Hans Hammer viel Glück für sein ambitioniertes Projekt!“ „Spontan gefällt mir dieses Konzept gut, ergänzt der kulturpolitische Sprecher der CSU, Stadtrat Richard Quaas. „Mit einer besonderen Ausstellung zur Stadtkultur, die einen aufregenden Ausflug in die Geschichte Münchens bieten wird, beschreitet Hans Hammer neue Wege. Gemeinsam mit der Veranstaltungsfläche, auf der von Jazz über

Stadtrat Georg Schlagbauer freut sich über die Bereicherung für den Viktualienmarkt:

„Es ist außerordentlich begrüßenswert, dass Hans Hammer durch einen Lebensmittelmarkt-Bereich in der Schranne das Angebot des Viktualienmarktes ergänzt. Vielleicht bietet sich dort auch eine Alternative für den einen oder anderen Händler vom Markt. Ich bin jedenfalls sicher, dass Schrannehalle und Viktualienmarkt gegenseitig voneinander profitieren können. Ein weiterer Anziehungspunkt im Herzen der Stadt lockt auch zusätzliche Besucher auf den Viktualienmarkt.“ □

### Landratsamt Fürstentfeldbruck:

## Das Bürgerservice-Zentrum wird acht Jahre alt

„Das Bürgerservice-Zentrum ist ein echtes Erfolgsmodell und wurde deshalb zum Vorbild für viele andere Landratsämter“, freute sich Landrat Thomas Karmasin.

„In den letzten Jahren hat sich das Bürgerservice-Zentrum, nicht zuletzt auch wegen seiner zentralen Lage und der erweiterten Öffnungszeiten immer mehr zu einer unverzichtbaren Serviceeinrichtung für den Dienstbetrieb des Landratsamts entwickelt“, so Karmasin weiter.

„Die Besucherinnen und Besucher schätzen die Möglichkeit, sich umfassend über die verschiedenen Fachbereiche des Landratsamts, andere öffentliche Einrichtungen und Behörden sowie Veranstaltungen im Landkreis informieren zu können. In diesem Zeitraum hatten wir rund eine dreiviertel Million persönliche und telefonische Kontakte zu unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern. Allein 220.000 Personen durften wir persönlich an unserer Empfangstheke begrüßen. Über 118.000 fachliche Angelegenheiten konnten in unserem Bereich abschließend bearbeitet werden. Wir werden den Landkreisbürgerinnen und -bürgern auch in Zukunft bürgerfreundlich, offen und hilfsbereit gerne für Fragen zur Verfügung stehen“, zieht Markus Pree, Leiter des Bürgerservice-Zentrum, erfreut Bilanz.

Das Informationsangebot der vom Bürgerservice-Zentrum betreuten Infothek wird stetig erweitert. □

### EuRegio-Seminarangebot:

#### Wertevermittlung

Salzburg-Berchtesgadener Land-Traunstein

Gemeinsame Werte sind für die Entwicklung von Einzelnen, Gemeinden, Vereinen oder Betrieben von grundlegender Bedeutung. Vor diesem Hintergrund wurde auf Ebene der EuRegio in Zusammenarbeit zwischen dem Kultur- und Bildungszentrum Kloster Seon, dem Europakloster Gut Aich in St. Gilgen und dem Fachverband der leitenden Gemeindebediensteten Österreich die Seminarreihe „Wertevermittlung – Vorteile für Ihre Gemeinde“ entwickelt.

Die Seminartage richten sich in erster Linie an Bürgermeister, an Gemeinde-/Stadträte, Mitarbeiter in Gemeinde- und -Stadtverwaltungen, aber auch an alle generell interessierten Personen.

Informationen im Internet: [www.euregio-salzburg.eu](http://www.euregio-salzburg.eu) □

Aktivsenioren Bayern e. V.:

# Pensionäre als erfahrene Berater

Ehrenamtliche Hilfe seit 25 Jahren

„Erfahrungen sind wie die Samenkörner, aus denen die Klugheit emporwächst.“ Was Konrad Adenauer einst beschrieb, könnte nicht besser auf die Aktivsenioren Bayern zutreffen - einem gemeinnützigen Verein, der seine Erfahrung und sein Wissen an Existenzgründer, Unternehmer, Freiberufler, Dienstleister, Vereine und Organisationen weiter gibt. Etwa 400 tatkräftige Mitglieder zählt der Verein mittlerweile. Vergangenes Jahr konnten die Aktivsenioren Bayern ihr 25-jähriges Jubiläum feiern.

Jährlich werden über 2.000 Existenzgründer und Unternehmen beraten. Die Beratungsfelder sind speziell oder interdisziplinär, ganz nach Bedarf. Sie reichen von Grundüberlegungen über Gründungskonzept, Unternehmensplanung, Finanzierung bis zu Logistik, Produktion, Kalkulation, Marketing, Vertrieb, Verwaltung, Organisation und Controlling. Auch technische Einzelfragen bis hin zum Qualitätsmanagement, Umweltmanagement, Patentwesen und Betriebsübergaben decken das Beratungsangebot der Aktivsenioren ab.

## Kontaktgespräch

Wer die Hilfe der Aktivsenioren in Anspruch nehmen will, sollte zunächst an einem der Sprechtag ein kostenloses Kontaktgespräch vereinbaren. Diese finden in über 85 Prozent aller kreisfreien Städte und Landratsämter in Bayern in Kooperation mit den Wirtschaftsreferaten statt. In einem ersten Beratungsgespräch ermittelt man anschließend den Beratungsbedarf. Falls erforderlich, wird ein Expertenteam zusammengestellt. Systematisches Vorgehen und Vertraulichkeit werden garantiert. Eine Haftung wird nicht übernommen.

Die Arbeitszeiten und der Rat der Aktivsenioren sind kostenfrei. Erstattet werden müssen eine einmalige Pauschale für Vereinsorganisation sowie die Sachkosten, die der beratende Senior-experte in Rechnung stellt - zum Beispiel Fahrtkosten, Porto, Telefon, Fax, gegebenenfalls Übernachtungskosten etc.. Die Aktivsenioren selbst arbeiten ehrenamtlich und uneigennützig.

## Wegweiser

Dass sich die Aktivsenioren weder als Rechtsanwälte und Steuerberater noch als Konkurrenz der Unternehmensberatungen verstehen, macht der mittelfränkische Regionalleiter Kurt Opfermann deutlich: „Wir nehmen den Leuten nicht die Arbeit ab, wir weisen nur den Weg und stehen ihnen mit unserer Erfahrung zur Seite.“ Seit 2002 arbeiteten die Aktivsenioren mit der IHK zusammen, um zusätzliche Lehrstellen zu akquirieren. Durch persönliche Gespräche in den Unternehmen hätten die Aktivsenioren erreicht, dass bis Ende 2008 insgesamt 1000 Lehrstellen zugesagt wurden.

Ein weiteres Erfolgsprojekt ist das Bewerbertraining an der Hauptschule in der Schmieglinger Straße in Nürnberg und der Hans-Böckler-Real- und Wirt-

schaftsschule in Fürth. Dabei wurden 600 Schüler von Mitgliedern der Aktivsenioren auf Vorstellungsgespräche vorbereitet und bei der Erstellung der Bewerbungsunterlagen unterstützt.

## Aufgabenfelder

Eine feste Einrichtung sind die Sprechtag der Aktivsenioren in den Landratsämtern und Kreditinstituten. Eine Zielgruppe sind dabei Gründer und junge Unternehmen, die die Senioren auch im Zuge der IHK-Gründeraktivitäten unterstützen. Durch ein Unternehmensplanungsmodell wird beispielsweise Studenten der Universität Erlangen-Nürnberg die Selbstständigkeit als ein möglicher Karriereweg nahe gebracht. Ein weiteres Aufgabenfeld ist die Mitwirkung bei der Deutschen Hotelklassifizierung sowie die Vergabe des Bayerischen Umweltsiegels für Gasthäuser, Hotels und Festzelte.

## „Alt trifft Jung“

In München sind es allein 100 Unternehmer, Freiberufler und Führungskräfte im Ruhestand, die sich ehrenamtlich im Verein engagieren. Seit 2006 sind sie auch im schulischen Bereich aktiv. Unter dem Motto „Alt trifft Jung“ helfen Aktivsenioren insgesamt 280 Schülern aus vier Hauptschulen bei der Berufsvorbereitung und der Ausbildungsplatzsuche. Sie unterstützen die Schüler dabei, eine Vorstellung davon zu entwickeln, was sie später beruflich machen wollen, helfen ihnen beim Schreiben der Bewerbung und stellen Kontakt zu Betrieben her.

## Umweltschutz fördern

Zwei noch junge Aufgabenbereiche der Aktivsenioren sind die betriebswirtschaftliche Unterstützung von sozialen Pflegeeinrichtungen sowie die Förderung des Umweltschutzes. „Was

den Umweltschutz betrifft, so versuchen wir, vor allem die mittelständischen Unternehmer für mehr Initiative zu begeistern“, erklärt Dr. Peter Ramm, Regionalleiter München und Umland. „Wir wollen dabei aber nicht wie Umweltmoralisten daherkommen, sondern versuchen die Vorteile für die Unternehmen zu verdeutlichen.“ Für die nächsten Jahre wünscht sich Ramm, dass die Aktivsenioren noch mehr weibliche Mitglieder bekommen: „Heutzutage sind 40 Prozent unserer Klienten Frauen, doch nur vier Prozent unserer Mitglieder sind weiblich.“

## Auszeichnungen

Die Aktivsenioren gehören nationalen und internationalen Organisationen wie dem Existenzgründerpakt Bayern, dem Umweltpakt Bayern sowie der Europäischen Metropolregion München e. V. an und kooperieren mit der Staatsregierung, Landratsämtern, Banken und Sparkassen, Kammern sowie vielen anderen Organisationen. Für ihre Verdienste wurden sie mit der Konrad Adenauer Medaille und dem Ehrenamtspreis der Bayerischen Staatsregierung ausgezeichnet.

## Der Name ist Programm

Wie Unterfrankens Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer anlässlich einer Jubiläumsveranstaltung in Würzburg hervorhob, „ist der Vereinsname ‚Aktivsenioren‘ Programm und sagt eigentlich schon fast alles“. Die vormaligen Fach- und Führungskräfte aus allen Bereichen der Wirtschaft verfügten über einen großen beruflichen Erfahrungsschatz, den sie nicht brach liegen lassen, „sondern aktiv zum Wohle von Unternehmen in allen Lebenslagen einsetzen und damit ihre jeweilige Wirtschaftsregion beflügeln“.

Die aktiven Mitglieder seien der beste Beweis dafür, dass man im „besten Alter“ noch lange nicht zum „alten Eisen“ gehören muss, sondern der aktive „Unruhezustand“ eine ideale Lebensform im dritten Lebensabschnitt sein kann, betonte Beinhofer. „Ihr Engagement be-

1.000 Jahre Weilheim und Polling:

# Vielseitiges Programm

2010 wird sowohl für Weilheim als für Polling ein Festjahr. 1000 Jahre ist es dann her, dass beide Kommunen erstmals in einem Dokument erwähnt wurden - am 16. April 1010 in der Restitutionsurkunde Heinrichs II., durch die das Kloster Polling wieder gegründet wurde.

Gefeiert werden soll dieses Jubiläum im Zeichen guter Nachbarschaft. Zwar sind sowohl in der Stadt wie auch im Klosterdorf separate Veranstaltungen geplant, doch wird es auch viel Gemeinsames geben. Weilheims Kulturbereicher Andreas Arneht hat dafür laut Kulturdezernent Ragnhild Thieler „eine gute Brücke zwischen Weilheim und Polling geschlagen“.

## Weilheimer Passion

Das Programm fürs Jubiläumsjahr steht fest, detailliert aufgeführt ist es in einem eigenen Heft. Darin ist nicht nur der Text jener Urkunde abgedruckt, auf der die 1000-Jahr-Feier basiert, in ihm findet sich auch das gesamte Programm, das beide Orte anlässlich des gemeinsamen Jubiläums bieten.

Die Feierlichkeiten beginnen am 26. März mit der Weilheimer Passion aus dem Jahre 1600 von Johann Äbl. Sie wurde laut Andreas Arneht, dem federführenden Organisator im Festausschuss, vermutlich zuletzt vor mehr als 300 Jahren aufgeführt. Die Passion wird auch im Oktober in der Hochlandhalle aufgeführt. Die rund 150 Mitwirkenden setzen sich zusammen aus den Weilheimer Theatervereinen, Kammerorchester und dem Weilheimer Chorkreis. Dazu wird eine Ausstellung zur „Tragedia Passionalis“ Äbls im Stadtmuseum gezeigt. Eine Uraufführung gibt es mit Teilen der „Vesperae Dominicalis“ des

nötigen wir im Hinblick auf den demographischen Wandel in der Zukunft mehr denn je. Wir können es uns immer weniger leisten, nur auf Jugend zu setzen und auf erfahrene ‚Kämpen‘ zu verzichten, die fundiertes Fachwissen und Souveränität in einem langen Berufsleben erworben haben“, stellte der Regierungspräsident fest. **DK**

Weilheimer Komponisten Anton Koppaur.

Der Jahrestag der ersten urkundlichen Erwähnung am Freitag, 16. April 2010, geht vor ausschließlich geladenen Gästen mit einem ökumenischen Festgottesdienst und einem Festakt im Pollinger Bibliotheksaal über die Bühne. Zum Jubiläum bietet die Privatbrauerei Dachsbrau ein eigenes Festbier an.

Erarbeitet wurden Konzerte, Ausstellungen, Vorträge, eine historische Stadtrallye, ein Oldtimertreffen, eine Jubiläumsschönheit und sogar ein Jubiläumskalender „1000 Jahre Weilheim und Polling“. Mit „Kunst in der Stadt“ und den „Ateliertagen“ zeigen Mitglieder des Kunstforums einem breiten Publikum ihre Werke. Die Weilheimer Innenstadt wird zur Kunstmeile. In Geschäften, Sparkasse, Banken und Cafés wird Kunst zum selbstverständlichen Teil, zu einer bereichernden Erfahrung des täglichen Lebens.

## Altstadtfest und Markttreiben

Wie die Menschen zur Zeit der ersten urkundlichen Erwähnung vor 1000 Jahren gelebt haben, demonstriert ein mittelalterliches Lager, das mit Darstellern aus ganz Europa im September seine Zelte aufschlagen wird. Parallel dazu findet das Weilheimer Altstadtfest mit buntem Markttreiben am 18. und 19. September statt.

Zwei Tage werden Handwerker und Gewerbetreibende aus der Stadt altes Handwerk vorstellen, Teilnehmer aus Vereinen, aus der Gastronomie und aus den Schulen sowie Gruppen aus umliegenden Orten werden in historischen Kostümen die Innenstadt in eine andere Zeit versetzen. Präsentiert werden die „Weilheimer Stückl“, dazu wird es Moritaten, Stadtwachen, Gaukler, Quacksalber, Stukkateure, Wahrsager und vieles andere mehr geben. **DO.**

## Vorschau auf GZ 5

In unserer Ausgabe Nr. 5, die am 4. März erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energieversorgung · Energiesparmaßnahmen
- Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV
- Kommunalfahrzeuge, Städtereinigung
- Kommunale Museen
- Handwerkliche Dienstleistungen
- Ausstattung kommunaler Gebäude

# LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

## Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

## Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG  
FAHNEN KOCH GMBH  
Querstraße 8 · Abteilung GZ  
9 6 4 0 6 C O B U R G  
Tel. 09561/55270 · Fax 552723  
eMail info@fahnen-koch.de

## Ankauf / Briefmarken

**Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache**  
Briefmarkenauktionshaus Schulz  
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

## Aussenmöblierung

**BECK**  
Möblierung für Aussen  
• Abfallbehälter  
• Absperrpfosten  
• Fahrradständer  
• Sitzbänke u.a.  
Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 Winnenden  
Telefon 0 71 95 / 69 33 00 · Fax 0 71 95 / 69 33 33  
www.beck-aussenmoeblierung.de

## Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG  
FAHNEN KOCH GMBH  
Querstraße 8 · Abteilung GZ  
9 6 4 0 6 C O B U R G  
Tel. 09561/55270 · Fax 552723  
eMail info@fahnen-koch.de

## Fahnenmasten/Fahnen

**Knödler**  
Hugo Knödler GmbH  
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT  
Telefon 07151-995160  
Telefax 07151-995166  
e-Mail info@hugo-knoedler.de  
Internet: www.hugo-knoedler.de

## Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

## Geschenke für Neugeborene

**kerler**  
Alles in Textil ..... bestickt — gewoben — bedruckt — individuell gefertigt!  
z. B. bestickte Baby-Handtücher mit dem Logo Ihrer Stadt als Begrüßungsgeschenk des Bürgermeisters  
Kerler GmbH  
Schwanthaler Straße 100, 80336 München  
Tel.: 0049(0)89 / 543 29 890, Fax: (0)89 / 543 43 587  
post@kerler.de www.kerler.de

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:  
**Telefon (0 8171) 93 07-13**

## Kindergarteneinrichtungen

**eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG**  
Industriestraße 1 · D-97285 Röttingen  
Tel. (0 93 38) 89-0 · Fax (0 93 38) 89-199  
E-Mail eibe@eibe.de · www.eibe.net  
Entdecke die Welt des Spielens

## Inserieren bringt Erfolg!

www.gemeindezeitung.de

## Schacht-Ausrüstungen

**Hailo**  
Schachtabdeckungen, Schachtleitern  
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen  
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme  
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik  
Postfach 1262 · D-35702 Haiger  
Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256 + 82224

## Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

**eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG**  
Industriestraße 1 · D-97285 Röttingen  
Tel. (0 93 38) 89-0 · Fax (0 93 38) 89-199  
E-Mail eibe@eibe.de · www.eibe.net  
Entdecke die Welt des Spielens

## Sportgeräte

www.benz-sport.de  
ORIGINAL **BENZ** SPORT  
Tel. 07195/69 05-0 · Fax: 07195/69 05-77 · info@benz-sport.de

## Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Winterdienststechnik, die begeistert — weltweit! **Gmeiner**  
Gmeiner GmbH  
Daimlerstraße 18  
92533 Wernberg-Köblitz  
Tel.: +49 (9604) 93267-0  
info@gmeiner-online.de  
www.gmeiner-online.de

## Wartehallen/Außenmöblierungen

**LANGER**  
Wartehallen  
38685 Langelsheim · www.langer-georg.de  
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG